



Rheinland-Pfalz

**Statistische
Monatshefte**



**Statistik
nutzen**

12 | 2004

Statistisches Landesamt



*Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern
ein besinnliches, friedliches Weihnachtsfest
und für das neue Jahr alles Gute, Gesundheit,
persönliche Zufriedenheit und Erfolg!*

Fotonachweis

Titelfoto: Statistisches Landesamt.

Inwieweit Milcherzeugung, Acker- oder Weinbau die Haupteinnahmequelle eines landwirtschaftlichen Betriebes bilden, bestimmen auch die natürlichen Produktionsbedingungen. 40% der Betriebe in Rheinland-Pfalz sind Weinbaubetriebe.

Autorenfotos: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

Inhalt

kurz + aktuell	487
Spezialisierung und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe	491
Das Geoinformationssystem der Landwirtschaftlichen Betriebsdatenbank – GIS LBD	501
Mikrozensus 2005	507
Sozialhilfe 2003	515
Daten zur Konjunktur	519
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	541
Neuerscheinungen	551

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2004

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

- 0 Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
- nichts vorhanden
- . Zahl unbekannt oder geheim
- x Nachweis nicht sinnvoll
- ... Zahl fällt später an
- / keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
- () Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher

- D Durchschnitt
- p vorläufig
- r revidiert
- s geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50-100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Mehr Gemüse als jemals zuvor angebaut

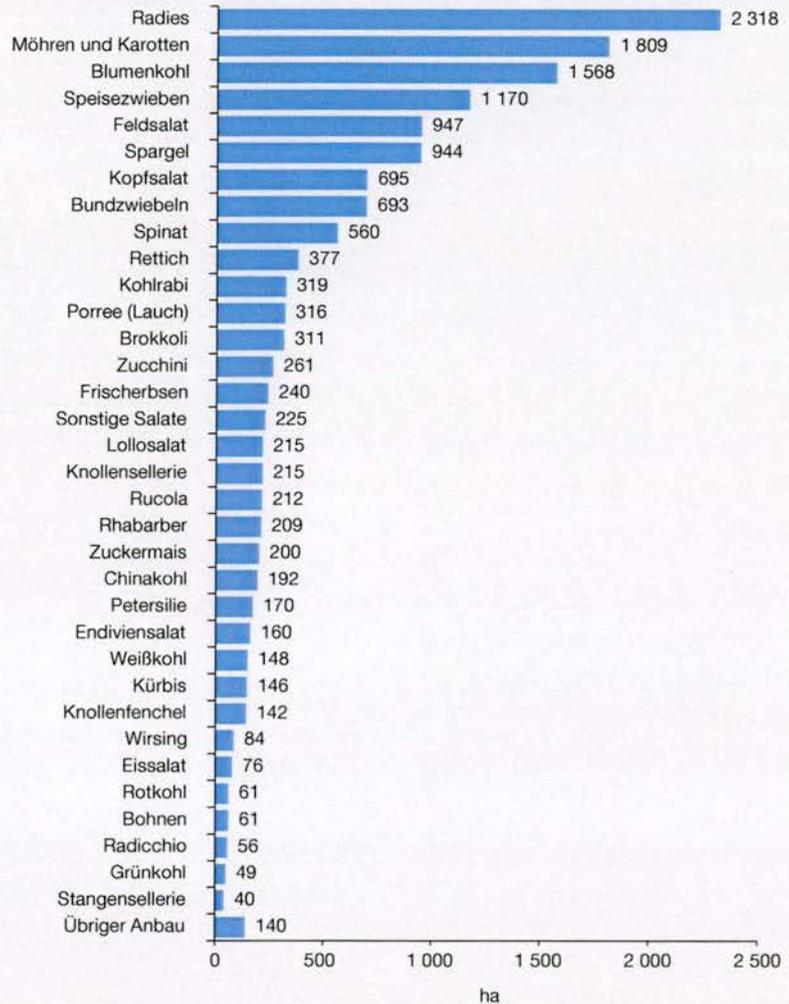
Auf 15 300 ha, einer Fläche fast doppelt so groß wie die Stadt Ludwigshafen, wurde 2004 in Rheinland-Pfalz Gemüse angebaut. Damit ist die Anbaufläche von Freilandgemüse gegenüber dem Vorjahr um fast 800 ha (+5,2%) ausgedehnt worden. Rheinland-Pfalz hat nach Nordrhein-Westfalen (20 400 ha) und Niedersachsen (18 400 ha), aber deutlich vor Bayern (12 200 ha) die drittgrößte Fläche für die Produktion heimischer Gemüsearten aufzuweisen. Traditioneller Anbauswerpunkt ist die Vorderpfalz; im Rhein-Pfalz-Kreis (8 600 ha) und im Landkreis Germersheim (2 600 ha) sowie in den Städten Ludwigshafen (1 100 ha) und Frankenthal (800 ha)

Info

Gemüseanbauerhebung

Nach drei Jahren mit Repräsentativerhebungen der Anbauverhältnisse fand im Rahmen der Gemüseanbauerhebung 2004 wieder eine Befragung aller Gemüse anbauenden Betriebe statt. Damit können wieder Ergebnisse bis auf Gemeindeebene bereit gestellt werden. Es wurden zusätzlich zur Anbaufläche auch Merkmale zu den Grundflächen (z. B. Freilandflächen, Unterglasanlagen) der Betriebe erhoben. Die Anbaufläche lässt im Gegensatz zur Grundfläche die mehrfache Nutzung derselben Fläche durch Vor-, Zwischen- und Nachkulturen zu.

Gemüseanbau auf dem Freiland 2004 nach Arten



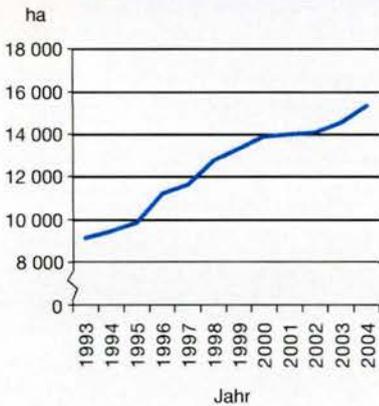
sind 85% des gesamten Anbaus im Land konzentriert.

Flächenstärkste Gemüseart sind nach wie vor Radieschen; auf 2 300 ha (+1,8%) werden 90% der deutschen Ware produziert. Möhren/Karotten (1 800 ha), Blumenkohl (1 600 ha) und Speisezwiebeln (1 200 ha) verzeichneten ebenso Zuwächse wie Feldsalat und Spargel mit einer An-

baufläche von jeweils rund 950 ha. Kopfsalat und Bundzwiebeln (je 700 ha), Spinat (600 ha) und Rettiche (400 ha) scheinen dagegen weniger stark gefragt zu sein, ihr Anbau schrumpfte gegenüber 2003 um durchschnittlich 20%.

Es gibt 2004 nur noch rund 740 Betriebe, die Gemüse als Verkaufsanbau betreiben, 200 weniger als vor

Anbaufläche von Gemüse auf dem Freiland 1993-2004



vier Jahren. Durchschnittlich 20,8 ha (2000: 14,8 ha) baut ein Betrieb im Freiland an.

Der Gemüseanbau unter Glas – also in Gewächshäusern oder Frühbeeten – spielt mit 44 ha eine untergeordnete Rolle.

Erbschaftsteuer brachte dem Land im Jahr 2003 Einnahmen von 122 Mill. Euro

Die Besteuerung von Vermögensübergängen durch Erbschaften und Schenkungen bescherte dem Land Rheinland-Pfalz im Jahr 2003 Einnahmen in Höhe von 122 Mill. Euro. Das waren fast 18% mehr als im Jahr zuvor; allerdings können bei dieser Steuerart von Jahr zu Jahr relativ starke Schwankungen auftreten. Das Aufkommen der Erbschaftsteuer steht allein dem Land zu. Sie ist mit einem Anteil von 1,5% an den gesamten Steuereinnahmen des Landes von

eher geringer Bedeutung. In den Flächenländern trägt die Erbschaftsteuer im Durchschnitt 1,9% zu den gesamten Steuereinnahmen bei.

Um genauere Kenntnis der Struktur dieser Vermögensübergänge zu gewinnen, wurde im Jahr 2002 – erstmals seit 1978 – eine Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik durchgeführt. Dabei wurden 6 339 steuerpflichtige Erbschaften mit einem Gesamtwert von 429 Mill. Euro erfasst, für die 73 Mill. Euro Steuer zu zahlen waren. Darüber hinaus wurden 1 666 steuerpflichtige Schenkungen mit einem Gesamtwert von 122 Mill. Euro registriert, für die 14 Mill. Euro Steuer festgesetzt wurden.

In den meisten Fällen (71,5%) wurden Werte bis 50 000 Euro geerbt; die hierfür festgesetzte Steuer trug jedoch nur 13,3% zum Gesamtvolumen bei. Dagegen errechnet sich für die 1,5% der Fälle, die einen steuerpflichtigen Erwerb von mindestens 500 000 Euro betrafen, ein Anteil von 35,4% der insgesamt festgesetzten Steuer. Diese deutliche Konzentration ist auch in den übrigen Bundesländern zu beobachten. Bei den Schenkungen zeigt sich ein ähnliches Bild.

Auf die nahen Angehörigen in der Steuerklasse I (z. B. Ehegatte, Kinder, Eltern) entfielen zwar nur 12,7% der so genannten Erwerbe von Todes wegen, zur insgesamt festgesetzten Steuer trugen sie jedoch 41% bei. Personen in der Steuerklasse II (z. B. Ge-

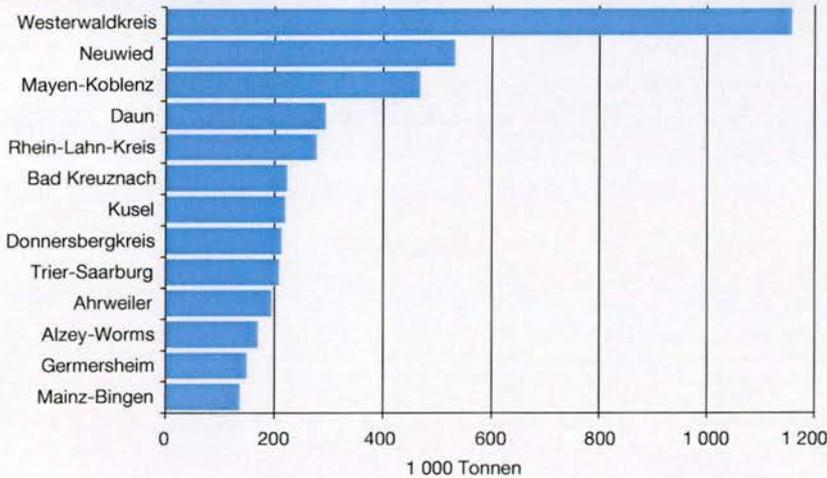
schwister, Stiefeltern, Schwiegereltern, geschiedener Ehegatte) stellten fast die Hälfte (46,6%) der Erbschaftsteuerfälle, ihr Anteil an der festgesetzten Steuer war mit 32,2% aber geringer. Die übrigen Erwerber in der Steuerklasse III (40,8%) hatten noch einen Anteil von 26,8% an der festgesetzten Steuer zu tragen. Diese für das Land Rheinland-Pfalz ermittelte Struktur weicht stark vom Bundesdurchschnitt ab: Danach entfiel in Deutschland gut die Hälfte der Erwerbe auf Personen in der Steuerklasse I, während die Steuerklasse II mit 27% und die Steuerklasse III mit 21% vertreten waren.

4,7 Mill. t Abfälle zur Rekultivierung eingesetzt

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2003 rund 4,7 Mill. t Abfälle in überträgigen Abbaustätten verfüllt. Zum weit überwiegenden Teil (95%) handelte es sich hierbei um Bodenaushub, der zur Rekultivierung von Sand-, Kies- und Tongruben sowie Steinbrüchen eingesetzt wurde.

Das Aufkommen des Spitzenjahres 2001 von 7,1 Mill. t wurde allerdings nicht erreicht. Dies ist auf den Abschluss der Bauarbeiten an der ICE-Trasse im nördlichen Rheinland-Pfalz zurückzuführen, der allein in den rechtsrheinischen Gebieten zu einer Halbierung der eingebauten Erdmassen führte. Trotzdem liegt der regionale Schwerpunkt der Verfüllungen

Verwertung von Abfällen in übertägigen Abbaustätten 2003 in ausgewählten Landkreisen



auch weiterhin im Westerwaldkreis (1,2 Mill. t). Aufgrund der zahlreichen Tongruben wird dieser Landkreis seine dominierende Bedeutung für diese umweltverträgliche Form der Verwertung überschüssiger Erdmassen auch in Zukunft behalten.

Die Daten stammen aus der jährlichen Erhebung über die Verwertung von Abfällen in übertägigen Abbaustätten.

Bedarfsorientierte Grundsicherung wurde 2003 erstmals gezahlt

Fast die Hälfte der Bezieher erhielten zuvor Sozialhilfe

Zum 1. Januar 2003 wurde mit dem Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter voller Erwerbsminderung (GSiG) ein neues Sozialleistungssystem mit Fürsorgecharakter eingeführt.

Aus allgemeinen Steuermitteln soll damit ein soziales Existenzminimum für im Inland lebende Bedürftige gesichert werden, die älter als 65 Jahre bzw. zwischen 18 und 65 Jahre und voll erwerbsgemindert sind.

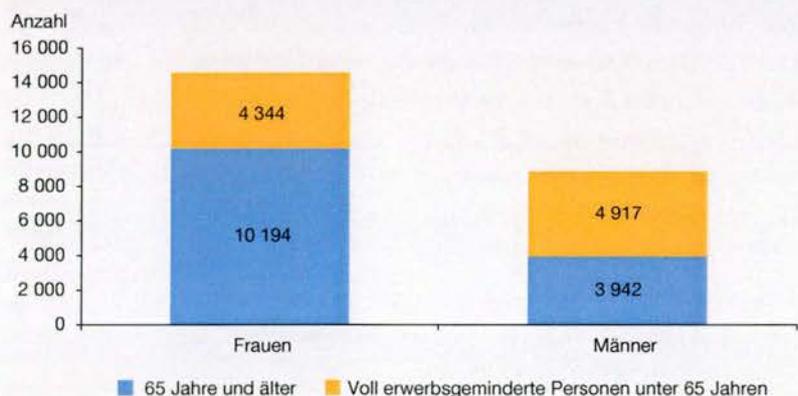
Im Jahr 2003 erhielten in Rheinland-Pfalz erstmals rund 23 400 Personen Leistungen nach dem Gesetz über

eine bedarfsorientierte Grundsicherung, das waren 0,6% der Bevölkerung. Knapp die Hälfte (46,7%) dieses Personenkreises waren vorher Sozialhilfeempfänger. Die Ausgaben beliefen sich für das Land auf 74,5 Mill. Euro. Pro Kopf der Bevölkerung waren das in den kreisfreien Städten 32 Euro und in den Landkreisen 14 Euro.

Der überwiegende Teil der Bezieherinnen und Bezieher waren ältere Menschen über 65 Jahre (60,4%). In dieser Gruppe waren Frauen mit 72,1% am häufigsten vertreten. Bei den Erwerbsgeminderten hingegen lag der Anteil der Frauen lediglich bei 46,9%. Etwa jede zehnte Person, die Grundsicherung erhielt, war ausländischer Herkunft. Hier wurde die Grundsicherung in 84,6% der Fälle für ältere Personen gezahlt.

Regional betrachtet zeigen sich starke Unterschiede. Die größte Empfängerzahl gab es mit 15 Personen je 1 000 Einwohner in der kreisfreien Stadt Koblenz, die geringste im Kreis

Struktur der Empfängerinnen und Empfänger der bedarfsorientierten Grundsicherung 2003



Bad Dürkheim. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass im Jahr 2003 nicht alle Anträge bei den Sozialämtern bearbeitet werden konnten – beispielsweise wegen noch fehlender Unterlagen – und andererseits noch nicht alle Sozialhilfeempfänger im Alter von über 65 Jahren auf die neue Sozialleistung umgestellt waren.

Der Anspruch auf Grundsicherung ist abhängig von dem Einkommen und Vermögen der Personen selbst und ihrer nicht getrennt lebenden Ehegatten oder Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft. Ein Rückgriff auf das Vermögen der Eltern oder Kinder – wie in der Sozialhilfe – findet grundsätzlich nicht statt. Hemmnisse der Bedürftigen bei der Inanspruchnahme, die aus der Angst resultieren, dass ihre Verwandten für sie aufkommen müssen, sollen so abgebaut werden. Ziel ist dabei, die verdeckte Armut im Alter zu bekämpfen und voll Erwerbsgeminderten eine eigenständige, elternunabhängige materielle Absicherung zu gewähren.

Für die Höhe der Grundsicherung gelten Regelsätze, die zwischen den verschiedenen Bundesländern und der Stellung der Person im Haushalt differieren. In Rheinland-Pfalz liegt der aktuelle Regelsatz für Haushaltsvorstände bei 296 Euro, für weitere Haushaltsangehörige bei 237 Euro im Monat. Dazu kommt eine Pauschale von monatlich 44,40 Euro pro Person. Diese soll Mehrbedarfe abdecken und umständliche Anträge für größere Anschaffungen verhindern. Darüber hinaus werden Kosten für Miete und Heizung in angemessener Höhe gezahlt.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 2003

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Empfänger/-innen ¹⁾				Bruttoausgaben		
	insgesamt	davon		je 1 000 Einwohner	insgesamt	je Einwohner	
		voll erwerbsgemindert unter 65 Jahre	65 Jahre und älter				
	Anzahl		%	Anzahl	1 000 EUR	EUR	
Kreisfreie Städte							
Frankenthal (Pfalz)	365	145	220	60,3	8	1 047	22
Kaiserslautern	1 159	410	749	64,6	12	3 099	31
Koblenz	1 609	546	1 063	66,1	15	6 599	61
Landau i. d. Pfalz	300	147	153	51,0	7	1 047	25
Ludwigshafen a. Rh.	1 119	419	700	62,6	7	4 116	25
Mainz	1 020	424	596	58,4	5	5 948	32
Neustadt a. d. Weinstr.	361	142	219	60,7	7	1 126	21
Pirmasens	422	193	229	54,3	10	1 467	33
Speyer	369	146	223	60,4	7	1 149	23
Trier	1 276	457	819	64,2	13	4 367	44
Worms	657	234	423	64,4	8	2 324	29
Zweibrücken	177	60	117	66,1	5	358	10
Landkreise							
Ahrweiler	534	193	341	63,9	4	1 827	14
Altenkirchen (Ww.)	1 133	421	712	62,8	8	1 874	14
Alzey-Worms	607	260	347	57,2	5	2 064	16
Bad Dürkheim	47	16	31	66,0	0	160	1
Bad Kreuznach	766	301	465	60,7	5	1 753	11
Bernkastel-Wittlich	717	161	556	77,5	6	1 876	16
Birkenfeld	691	285	406	58,8	8	2 105	24
Bitburg-Prüm	548	207	341	62,2	6	1 580	16
Cochem-Zell	452	213	239	52,9	7	1 254	19
Daun	389	153	236	60,7	6	1 317	20
Donnersbergkreis	300	151	149	49,7	4	708	9
Germersheim	656	313	343	52,3	5	1 890	15
Kaiserslautern	383	166	217	56,7	3	1 354	12
Kusel	230	88	142	61,7	3	758	10
Mainz-Bingen	740	269	471	63,6	4	2 450	12
Mayen-Koblenz	1 104	388	716	64,9	5	3 811	18
Neuwied	1 196	493	703	58,8	6	3 618	19
Rhein-Hunsrück-Kreis	530	279	251	47,4	5	1 788	17
Rhein-Lahn-Kreis	648	261	387	59,7	5	2 113	16
Rhein-Pfalz-Kreis	493	245	248	50,3	3	1 831	12
Südliche Weinstraße	503	246	257	51,1	5	1 268	11
Südwestpfalz	415	254	161	38,8	4	867	8
Trier-Saarburg	817	318	499	61,1	6	1 974	14
Westerwaldkreis	664	257	407	61,3	3	1 600	8
Rheinland-Pfalz	23 397	9 261	14 136	60,4	6	74 488	18
kreisfreie Städte	8 834	3 323	5 511	62,4	9	32 647	32
Landkreise	14 563	5 938	8 625	59,2	5	41 841	14

1) Am 31.12. 2003.

Spezialisierung und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe

Von Jörg Breitenfeld

Von den landesweit 29 330 landwirtschaftlichen Betrieben hatten sich 2003 rund 88% auf einzelne Produktionsverfahren spezialisiert. Ein wesentlicher Grund für die Konzentration der Betriebe auf ein Produktionsverfahren ist darin zu sehen, dass sie hierdurch Spezialisierungsgewinne realisieren können. Die relativ meisten Betriebe in Rheinland-Pfalz haben aufgrund der regional gegebenen natürlichen Voraussetzungen ihren Schwerpunkt im Weinbau. Im Jahr 2003 waren das 11 900 Betriebe, rund 40% aller landwirtschaftlichen Betriebe.

Methodisches Verfahren zur Festlegung der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung umgestellt

Die Darstellung landwirtschaftlicher Betriebe nach der Größe der bewirtschafteten landwirtschaftlich genutzten Fläche ermöglicht nur in begrenztem Umfang Aussagen über die Spezialisierung und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Betriebes. Dies liegt an der unterschiedlichen Wertschöpfung, welche die einzelnen Produktionsverfahren zu leisten vermögen. Es wurde deshalb bereits Anfang der 1970er Jahre in der Agrarstatistik die Betriebssystematik entwickelt, ein Verfahren zur Klassifizierung der Betriebe nach den verschiedenen Produktionsverfahren, bei dem die wirtschaftliche Leistungskraft des Betriebes auf der Basis des Standardbetriebseinkommens berechnet wurde.

Dieses bis zum Jahr 2001 verwendete Verfahren wurde zur Agrarstrukturerhebung 2003 aus Harmonisierungsgründen durch das von Eurostat¹⁾ verwendete Konzept der

betriebswirtschaftlichen Ausrichtung und der Darstellung der wirtschaftlichen Größe eines Betriebes auf der Grundlage des Standarddeckungsbeitrages abgelöst.

Aussagen über die tatsächliche Einkommenssituation landwirtschaftlicher Betriebe sind auch nach der methodischen Umstellung nicht möglich, da ausschließlich mit standardisierten Werten gerechnet wird. Dieses Vorgehen ist jedoch erforderlich, weil viele landwirtschaftliche Betriebe keine exakten Aufzeichnungen über ihre Einkommenssituation vornehmen.

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung „Dauerkultur“ dominiert

Die Einteilung der Betriebe nach ihrer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung erfolgt in verschieden stark differenzierte Betriebsgruppen und Klassen (siehe hierzu Erläuterungskasten zur Methode). Die Ausrichtungen Ackerbau, Dauerkultur, Futterbau,

Standarddeckungsbeitrag löst Standardbetriebseinkommen ab

¹⁾ Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften.

T 1

Landwirtschaftliche Betriebe 2003 nach der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung	Betriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche		Standarddeckungsbeitrag	
		insgesamt	je Betrieb	insgesamt	je Betrieb
	Anzahl	ha		1 000 EUR	EUR
Spezialisierte Betriebe					
Ackerbau	4 660	190 935	41,0	217 382	46 648
Getreide, Ölsaaten, Eiweißpflanzen	3 042	111 149	36,5	71 411	23 475
allgemeiner Ackerbau	1 618	79 786	49,3	145 971	90 217
Gartenbau	654	5 647	8,6	126 541	193 488
Dauerkulturen	13 002	93 321	7,2	593 121	45 618
Weinbau	11 853	84 267	7,1	539 631	45 527
Obstbau	871	5 597	6,4	35 858	41 169
gemischter Anbau von Dauerkulturen	278	3 458	12,4	17 633	63 428
Futterbau	7 375	247 289	33,5	239 269	32 443
Milchvieh	2 250	153 481	68,2	195 301	86 800
Rinderaufzucht und -mast	1 661	46 524	28,0	19 490	11 734
Milcherzeugung, Aufzucht und Mast kombiniert		205	12 907	63,0	13 386
65 298					
Schafe und andere	3 259	34 377	10,5	11 093	3 404
Veredlung	181	3 178	17,6	17 113	94 547
Gemischtbetriebe					
Pflanzenbauverbund	977	46 477	47,6	86 674	88 714
Viehhaltungsverbund	256	7 727	30,2	7 878	30 773
Teilausrichtung Weidevieh	199	7 004	35,2	7 252	36 442
Teilausrichtung Veredlung	57	723	12,7	625	10 965
Pflanzenbau und Viehhaltung gemischt	2 225	111 962	50,3	96 804	43 507
Ackerbau-Futterbauverbund	1 795	89 782	50,0	68 461	38 140
Pflanzenbau-Viehhaltungsverbund	430	22 180	51,6	28 343	65 914
Insgesamt	29 330	706 537	24,1	1 384 782	47 214

Gartenbau und Veredlung gehören zu den spezialisierten Ausrichtungen. Eine spezialisierte Ausrichtung liegt vor, wenn mindestens zwei Drittel des Standarddeckungsbeitrages aus dem jeweiligen Produktionsverfahren stammen.

In die Gruppe der Betriebe mit der Produktionsausrichtung „Dauerkultur“ fielen 44% der landwirtschaftlichen Betriebe. Sie wird in Rheinland-Pfalz aufgrund der natürlichen Produktionsvoraussetzungen maßgeblich durch den Weinbau – immerhin 40% aller Betriebe – bestimmt. Die nächstwichtigste Ausrichtung ist der Futterbau. Damit im Zusammenhang steht zumeist die Produktion von Milch oder Rind- und Schaffleisch; aber auch auf die Pferdehaltung spezialisierte Betriebe zählen zu den Futterbaubetrieben. Der

Futterbau, auf den rund 25% der Betriebe spezialisiert waren, ist die typische Ausrichtung der Grünlandstandorte in den Höhengebieten von Rheinland-Pfalz. Der Ackerbau war für 16% der Betriebe die wichtigste Ausrichtung. Zum Ackerbau gehören neben dem Anbau von Getreide der Hackfruchtbau (Kartoffeln, Rüben) und der Anbau von Öl- und Hülsenfrüchten wie Raps oder Erbsen. Aber auch der Feldfutterbau (z. B. Silomais, Luzerne und Klee gras) und der Feldgemüseanbau (Gemüseanbau im Wechsel mit anderen Kulturen) zählen dazu. Wird ausschließlich Gemüse erzeugt, so wird der Anbau als Gartenbau erfasst, der 2003 für gut 2% der Betriebe den wichtigsten Produktionsbereich bildete. Die Veredlung, also die Schweine- und die Geflügelhaltung, war bedeutungslos. Neben diesen speziali-

16% Ackerbaubetriebe

2% spezialisierte Gartenbaubetriebe

Spezialisierung auf Veredlung in Rheinland-Pfalz unbedeutend

40% der Betriebe auf Weinbau spezialisiert

25% Futterbaubetriebe

Zur Methode

Der Standarddeckungsbeitrag als Basis für die Ermittlung der betrieblichen Ausrichtung

Beim Standarddeckungsbeitrag handelt es sich um eine standardisierte Rechengröße für die wirtschaftliche Bewertung der Produktionsverfahren in den landwirtschaftlichen Betrieben, auf deren Basis die „betriebswirtschaftliche Ausrichtung“ festgelegt wird.

Der Standarddeckungsbeitrag entspricht dem Wert der Produktion abzüglich der variablen Spezialkosten (Direktkosten). Dabei werden mangels betriebsspezifischer Größen standardisierte Erträge, Preise und Kosten angesetzt. Um die regional unterschiedlichen Erträge bzw. tierischen Leistungen berücksichtigen zu können, werden die Standarddeckungsbeiträge jeweils für Regierungsbezirke bzw. Bundesländer ermittelt. Für die Bewertung werden dreijährige gleitende Durchschnitte der Standarddeckungsbeiträge verwendet.

Die Standarddeckungsbeiträge der Produktionsverfahren werden dann mit den betrieblichen Angaben über Art und Umfang der Bodennutzung und der Viehhaltung multipliziert und anschließend zum Standarddeckungsbeitrag des Betriebes aufsummiert.

Der prozentuale Anteil der Standarddeckungsbeiträge der einzelnen Produktionsverfahren am gesamten Standarddeckungsbeitrag des Betriebes ist maßgebend für die Eingruppierung der landwirtschaftlichen Betriebe nach der „betriebswirtschaftlichen Ausrichtung“.

→ Ziel der betriebswirtschaftlichen Ausrichtung ist es, die Betriebe nach ihrem Produktionsschwerpunkt zu kennzeichnen und zu gruppieren. Dazu werden jeder betriebswirtschaftlichen Ausrichtung landwirtschaftliche Produktionsverfahren zugeordnet. Zudem ist festgelegt, wie hoch der Anteil der Standarddeckungsbeiträge dieser Produktionsverfahren am Standarddeckungsbeitrag des Betriebes sein muss.

Es werden in der größten Differenzierung Klassen der „allgemeinen Ausrichtungen“ abgegrenzt, die hierarchisch weiter in Klassen der „Hauptausrichtungen“ und Klassen der „Einzelausrichtungen“ mit weiteren Unterteilungen bestimmter Klassen der Einzelausrichtungen unterschieden werden. Die allgemeine Ausrichtung umfasst folgende Betriebsgruppen:

1. Spezialisierte Ausrichtungen (mindestens zwei Drittel des Standarddeckungsbeitrages stammen aus dem jeweiligen Produktionsverfahren); hierzu gehören Ackerbau, Gartenbau, Dauerkultur, Futterbau (Weidevieh) und Veredlung.
2. Gemischte Ausrichtungen; hierzu gehören Pflanzenbauverbund, Viehhaltungsverbund und Pflanzenbau-Viehhaltung.

sierten Betrieben gibt es nach wie vor Betriebe mit mehreren Produktionsrichtungen (Gemischtbetriebe). Sie stellten zusammen 12% aller Betriebe.

Milchviehbetriebe mit der größten Flächenausstattung

Die Ausstattung der einzelnen betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen mit landwirtschaftlich genutzter Fläche ist unterschiedlich. Sie hängt u. a. von der Wertschöpfung

ab, die auf einem Hektar Fläche erzielt werden kann; diese macht für Haupterwerbsbetriebe zur Erwirtschaftung eines ausreichenden Einkommens eine bestimmte Flächenausstattung erforderlich. Auf die größte durchschnittliche Flächenausstattung kamen die Milchviehbetriebe mit 68 ha, die überwiegend im Haupterwerb bewirtschaftet werden. Da viele Rinderaufzucht- bzw. -mastbetriebe im Nebenerwerb geführt werden und eine deutlich geringere Fläche bewirtschaften, umfasste die Fläche der Futterbaubetriebe im Schnitt nur 33,5 ha. Der

Milchviehbetriebe bewirtschaften durchschnittlich 68 ha

T 2

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung landwirtschaftlicher Betriebe 2003 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche

Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... ha	Insgesamt	Davon									
		Spezialisierte Betriebe							Gemischtbetriebe		
		Ackerbau	Gartenbau	Dauerkulturen		Futterbau (Weidevieh)		Veredlung	zusammen	darunter Pflanzenbau/Viehhaltung	
				zusammen	darunter Weinbau	zusammen	darunter Milchvieh				
unter 2	2	6 250	16	413	5 621	5 025	119	3	56	25	10
2 - 5	5	5 715	495	92	2 884	2 670	1 818	43	25	401	242
5 - 10	10	4 193	689	43	1 908	1 816	1 159	52	20	374	259
10 - 20	20	4 380	1 025	31	1 539	1 425	1 206	206	28	551	395
20 - 30	30	1 725	503	23	446	390	419	117	13	321	199
30 - 50	50	2 450	677	22	353	306	837	483	20	541	300
50 - 75	75	1 852	478	10	154	137	721	512	13	476	286
75 - 100	100	1 161	289	.	58	50	496	394	.	306	200
100 - 200	200	1 405	407	10	.	.	552	407	.	397	278
200 und mehr	200	199	81	.	.	.	48	33	.	66	56
Insgesamt		29 330	4 660	654	13 002	11 853	7 375	2 250	181	3 458	2 225

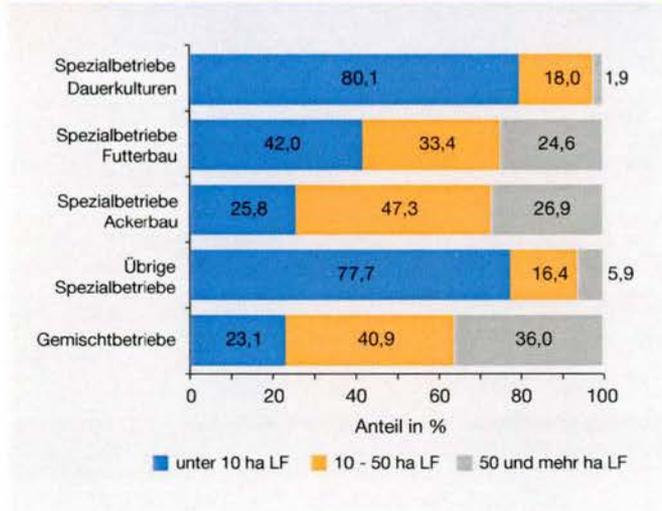
Ackerbau wurde auf durchschnittlich 41 ha betrieben; in diesem Wert schlägt sich ebenfalls ein hoher Anteil an Nebenerwerbsbetrieben nieder. Die Dauerkulturbetriebe wiesen wegen der hohen Flächenproduktivität nur durchschnittlich 7,2 ha auf. Von allen Betrieben unter 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche waren fast 90% Dauerkulturbetriebe.

In der nächsten Größenklasse (2 bis 5 ha) entfiel noch jeder zweite Betrieb auf die Ausrichtung Dauerkulturen. Die Gartenbaubetriebe wirtschafteten ebenfalls nur mit einer geringen Flächenausstattung. Sie stellten 6,6% der Betriebe unter 2 ha.

Die Größenklassen ab 100 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche wurden demgegenüber von den Futterbau- und Ackerbaubetrieben geprägt. Immerhin 37% der Betriebe mit 100 ha und mehr waren Futterbaubetriebe. Weitere 30% entfielen auf den Ackerbau. Um als alleinige Einkommensquelle dienen zu können, benötigen beide Ausrichtungen eine ausreichende Flächenausstattung.

Dauerkulturbetriebe sind im Schnitt nur rund 7 ha groß

S 1 Betriebswirtschaftliche Ausrichtung landwirtschaftlicher Betriebe 2003 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche (LF)



47 200 Euro Standarddeckungsbeitrag je Betrieb

Der durchschnittliche Standarddeckungsbeitrag eines Betriebes ist ein Maßstab für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit. Er be-

trug 2003 rund 47 200 Euro. Dieser Wert darf allerdings nicht mit dem Gewinn gleichgesetzt werden: Um den Gewinn zu errechnen, müssten vom Standarddeckungsbeitrag noch weitere Positionen wie Fixkosten, Löhne oder Schuldendienst abgezogen werden.

Bei einem Vergleich der durchschnittlichen Standarddeckungsbeiträge der einzelnen betriebswirtschaftlichen Ausrichtungen ist zu berücksichtigen, dass mehrere Faktoren, wie z. B. die unterschiedlichen Anteile an Haupt- und Nebenerwerbsbetrieben, die Höhe des Gesamtstandarddeckungsbeitrages beeinflussen.

Den höchsten durchschnittlichen Standarddeckungsbeitrag je Betrieb erzielten die Gartenbaubetriebe mit 193 000 Euro. Diese zumeist im Haupterwerb geführten hochspezialisierten Betriebe mit hoher Wertschöpfung je Hektar lagen mit deutlichem Abstand vor den übrigen Betrieben. Allerdings darf bei der Bewertung des vergleichsweise hohen Betrags mit Blick auf

den möglichen Gewinn nicht der in der Regel hohe Bedarf an Fremdarbeitskräften außer Acht gelassen werden.

Innerhalb der einzelnen Ausrichtungen gibt es teilweise deutliche Unterschiede in den durchschnittlichen Standarddeckungsbeiträgen je Betrieb. So kamen unter den Futterbaubetrieben die Milchviehbetriebe auf 87 000 Euro und die auf Rindermast oder -aufzucht spezialisierten Betriebe nur auf 12 000 Euro. Dies ist zum einen auf die deutlich höhere Wertschöpfung der Milchproduktion und zum anderen auf die größere Flächenausstattung der zumeist im Haupterwerb bewirtschafteten Milchviehbetriebe zurückzuführen.

Ähnliches lässt sich auch beim Ackerbau zeigen. Hier stachen die Feldgemüsebetriebe mit 248 000 Euro deutlich hervor. Die höhere Wertschöpfung beim Anbau von Zuckerrüben und Kartoffeln ist ein Grund, warum die Zuckerrüben- und Kartoffelbaubetriebe mit 59 000 Euro vor den Betrieben ohne entsprechende Kulturen in der

Gartenbaubetriebe mit höchstem durchschnittlichen Standarddeckungsbeitrag

T 3

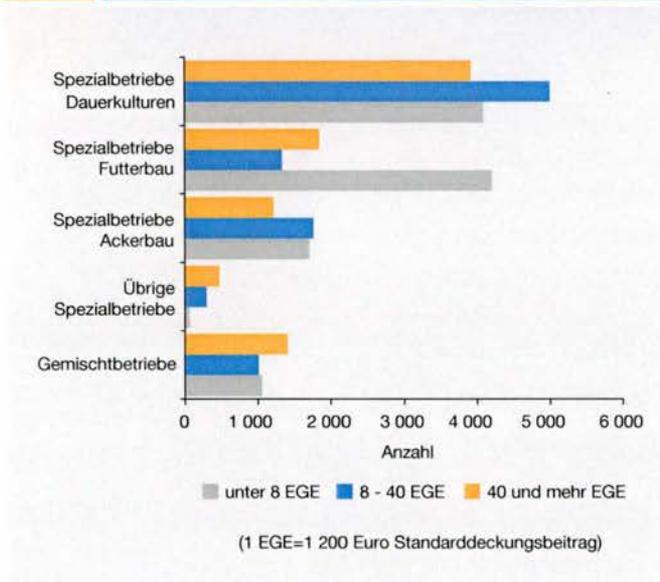
Betriebswirtschaftliche Ausrichtung landwirtschaftlicher Betriebe 2003 nach Größenklassen des Standarddeckungsbeitrages

Standarddeckungsbeitrag von ... EGE ¹⁾	Insgesamt	Davon								
		Spezialisierte Betriebe						Gemischtbetriebe		
		Ackerbau	Gartenbau	Dauerkulturen		Futterbau (Weidevieh)		Veredlung	zusammen	darunter Pflanzenbau/Viehhaltung
				zusammen	darunter Weinbau	zusammen	darunter Milchvieh			
unter 2	3 265	333	-	25	.	2 504	6	12	391	278
2 - 8	7 820	1 356	19	4 057	3 582	1 698	65	33	657	489
8 - 16	4 092	854	62	2 171	1 966	576	87	22	407	311
16 - 24	2 313	392	61	1 280	1 202	300	134	22	258	184
24 - 32	1 648	303	55	882	839	212	132	11	185	126
32 - 40	1 335	207	56	669	.	242	169	9	152	94
40 - 60	2 525	380	80	1 161	1 106	510	424	14	380	215
60 und mehr	6 332	835	321	2 757	2 521	1 333	1 233	58	1 028	528
Insgesamt	29 330	4 660	654	13 002	11 853	7 375	2 250	181	3 458	2 225

1) 1 Europäische Größeneinheit (EGE) = 1 200 Euro Standarddeckungsbeitrag.

S 2

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung landwirtschaftlicher Betriebe 2003 nach Größenklassen des Standarddeckungsbeitrages



Fruchtfolge (23 000 Euro) lagen. Auch hier wiesen die weniger intensiv wirtschaftenden Betriebe eine geringere Flächenausstattung auf.

Viele Betriebe mit geringer wirtschaftlicher Leistungskraft

„Europäische Größeneinheit“ berücksichtigt Preisänderungen

Um eine über die Zeit von Preisänderungen unbeeinflusste Messung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Betriebe zu erreichen, wird insbesondere bei der klassifizierten Darstellung der Betriebe nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit die so genannte Europäische Größeneinheit (EGE) verwendet, wobei zurzeit eine EGE einem Standarddeckungsbeitrag von 1 200 Euro entspricht.

Mehr als jeder fünfte Betrieb erreichte eine wirtschaftliche Größe von 60 EGE, was derzeit einem Standarddeckungsbeitrag von

72 000 Euro gleichkommt. Demgegenüber lag mehr als ein Viertel der Betriebe im Bereich zwischen 2 und 8 EGE. Insgesamt wies sogar mehr als die Hälfte (52%) eine Größenordnung von weniger als 16 EGE (2003: 19 200 Euro) auf. Es handelte sich bei diesen Betrieben überwiegend um Neben-erwerbsbetriebe.

Fast jeder zweite Gartenbaubetrieb entfiel auf die Größenklasse mit 60 EGE und mehr. Kaum geringer war der Anteil leistungsfähiger Einheiten bei den Pflanzenbauverbundbetrieben. Die wenigen Veredlungsbetriebe erreichten fast zu einem Drittel einen Standarddeckungsbeitrag von mindestens 60 EGE (72 000 Euro).

Der Futterbau war die betriebswirtschaftliche Ausrichtung mit dem höchsten Anteil an Betrieben in der Größenklasse unter 2 EGE. 34% der Futterbaubetriebe entfielen auf diese Größenklasse. Weitere 23% kamen in die nächste Größenklasse von 2 bis 8 EGE. Dies ist auf die geringe Wertschöpfung der Ammen- und Mutterkuh- bzw. Schafhaltung sowie die überwiegend flächenmäßig kleinen Betriebe zurückzuführen. Bei den Milchviehbetrieben erzielten 55% mehr als 60 EGE. Weitere 19% kamen auf einen betrieblichen Standarddeckungsbeitrag zwischen 40 und 60 EGE. Auch beim Weinbau (30%) und beim Ackerbau (29%) waren noch überdurchschnittlich viele Betriebe in der Größenklasse von 2 bis 8 EGE vertreten.

Regional bestimmen natürliche Standortfaktoren die betriebswirtschaftliche Ausrichtung

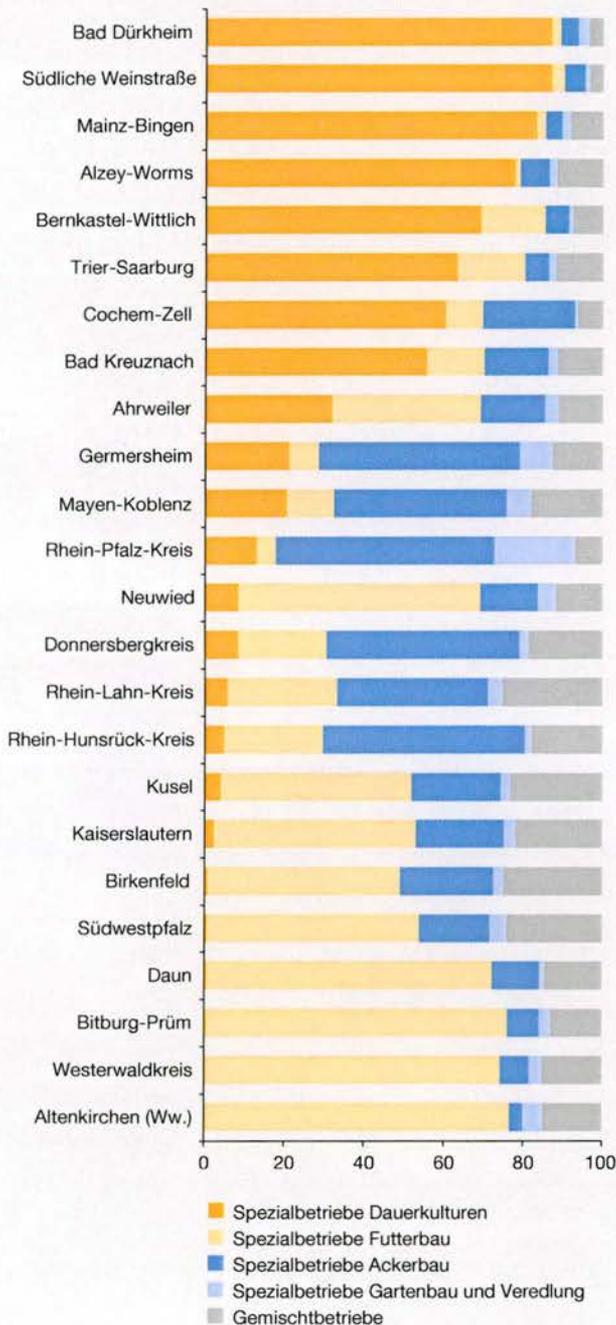
Die drei Ausrichtungen Dauerkultur, Futterbau und Ackerbau sind auch regional be-

52% der Betriebe unter 16 EGE

Viele Futterbaubetriebe mit geringer wirtschaftlicher Leistungskraft

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung in der Landwirtschaft 2003 nach Verwaltungsbezirken¹⁾

Anteile der jeweiligen Ausrichtung an der Gesamtzahl der Betriebe in %



¹⁾ Die kreisfreien Städte sind dem Landkreis zugeordnet, mit dem sie überwiegend räumlich verbunden sind.

stimmend. Ihre Verbreitung entspricht dabei weitgehend den durch die natürlichen Standortfaktoren, wie Boden und Klima, geprägten regionalen Gegebenheiten.

In Neustadt an der Weinstraße hatten neun von zehn Betrieben im Jahr 2003 Dauerkulturen als Schwerpunkt, in diesem Fall Weinreben. Einen vergleichbaren Wert erreichte Landau in der Pfalz. Bei den Landkreisen lagen die Kreise Südliche Weinstraße, Bad Dürkheim und Mainz-Bingen mit Anteilen von über 85% Dauerkulturbetrieben vorn.

In Weinbaulich geprägten Regionen fast 90% Dauerkulturbetriebe

Im Landkreis Alzey-Worms gehörten vier von fünf Betrieben zur Ausrichtung Dauerkultur. Entlang der Mosel waren die Dauerkulturbetriebe zwar ebenfalls bestimmend, sie erreichten aber nicht die Werte wie in den südlichen Landesteilen. Der Landkreis Bernkastel-Wittlich (69%) lag vor Trier-Saarburg (64%) und Cochem-Zell (60%). Auch im Landkreis Bad Kreuznach war noch mehr als jeder zweite Betrieb schwerpunktmäßig mit dem Dauerkulturanbau befasst.

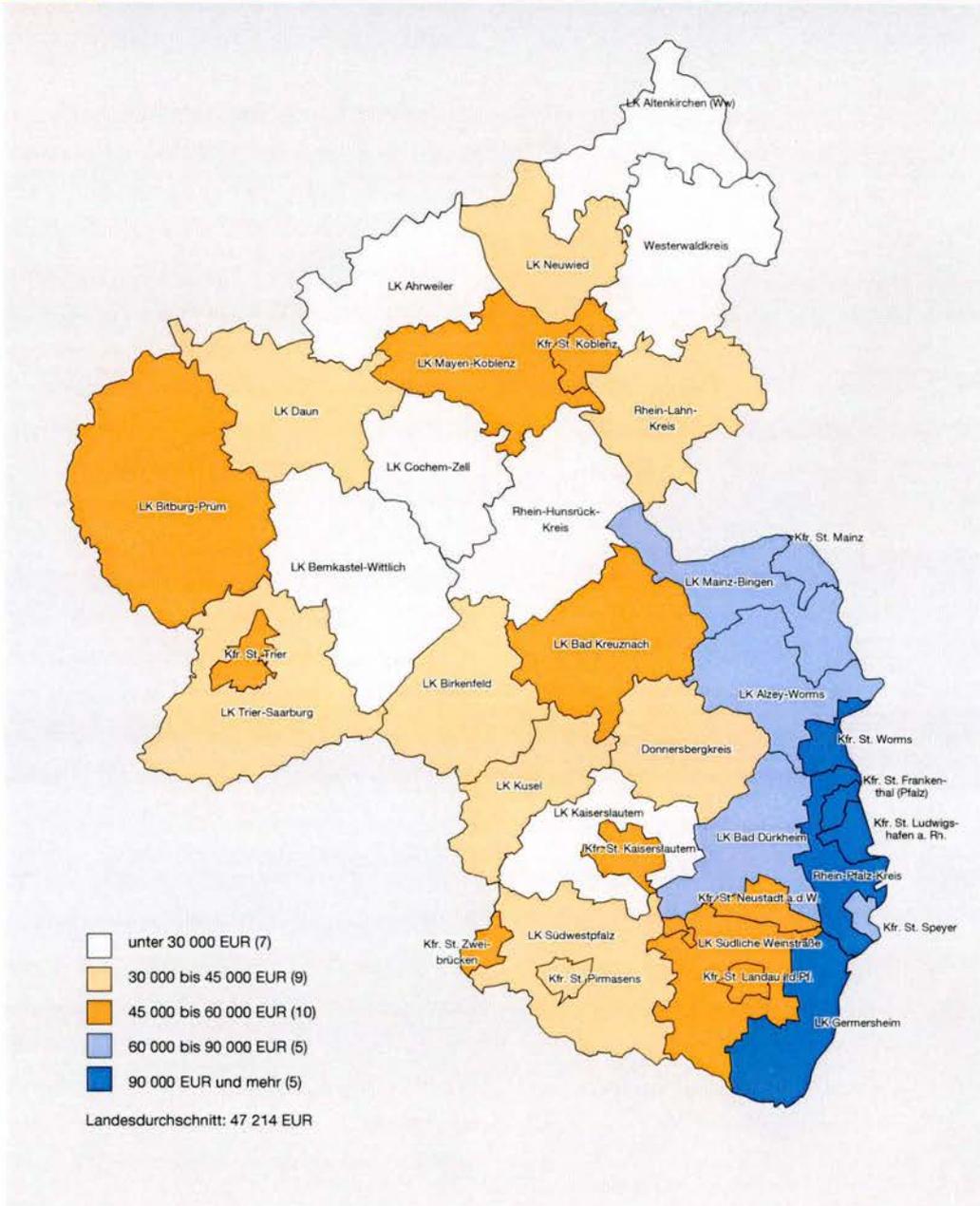
Der Futterbau, die wichtigste Nutzungsform des Grünlandes, findet sich vor allem in den Höhegebieten. Den höchsten Anteil stellten die Futterbaubetriebe in den Landkreisen Altenkirchen und Bitburg-Prüm mit jeweils rund 76%. Ebenfalls auf Anteile von über 70% kamen der Westerwaldkreis (74%) und der Landkreis Daun (72%). Im Südwesten des Landes war etwa jeder zweite Betrieb als Futterbaubetrieb zu bezeichnen. Zu nennen sind hier die Landkreise Südwestpfalz (55%), Kaiserslautern (51%), Birkenfeld (48%) und Kusel (48%).

Futterbaubetriebe dominieren in den Landkreisen Altenkirchen und Bitburg-Prüm

Der Ackerbau ist überwiegend entlang des Rheins zu finden. Er hatte dabei allerdings

S 4

Durchschnittlicher Standarddeckungsbeitrag landwirtschaftlicher Betriebe 2003 nach Verwaltungsbezirken



nicht die Dominanz wie der Weinbau- oder der Futterbau. Den ersten Platz unter den Landkreisen nahm der Rhein-Pfalz-Kreis mit 54% ein. Mit Anteilen zwischen 46 und 51% folgten der Rhein-Hunsrück-Kreis, der Landkreis Germersheim, der Donnersbergkreis und der Landkreis Mayen-Koblenz.

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung bestimmt wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in den Regionen

Der Rhein-Pfalz-Kreis zeichnet sich dadurch aus, dass dort neben dem Ackerbau auch der Gartenbau mit 18% eine große Bedeu-

T 4

Anteil der Betriebe nach ihrer betriebswirtschaftlichen Ausrichtung an den landwirtschaftlichen Betrieben insgesamt 1991-2003¹⁾

Betriebswirtschaftliche Ausrichtung	1991	1995	1999	2003
	%			
Spezialisierte Betriebe				
Ackerbau	17,9	16,6	17,5	15,9
Gartenbau	1,6	1,1	1,8	2,2
Dauerkulturen	41,6	42,8	43,6	44,3
darunter Weinbau	38,6	39,6	39,8	40,4
Futterbau	19,6	21,5	20,1	25,1
darunter Milchvieh	10,7	8,6	6,5	7,7
Veredlung	0,6	0,9	0,5	0,6
Zusammen	81,2	83,0	83,6	88,2
Gemischtbetriebe				
Pflanzenbau	5,1	4,8	5,4	3,3
Viehhaltung	2,0	2,0	1,7	0,9
Pflanzenbau-Viehhaltung	11,7	10,2	9,4	7,6
Zusammen	18,8	17,0	16,5	11,8
Betriebe insgesamt	100	100	100	100

1) 2003: Nationale Agrarstrukturerhebung; 1991 bis 1999: EG-Agrarstrukturerhebung.

tion hat. Dies spiegelt sich dann auch im durchschnittlichen Standarddeckungsbeitrag wider. Die Betriebe kamen im Mittel auf über 180 000 Euro Standarddeckungsbeitrag. Auch in den angrenzenden Landkreisen und kreisfreien Städten erreichten die Standarddeckungsbeiträge je Betrieb überdurchschnittliche Werte. 94 000 Euro waren es im Landkreis Germersheim, wo noch 7% der Betriebe dem Gartenbau zugeordnet waren.

Die geringsten Standarddeckungsbeiträge wiesen die Betriebe im Landkreis Cochem-Zell (21 000 Euro) auf. Die vielen kleinen Weinbaubetriebe dürften hier der Grund für den niedrigen Wert sein. Es folgten dann die Betriebe in den Kreisen Altenkirchen (24 000

Euro) und Bernkastel-Wittlich (25 000 Euro) vor dem Rhein-Hunsrück-Kreis (26 000 Euro) und dem Westerwaldkreis (27 000 Euro). In diesen Gebieten kommt der Nebenerwerbslandwirtschaft eine wichtige Rolle bei der Bewirtschaftung der Flächen zu.

Spezialisierung der Betriebe hat zugenommen

Die Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung 2003 sind, wie eingangs dargestellt, aufgrund der methodischen Umstellungen mit den nationalen Auswertungen der Agrarstrukturerhebungen der Vorjahre nicht vergleichbar. Da die nationale Agrarstrukturerhebung aber auch die Basis für die Datenlieferungen zur EG-Agrarstrukturerhebung bildet und auf EU-Ebene schon in früheren Jahren ein anderes Aufbereitungskonzept verwendet wurde, kann für zeitliche Vergleiche mit gewissen Einschränkungen auf diese Ergebnisse²⁾ zurückgegriffen werden. Als methodische Abweichung ist zu berücksichtigen, dass die Baumschulbetriebe in den nationalen Auswertungen dem Gartenbau zugeordnet werden, während sie in den Auswertungen der EG-Agrarstrukturerhebung zu den Dauerkulturen zählen. Da die Zahl der Baumschulbetriebe in Rheinland-Pfalz gering ist, wird die Vergleichbarkeit nur wenig beeinträchtigt. Im Jahr 2003 betraf dies 104 Betriebe.

Der Anteil der spezialisierten Betriebe betrug 1991 gut 81%. Er stieg bis 2003 auf über 88%. Dementsprechend entwickelte sich der Anteil der Gemischtbetriebe rückläufig. Ein wesentlicher Grund für die zunehmende Ausrichtung der Betriebe auf ein Produk-

Anteil spezialisierter Betriebe stieg in zwölf Jahren um 7 Prozentpunkte auf 88%

2) Quelle: EG-Agrarstrukturerhebung, Eurostat-Datenbank New Cronos, Stand: 15.11.2004.

tionsverfahren ist darin zu sehen, dass sie durch die Konzentration auf einen Produktionsschwerpunkt Spezialisierungsgewinne realisieren können.

Die größte Veränderung im Zeitablauf weisen die Futterbaubetriebe auf. Ihr Anteil stieg von 20% im Jahr 1991 auf aktuell 25%. Ein leichter Aufwärtstrend ist auch bei den Dauerkulturbetrieben feststellbar; demgegenüber ging die Bedeutung des Ackerbaus als dritte wichtige betriebswirtschaftliche Ausrichtung leicht zurück. In den Ergebnissen spiegelt sich auch wider, dass der Anteil der Milchviehhalter stark rückläufig war, wäh-

rend der Anteil der Rindfleischerzeuger zunahm. Dies korrespondiert mit der deutlichen Ausweitung der Mutter- und Ammenkuhhaltungen in den 1990er Jahren bei gleichzeitigem Rückgang der Milcherzeuger. Der Anteil der Milchviehbetriebe fiel um 3 Prozentpunkte auf 7,7% im Jahr 2003.

Jörg Breitenfeld, Diplom-Agraringenieur, leitet das Referat Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt.

Das Geoinformationssystem der Landwirtschaftlichen Betriebsdatenbank – GIS LBD



Von Wolfgang Raab

Über die „Landwirtschaftliche Betriebsdatenbank“ – im Folgenden auch kurz LBD genannt – werden seit mehr als zehn Jahren die landwirtschaftlichen Fördermaßnahmen in Rheinland-Pfalz abgewickelt. Der Aufbau eines Geoinformationssystems ergänzt dieses

Verfahren. Den Verwaltungen und den Antragstellern wird dabei ein leistungsfähiges, modernes DV-System zur Verfügung gestellt, um die Antragsverfahren zu erleichtern und zu beschleunigen.

Abwicklung von Fördermaßnahmen seit 1992 über die LBD

Bereits seit dem Jahr 1992 wird beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz im Auftrag des zuständigen Ministeriums, heute Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW), die „Landwirtschaftliche Betriebsdatenbank“ unterhalten. Sie läuft unter dem Datenbankverwaltungssystem ADABAS mit der Programmiersprache NATURAL.

30 Fördermaßnahmen mit einem Ausgabevolumen von 150 Mill. Euro

Inzwischen werden über die Datenbank mehr als 30 Fördermaßnahmen aus den Bereichen „Landwirtschaft“ und „Weinbau“ mit einem Ausgabevolumen von jährlich über 150 Mill. Euro abgewickelt. Das Spektrum der Maßnahmen reicht dabei von flä-

chengebundenen Zahlungen, Zahlungen im Rahmen der Weinmarktordnung sowie Viehbestands- und Schlachtpremien bis hin zu Programmen zur Förderung des Umwelt- und Landschaftsschutzes und zur Förderung von Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben. Die Daten der Landwirtschaftlichen Betriebsdatenbank sind zentral auf dem Großrechner des Landesbetriebs Daten und Information (LDI) in Koblenz gespeichert.

Etwa 370 Endanwender in den 24 Kreisverwaltungen, den sechs Dienstleistungszentren für den ländlichen Raum, in der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD) in Trier und im zuständigen Ministerium (MWVLW) sind über Dialoganwendungen mit der Landwirtschaftlichen Betriebsdatenbank verbunden. Die Anbindung ist über das rlp-Netz oder das Kommunalnetz realisiert.¹⁾ Auf diesem Weg erfolgt die Sachbearbeitung von Förderanträgen, für die die Kreisverwaltungen und Dienstleistungszentren zuständig sind, sowie der Test von Förderverfahren, mit dem zusätzlich die ADD

370 Endanwender an 32 Standorten

¹⁾ Das rlp-Netz wird vom Landesbetrieb Daten und Information (LDI), Mainz, betrieben. Das im Auftrag des Landes aufgebaute integrierte Netz ist eine der wichtigsten technischen Basisinfrastrukturen für die Kommunikation der staatlichen und anderen öffentlichen Stellen in Rheinland-Pfalz. Das Kommunalnetz wird von der Gesellschaft KommWis, Mainz, betrieben.

und auch das MWLW befasst sind. Auch die Überwachung des Verfahrensablaufs wird über die Anwendungen sichergestellt.

EU-Forderung: Ergänzung der LBD durch ein GIS

Geoinformationssystem unterstützt Bearbeitung flächenbezogener Beihilfen

Im Jahr 2000 wurde den Mitgliedstaaten der EU von der Kommission die Verpflichtung auferlegt, innerhalb einer Übergangsfrist bis zum Januar 2005 ein computergestütztes geographisches Flächeninformationssystem für die Unterstützung der Antragstellung und Bearbeitung von flächenbezogenen landwirtschaftlichen Förderverfahren aufzubauen. In Rheinland-Pfalz wird diese Vorgabe der EU mit Hilfe des Geo-Informationssystems Landwirtschaftliche Betriebsdatenbank (GIS LBD) erfüllt.

Die Einführung eines solchen Geoinformationssystems (GIS) auf der Grundlage von Katasterplänen und -unterlagen oder anderem Kartenmaterial unter Einbindung von Luft- und Satellitenbilddaten bedurfte der Einführung neuer Technologien bei gleichzeitiger Integration in die bisherige Datenverarbeitungsstruktur.

Hohe Genauigkeit auch durch DGPS

Mit dem neuen System erfolgt ab dem 1. Januar 2005 GIS-basiert die zweifelsfreie Identifizierung und Kontrolle landwirtschaftlicher Parzellen auf der Grundlage von digitalen Katasterkarten unter Einbeziehung von Fernerkundungs- und DGPS-Daten (Differential

2) GPS ist ein satellitengesteuertes Verfahren, mit dem eine Position genau bestimmt werden kann. DGPS ist eine Technik, um die Genauigkeit der Positionsbestimmung zu verbessern. Dabei wird an einem sehr genau bekannten Punkt die Abweichung der gemessenen Position von der tatsächlichen Position als Korrekturfaktor für weitere Empfänger verwendet, welche die gleichen Satelliten in der gleichen Gegend empfangen (Quelle: Online im Internet: www.kowoma.de/gps/glossar.htm, Stand 29.6.2004).

Info

Die Projektbeteiligten

Die Federführung für die Entwicklung und Einführung des gesamten GIS LBD-Systems liegt beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWLW). Die Entwicklung selbst erfolgt in einer Projektorganisation, in der die nachfolgenden Unternehmen und Institutionen mit folgenden Aufgaben eingebunden sind:

- die Software AG, Darmstadt, im Rahmen einer allgemeinen Projektunterstützung,
- die GAF AG, München, für die Aufgabenbereiche LaFIS® und LaFIS® Admin,
- die Firma ISB, Mainz, für den Bereich Geobasisdatenserver,
- das Statistische Landesamt, Bad Ems, für die klassische großrechnerbasierte LBD-Datenbank und die Datenkommunikation zwischen diesem System und dem neuen GIS LBD.

Die technische Realisierung des GIS LBD

Das GIS LBD läuft unter Nutzung einer Oracle-Datenbank unter Oracle 9i Spatial auf einem eigenen, sehr leistungsfähigen Datenbankserver beim LDI in Mainz.

Die Verbindung und Übertragung von Daten zwischen der klassischen großrechnerorientierten LBD und GIS LBD wird über die Middleware „Entire X“ der Software AG und vom Statistischen Landesamt erstellte Programme (Java-Klassen, Oracle PL/SQL-Prozeduren) sichergestellt.

Auf diesem Weg wird auch das gesamte Benutzer- und Zugriffsregelwerk gesteuert und synchronisiert. So ist z. B. gewährleistet, dass sich die Endbenutzer der LBD am Großrechner und des GIS LBD auf dem Oracle-System mit der identischen Benutzerkennung anmelden müssen.

Die im GIS LBD benötigten Daten des Automatisierten Liegenschaftskatasters werden von der Katasterverwaltung, die topographischen Karten und digitalen Orthophotos vom Landesamt für Vermessung und Geodäsie geliefert und nach entsprechender Transformation im GIS LBD gespeichert.

Global Positioning System)²⁾. Das Geoinformationssystem der LBD wird dabei als eine Zusatzkomponente zum bestehenden LBD-System gesehen und umfasst nur Aufgabenbereiche, welche auch bereits in der klassischen großrechnerorientierten LBD abgebildet sind.

Die wichtigsten Funktionalitäten des GIS LBD sind:

- Erstellung von Material zur Unterstützung der Antragstellung,
- Erfassung der Anträge,
- Unterstützung von Kontrollen,
- statistische Auswertungen.

Die Aufbauphase 2003

Im Jahr 2003 wurde das GIS LBD, basierend auf dem Datenbanksystem Oracle 9i Spatial und den Anwendungsprogrammen LaFIS[®] und LaFIS[®] Admin der Firma GAF AG, aufgebaut, der Testbetrieb aufgenommen und das System anschließend kontinuierlich weiterentwickelt.

Zunächst wurden die Flächendaten der Antragsteller von der großrechnerbasierten LBD nach GIS LBD übertragen. Diese so genannte Datenreplikation war notwendig, weil das Anwendungsprogramm LaFIS[®] einerseits einen direkten, performanten Zugriff auf die Flächendaten benötigt und andererseits auf die speziellen GIS-Funktionen der Oracle-Datenbank (Oracle-Spatial-Funktionen) zu räumlichen Abfragen angewiesen ist. Diese konnten von der ADABAS-Datenbank des klassischen LBD-Systems nicht zur Verfügung gestellt werden.

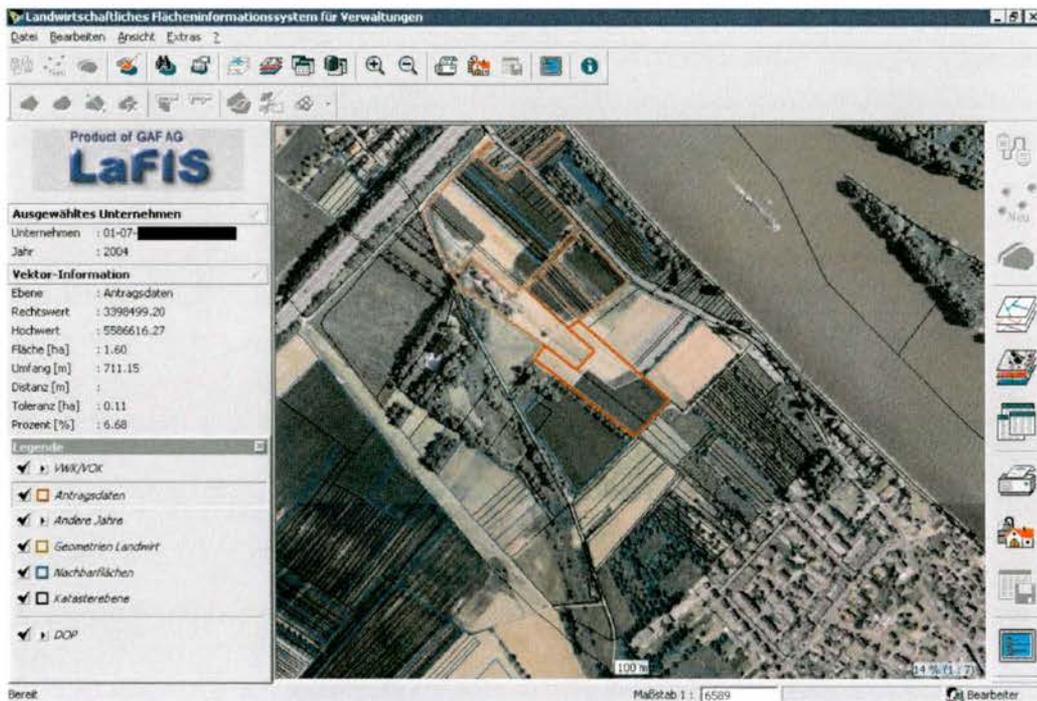
Anschließend wurden die Antragsflächen im GIS LBD durch einen „Autoparcel“ genannten Vorgang über die Flurstücksnummer mit den Daten aus dem Automatisierten Liegenschaftskataster verknüpft. Dadurch entsteht aus der Summe der Polygone der Katasterflurstücke eines Schrages, für den ein Antrag gestellt wird – ein Schlag besteht aus einem Flurstück oder mehreren benachbarten Flurstücken oder Flurstücksteilen eines Bewirtschafters, die gleichartig bewirtschaftet werden –, ein so genanntes Schlagpolygon, welches mit dem GIS-Programm LaFIS[®] visualisiert werden kann.

Stimmen – im einfachsten Fall – die bewirtschaftete Fläche und die Flurstücksgrenzen überein, dann stellt das automatisch generierte Schlagpolygon auch die Bewirtschaftungsgrenzen korrekt dar. Wenn allerdings ein Flurstück von mehr als einem Bewirtschafters genutzt wird und Förderungen beantragt werden, kann die Bewirtschaftungsgrenze nicht vom Programm automatisch festgelegt werden; diese Schläge werden daher als „kritisch“ bezeichnet. In diesen Fällen kann in der LBD lediglich geprüft werden, ob die Summe der beantragten Förderflächen die Flächengröße des Flurstücks überschreitet. Da die exakte Lage der Flächen im GIS LBD nicht allein aufgrund der aus der LBD gelieferten Daten identifiziert werden kann, muss diese zu einem späteren Zeitpunkt mit Unterstützung durch die betroffenen Landwirte nachträglich kenntlich gemacht (digitalisiert) werden. Diese kritischen Schläge werden auf den dem Antragsteller zur Verfügung gestellten Kartenmaterialien durch eine rote Umrandung (siehe Kartenausschnitt auf Seite 505) gekennzeichnet, an die LBD auf dem Großrechner erfolgt eine entsprechende Rückmeldung.

Automatisierte
Schlagbildung
im GIS

„Kritische“
Schläge
fallen auf

Replikation
vorhandener
Informationen
in das GIS



Arbeits-
oberfläche
des Anwender-
programms
LaFIS®

Die Testphase 2004

Erstmalige
Erstellung von
Kartenmaterial
aus dem GIS

Zu Beginn des Antragsjahres 2004 wurden den Antragstellern als Grundlage für die Antragstellung neben den bereits in der Vergangenheit jährlich erstellten alphanumerischen Flächennachweisen aus der LBD auch farbige Kartenausdrucke der im Jahr 2003 in den Antrag einbezogenen Flächen zur Verfügung gestellt.

Dazu wurden vom LDI zunächst für jeden Betrieb die Karten als PDF-Datei erstellt und an eine externe Druckerei weitergeleitet. Dort erfolgte der Kartendruck im Format DIN A4 und der Versand an die Kreisverwaltungen. Von dort wurden die Karten zusammen mit den alphanumerischen Flächennachweisen und weiteren Antragsvordrucken an die Antragsteller verschickt. Im Einzelnen erhielt jeder Antragsteller eine Übersichtskarte seiner in den Antrag einbezogenen Flächen (bei Betrieben mit großer räumlicher Aus-

dehnung bis zu zehn Übersichtskarten) mit einer topographischen Karte als Hintergrund.

Die Detailkarten (bis zu 70 Karten je Antragsteller) wurden im Maßstab 1: 5 000 mit den zugehörigen Orthophotos (Luftbildern) sowie den entsprechenden Katasterdaten als Hintergrund ausgedruckt. Insgesamt wurden dabei für rund 16 500 landwirtschaftliche Betriebe 132 700 Karten erstellt.

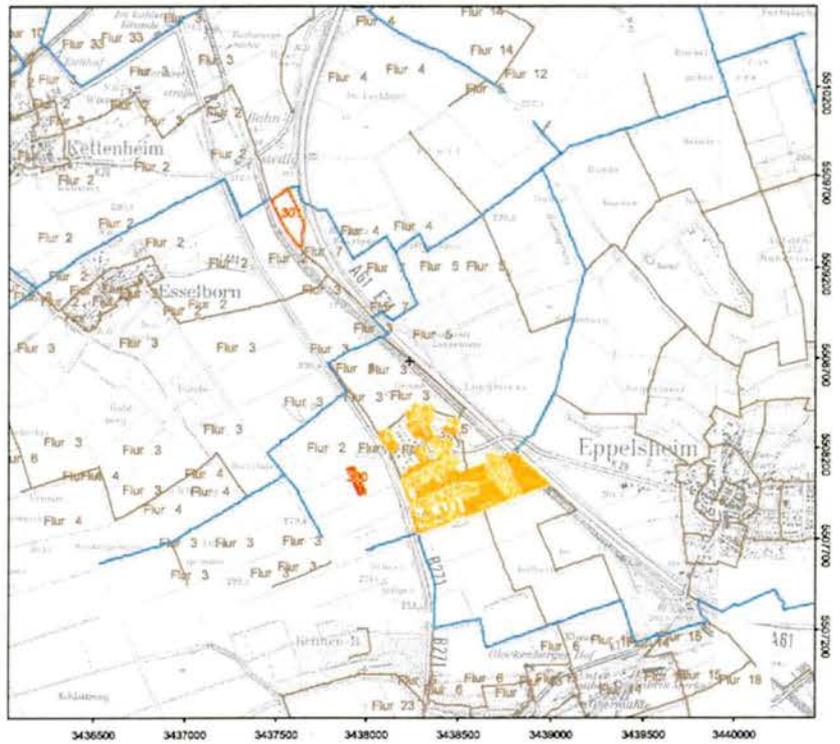
Zur Unterstützung der Vor-Ort-Kontrollen wurden für den technischen Prüfdienst der ADD Trier im Juni 2004 weitere 8 700 Karten im Maßstab 1: 5 000 ausgedruckt.

Zwischenzeitlich können die Kreisverwaltungen mit LaFIS® im Rahmen der Verwaltungskontrolle Flächen digitalisieren, um die kritischen Schläge durch Einzeichnen der tatsächlich vom Antragsteller bewirtschafteten Fläche zu bereinigen.

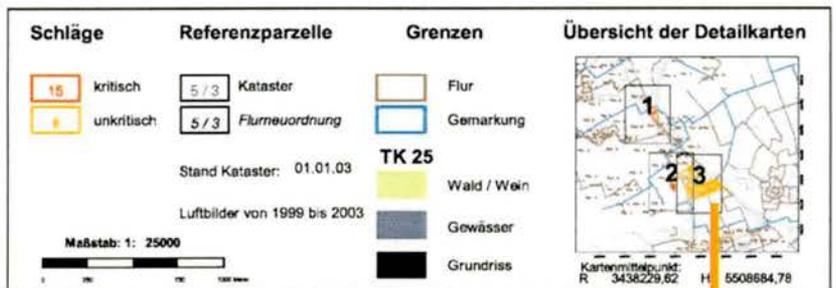
Kartenmaterial
auch zur
Unterstützung
der Vor-Ort-
Kontrollen

Digitalisierung
von Flächen
in den Kreis-
verwaltungen

Übersichtskarte
(Originalgröße DIN A4)



Auf beiden Karten sind „kritische Schläge“ durch eine rote Umrandung gekennzeichnet.



Detailkarte
Orthophoto mit Kataster-
daten im Hintergrund
(Originalgröße DIN A4)

Das Antragsjahr 2005

Weitgehende
Automatisierung
der Vor-Ort-
Kontrollen

Für das Antragsjahr 2005 werden erneut Kartenausdrucke für alle antragstellenden Landwirte und erstmalig auch für die Winzer (wegen der kleinflächigen Parzellierung der Weinbauflächen im Maßstab 1:2 500) erstellt.

Zur Unterstützung der Vor-Ort-Kontrollen werden die zur Darstellung der Kontrollflächen benötigten Daten aus der zentralen Oracle-Datenbank entladen und über eine mobile Variante von LaFIS® (LaFIS-VOK®) auf einen Laptop übertragen. Die Prüfer können so die Antragsdaten mit der vor Ort vorgefundenen Situation direkt vergleichen und das Prüfergebnis, z. B. in Form von GPS-Messungen mit LaFIS-VOK®, erfassen.

Die Kontrollergebnisse werden in einem zweiten Schritt automatisiert in das GIS LBD (geographische Änderungen, Photos) und in die Landwirtschaftliche Betriebsdatenbank (Auswirkung auf Flächengröße, Auszahlungssperren) übernommen.

Neben der schon seit fast 15 Jahren bestehenden Betriebsverantwortung für die großrechnerbasierte LBD wird auch die Betriebsverantwortung für das GIS LBD und die Einlagerung der unterschiedlichen Daten auf dem Geodatenserver sukzessive vom Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) auf das Statistische Landesamt übertragen.

Ausblick

Zurzeit wird im Auftrag des MWVLW von der Firma BGS, Mainz, in Zusammenarbeit mit der Firma CCGIS, Bonn, eine Produktivversion des internetbasierten Systems „FLOrlp“ (Flächeninformationen Online Rheinland-Pfalz) erstellt. Mit diesem Programmsystem werden die Landwirte zukünftig per Internet ihre im GIS LBD gespeicherten Antragsflächen ansehen und ausdrucken können. Sie werden damit über dieselben Informationen verfügen wie die Kreisverwaltungen. Die für die Benutzerverwaltung und die Anzeige erforderlichen Daten werden mit vom Statistischen Landesamt noch zu entwickelnden Programmen zur Verfügung gestellt werden.

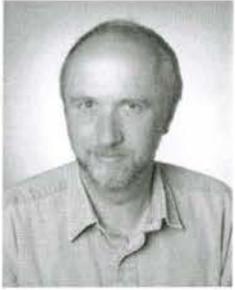
In Zukunft soll der Antragsteller selbst, z. B. im Fall von „kritischen“ Schlägen, seine bewirtschaftete Fläche einzeichnen (digitalisieren) können und so die Verwaltung entlasten. Das GIS LBD wird dabei sicherstellen, dass keine überlappende Bewirtschaftung eingezeichnet werden kann.

Ein Schritt in
Richtung
e-Government:
Antragsteller
erhält Zugang
über das
Internet

Online-
Anbindung soll
auch Entlastung
bringen

Wolfgang Raab, Diplom-Finanzwirt, ist in der Abteilung IT für den Bereich „Landwirtschaftliche Betriebsdatenbank“, zu dem auch das GIS LBD gehört, zuständig.

Mikrozensus 2005



Von Günter Ickler

Der Mikrozensus ermittelt seit 1957 als repräsentative Stichprobe grundlegende Angaben über die Bevölkerung. Er hat sich zu einer unverzichtbaren Datenquelle für die unterschiedlichsten Bereiche in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft entwickelt und ist damit als eine der tragenden Säulen der amtlichen Statistik anzusehen. Für die Befragungen ab dem Jahr 2005 gibt es, insbesondere durch die Einführung der unterjährigen Erhebung einschneidende Änderungen; gleichzeitig werden aber auch wesentliche methodische Vorgehensweisen beibehalten.

Mehrzweckstichprobe erfüllt komplexe Informationsanforderungen

Die Aufgabe des Mikrozensus besteht in erster Linie darin, Angaben zur Bevölkerung im Haushalts- und Familienzusammenhang sowie zum Erwerbsverhalten zu ermitteln. Die Gestaltung des Mikrozensus als Mehrzweckstichprobe ermöglicht eine vielfältige Kombination seiner einzelnen Erhebungsteile und die Erfüllung komplexer Informationsanforderungen.

Jährliche Erhebung

Die jährliche Erhebung und die Anlage des Mikrozensus als Verlaufsstatistik mit dem Ziel, haushalts- bzw. personenbezogene Entwicklungen im Zeitablauf darzustellen, erlauben es, Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse schnell zu erkennen und auch längerfristige Entwicklungen zu untersuchen. Aufgrund der zahlreichen Auswertungsmöglichkeiten, die der Mikrozensus bietet, wird eine größere Zahl spezieller Stichproben entbehrlich. Dies re-

duziert die Kosten und entlastet nicht zuletzt auch die befragten Haushalte.

Mikrozensus zugleich auch EU-Arbeitskräftestichprobe

Mit dem Mikrozensus wird seit 1968 in jedem Jahr auch eine Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union durchgeführt. Fragenprogramm und Erhebungstechnik beider Erhebungen stimmen zum großen Teil überein, so dass es sich aus Kostengründen und aus Gründen einer möglichst geringen Belastung der Befragten anbot, die Fragen der Arbeitskräfteerhebung in den Mikrozensus zu integrieren. Die erhobenen Daten zur Erwerbsbeteiligung und zur Arbeitssuche haben im internationalen Vergleich einen besonderen Stellenwert, da auf ihrer Grundlage unter anderem über die Vergabe von Geldern aus den Sozial- und Regionalfonds der EU entschieden wird. Mit diesen Mitteln werden auch wirtschaftlich schwache Regionen Deutschlands gefördert.

Kombination
beider
Erhebungen
seit 1968

Exkurs

Mikrozensus bereits seit 1957

Die Einführung des Mikrozensus in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1957 ging auf eine Empfehlung der OEEC (Organization for European Economic Cooperation) zurück. Danach sollten in den Mitgliedstaaten Stichprobenerhebungen über Arbeitskräfte nach einheitlichen Definitionen durchgeführt werden. Für den wirtschaftlichen Aufbau nach dem Zweiten Weltkrieg bestand ein Bedarf an vergleichbaren Daten über das Arbeitskräftepotenzial und den Arbeitskräfteeinsatz. Die amtliche Statistik begann 1952 mit den Vorarbeiten zur Einführung des Mikrozensus. Dabei wurde der deutsche Mikrozensus nicht als reine Arbeitskräfteerhebung konzipiert. Einerseits sollte er als „Repräsentativstatistik der Bevölkerung und des Erwerbslebens“ einen allgemeinen und grundlegenden Überblick über die Zusammensetzung der Bevölkerung, ihren Bildungsstand, ihre Beteiligung am Erwerbsleben sowie die Sicherung ihres Lebensunterhaltes im Haushalts- und Familienzusammenhang vermitteln. Andererseits sollten Angaben über die Zusammensetzung des Arbeitskräftepotenzials und den Arbeitskräfteeinsatz ermittelt werden. Um eine Darstellung der Ergebnisse auch für die Bundesländer zu ermöglichen, war ein vergleichsweise großer Auswahlatz von 1% der Bevölkerung vorgesehen. Zur Analyse der Entwicklungen im Zeitablauf, insbesondere zur laufenden Beobachtung des Arbeitsmarktes, war von vornherein die jährliche Durchführung geplant.

Nach einer Einführungsphase wurden in den 1960er Jahren Modifizierungen des Fragenprogramms vorgenommen. Dabei gab es erstmals auch eine Unterteilung in ein regelmäßig abzufragendes Grundprogramm und im Bedarfsfall durchzuführende Zusatzprogramme. Ziel war es, das weitgehend statische Grundprogramm mit Hilfe von Ergänzungsprogrammen zu flexibilisieren, um den aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung zu tragen.

Weitere Ergänzungen des Erhebungsprogramms, wie beispielsweise Fragen für die ausländische Bevölkerung, zum Pendlerverhalten und zur Gesundheit, wurden mit dem Gesetz vom Juli 1975 vorgenommen. Zur Entlastung der befragten Haushalte und Beschränkung des Erhebungs- und Aufbereitungsaufwands wurden aber nicht mehr alle Merkmale jährlich bzw. mit dem vollen Auswahlatz von 1% erhoben.

Das Fragenprogramm der EU-Arbeitskräfteerhebung umfasst außer den jährlich in gleicher Weise zu erhebenden Kernfragen auch so genannte Ad-hoc-Module, die aktuell interessierende Themen abdecken. Gegenstand des Ad-hoc-Moduls 2004 waren „Arbeitsorganisation und Arbeitszeitmodelle“. Im Jahr 2005 sind Fragen zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ vorgesehen. Die Ad-hoc-Module werden zukünftig nur noch mit einem Auswahlatz von 0,1% erhoben, was die Möglichkeiten der Auswertung dieser Merkmale für kleinere Bundesländer wie Rheinland-Pfalz sehr einschränkt.

Ad-hoc-Module:
Ergebnisse nur
eingeschränkt für
Bundesländer
auswertbar

Seit einigen Jahren schreibt die EU für die Arbeitskräfteerhebung eine unterjährige Durchführung, das heißt eine Verteilung der Befragungen über das gesamte Kalenderjahr, vor. Im Rahmen einer Übergangsregelung wurde Deutschland aber die Beibehaltung des bisher praktizierten Verfahrens bis zum Jahr 2004 zugestanden.

EU-Forderung
nach einer
unterjährigen
Erhebung

Unterjährige Erhebung ab 2005

Die Vor- und Nachteile einer unterjährigen Erhebung wurden in den vergangenen Jahren auch in Deutschland diskutiert. Bereits der Wissenschaftliche Beirat, der die Weiterentwicklung des Mikrozensus in den 1980er Jahren begleitete, sprach sich für eine Überarbeitung des Berichtswochenkonzepts aus. Die nach diesem Konzept erhobenen Merkmale weisen den Nachteil der zeitpunktbezogenen Darstellung auf, was für zahlreiche Merkmale Interpretationsprobleme aufwarf. Insbesondere die Angaben zum Erwerbs-

verhalten hatten durch den Bezug auf die Berichtswoche Ende April bzw. Anfang Mai eine eingeschränkte Aussagekraft. So konnten beispielsweise keine Aussagen über die Erwerbstätigkeit im Baugewerbe in den Wintermonaten oder über Studentenjobs in den Sommersemesterferien gemacht werden.

Verbesserte Auswertungsmöglichkeiten durch Unterjährigkeit

Eine unterjährige, über das gesamte Jahr verteilte Erhebung kann hingegen neben Quartals- oder Monatsergebnissen auch Jahresdurchschnittswerte liefern, bietet also gegenüber dem früheren Konzept neue und bessere Auswertungsmöglichkeiten. Das neue Konzept eröffnet auch die Möglichkeit zu monatlichen Schnellauswertungen des Mikrozensus, die hochaktuelle Zahlen zur laufenden Beurteilung von Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt liefern.

Harmonisierung auf EU-Ebene

Die Bedenken Deutschlands gegen das unterjährige Erhebungskonzept, die zu der befristeten Ausnahmeregelung der EU führten, betrafen den erheblichen organisatorischen Aufwand für die Durchführung einer solchen Erhebung. Da jedoch in den meisten anderen europäischen Ländern das Konzept der Unterjährigkeit bereits gilt, war nicht zuletzt im Sinne der Erhebung international vergleichbarer statistischer Daten die Einführung der über das gesamte Kalenderjahr gleitenden Berichtswoche geboten.

Neues Mikrozensusgesetz ab 2005

Die rechtlichen Voraussetzungen für die Übernahme des neuen Konzepts zur Erhebung 2005 wurden mit dem neuen Mikrozensusgesetz vom 24. Juni 2004 geschaffen. Neben den Neuerungen bleiben methodische und inhaltliche Elemente, die sich grundsätzlich bewährt haben, bestehen.

Bewährter Auswahlplan im Grundsatz unverändert

Die Grundprinzipien des Auswahlplans, das heißt der Regeln, nach denen die zu befragenden Haushalte festgelegt werden, haben sich bewährt und bleiben auch zukünftig erhalten.

Der Mikrozensus wird als repräsentative Zufallsauswahl mit einem Auswahlatz von 1% der Bevölkerung durchgeführt. Damit werden in Rheinland-Pfalz jährlich etwa 18 000 Haushalte sowie in Gemeinschaftsunterkünften wohnende Personen befragt.

Einige Merkmale, die bisher bei 0,5% der Bevölkerung (im Bundesdurchschnitt) erfragt wurden, werden jetzt mit dem einheitlichen Auswahlatz von 1% erhoben. Dies bringt Vorteile für die organisatorische Abwicklung der Erhebung und gibt auch kleineren Bundesländern Spielraum für Auswertungen.

Die Auswahl der Haushalte wird nach dem Prinzip einer einstufigen Flächenstichprobe vorgenommen. Als Baustein für die Bildung der auszuwählenden Flächen (Auswahlbezirke) werden ganze Gebäude oder – bei großen Gebäuden – Gebäudeteile herangezogen. Die Auswahl und Hochrechnung von Personen in Gemeinschaftsunterkünften erfolgt nach einem gesonderten Verfahren.

Grundlage für die Auswahl der zu befragenden Haushalte sind immer noch die Ergebnisse der Volkszählung 1987. Darüber hinaus werden aber Veränderungen des Gebäudebestandes infolge von Abrissen, Neubauten und Umbauten durch die Heranziehung der Bautätigkeitsstatistik laufend berücksichtigt.

Weiterhin einprozentige Flächenstichprobe

Mehr Auswertungsmöglichkeiten für kleinere Bundesländer

Laufende Anpassung der Auswahlgrundlage

Rotations-
stichprobe

Das Ziehen der Stichproben erfolgt nach dem Rotationsprinzip. Danach sind alle Haushalte in den ausgewählten Auswahlbezirken über einen Zeitraum von vier Jahren hinweg in der Erhebung. In jedem Jahr wird ein Viertel aller in der Stichprobe enthaltenen Haushalte (bzw. Auswahlbezirke) durch neue ersetzt. Dieses Verfahren der partiellen Rotation stellt einen Kompromiss dar hinsichtlich der Belastung der Befragten und der Möglichkeiten aussagekräftiger Auswertungen im Zeitvergleich.

Hochrechnung
der Ergebnisse
auf die Gesamt-
bevölkerung

Die durch die Stichprobe ermittelten Angaben werden auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet. In diesem Zusammenhang wird eine Anpassung an die durch die laufende Bevölkerungsstatistik ermittelten Bevölkerungszahlen vorgenommen. Für das

zukünftige Hochrechnungsverfahren wurde ein neues Konzept entwickelt, das einerseits den Erfordernissen nach tiefer regionalisierten Ergebnissen Rechnung trägt, es andererseits aber ermöglicht, auf Bundesebene fachlich tief gegliederte Ergebnisse zu erzielen.

Mehr Flexibilität für bewährtes Fragenprogramm

Bei der Neugestaltung des Mikrozensusgesetzes war eine Ausweitung des Fragenprogramms aus Kostengründen nicht vorgesehen. So mussten die an den Mikrozensus herangetragenen Wünsche zum Teil verworfen werden. Bei der Diskussion über das Fragenprogramm war immer wieder auch

Fragenprogramm bleibt weitgehend bestehen

Info

Mikrozensus-Erhebungsmerkmale 2005 bis 2012

Merkmale, die jährlich erhoben werden:

- Merkmale der Person, Familien- und Haushaltszusammenhang, Lebensgemeinschaft, Staatsangehörigkeit, Haupt- und Nebenwohnung
- Zusatzangaben für eingebürgerte Personen und Ausländer
- Quellen des Lebensunterhalts, Höhe des Einkommens
- Rentenversicherung
- Allgemeine und berufliche Ausbildung, Besuch von Kindergarten, Schule, Hochschule, Teilnahme an Lehrveranstaltungen
- Erwerbstätigkeit, Arbeitslosigkeit und Arbeitssuche, Nichterwerbspersonen
- Situation ein Jahr vor der Erhebung

Merkmale, die im Abstand von vier Jahren erhoben werden:

- 2005 und 2009:
 - Lebensversicherung
 - Schichtarbeit und betriebliche Altersversorgung
 - Gesundheit und Behinderung
 - Staatsangehörigkeit der Eltern
- 2006 und 2010:
 - Wohnsituation
- 2007 und 2011:
 - Krankenversicherung
 - Ausgeübte Tätigkeit und Stellung im Betrieb
- 2008 und 2012:
 - Pendlereigenschaft und -merkmale

die ursprüngliche Zielsetzung des Mikrozensus als Haushalts- und Familienstatistik einerseits und als Erwerbstätigkeitsstatistik andererseits im Auge zu behalten.

Erwerbsbeteiligung als Schwerpunkt des Fragenprogramms

Einen Schwerpunkt der Erhebung bilden die Fragen zur Erwerbstätigkeit. Das jährliche Grundprogramm beinhaltet mit einem Auswahlatz von 1% unter anderem Fragen zur Arbeitszeit, zum ausgeübten Beruf, zu der Stellung im Beruf und dem Wirtschaftszweig des Betriebes, zu Teilzeittätigkeiten und zu befristeten Arbeitsverträgen. Außerdem gibt es einige an Arbeitslose bzw. Arbeitssuchende gerichtete Fragen. In vierjährigen Ergänzungsprogrammen werden bestimmte Themenschwerpunkte bearbeitet. So sind zum Beispiel alle vier Jahre Fragen zur Wohnsituation oder zur Gesundheit zu erheben. Damit weist das neue Gesetz, was die Inhalte des Fragenprogramms betrifft, keine entscheidenden Änderungen gegenüber dem Mikrozensusgesetz 1996 auf.

Eine wesentliche Neuerung enthält das neue Gesetz jedoch mit einer Vorschrift (§ 13), nach der das Bundesministerium des Innern ermächtigt wird, mit Zustimmung des Bundesrates Verordnungen zur Änderung des Katalogs der Erhebungsmerkmale zu erlassen. Dadurch wird eine Flexibilisierung des Programms des Mikrozensus ermöglicht mit dem Ziel, schneller und einfacher auf einen sich ändernden Datenbedarf reagieren zu können. Dies dient auch einer Verfahrensvereinfachung, indem der Gesetzgeber nicht jede Änderung, sofern sie zu keiner zusätzlichen Belastung für die Befragten führt, selbst regeln muss. Allerdings sind die Möglichkeiten beschränkt und im Mikrozensusgesetz abschließend geregelt:

- Erhebungsmerkmale können ausgesetzt werden, ihre Periodizität verlängert oder der Kreis der zu Befragenden eingeschränkt werden, wenn die Ergebnisse nicht mehr im bisherigen Umfang benötigt werden.
- Bei geändertem Bedarf können neue Erhebungsmerkmale eingeführt werden, wenn im gleichen Ausmaß andere Merkmale ausgesetzt werden. Neue Merkmale dürfen aber nur solche Bereiche betreffen, die im Mikrozensusgesetz explizit aufgeführt sind. Es handelt sich dabei um Themenkomplexe, die bereits Gegenstand des Mikrozensus sind, wie beispielsweise Haushalts- und Familienzusammenhang, Erwerbstätigkeit, Bildung oder Wohnsituation.

Auskunftspflicht weiterhin unerlässlich

Von den Ergebnissen des Mikrozensus wird ein hohes Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit erwartet. Sie sollen in tiefer fachlicher Gliederung und – mit Einschränkungen – auch regional gegliedert darstellbar sein, sie sollen keine Verzerrungen aufweisen, und ihre Zuverlässigkeit muss durch eine Fehlerrechnung nachprüfbar sein. Dazu ist – wie bei allen Zufallsstichproben – die Einhaltung des Auswahlplans von grundlegender Bedeutung, das heißt alle zufällig ausgewählten Einheiten sind auch zu berücksichtigen. Die Nichtbeteiligung einzelner Haushalte führt zu Ergebnisverzerrungen, da Ausfälle stets nicht-repräsentativ sind. Auf keinen Fall können ausgewählte Haushalte (beliebig) durch andere Haushalte ersetzt

Valide Ergebnisse erfordern Auskunftspflicht

Ausfall einzelner Haushalte ist nicht zu vermeiden

werden. Ausfälle lassen sich nicht ausgleichen, da es für Art und Größe der erforderlichen Korrekturfaktoren keine hinreichenden Anhaltspunkte gibt.

Der Ausfall einzelner Haushalte wird sich beispielsweise aus Gründen längerer Abwesenheit oder schwerer Krankheit nie ganz vermeiden lassen. Um die Zahl der Ausfälle aber so klein wie möglich halten zu können,

ist für den Mikrozensus grundsätzlich Auskunftspflicht vorgesehen.

Untersuchungen in den 1980er Jahren, darunter insbesondere drei vom Wissenschaftlichen Beirat begleitete Testerhebungen in den Jahren 1985 bis 1987 sowie nachfolgende Analysen des Statistischen Bundesamtes, gelangten zu dem Ergebnis, dass die von den Datennutzern üblicherweise an den

Exkurs

Befragung durch Interviewerinnen und Interviewer – der Regelfall

Die im Mikrozensus eingesetzten Interviewerinnen und Interviewer stellen den Befragten die vorgegebenen Fragen und übertragen die Antworten in die Erhebungsunterlagen. Wichtigste Aufgabe dieser Erhebungsbeauftragten ist es, die ausgewählten Haushalte zur Mitarbeit zu gewinnen und eventuell bestehende Hemmnisse durch zusätzliche Informationen abzubauen. Ihr Einsatz ist nicht nur für die organisatorische Durchführung des Mikrozensus von Bedeutung, sondern hat auch für die Befragten Vorteile. Die geschulten Erhebungsbeauftragten können schnell und korrekt die erteilten Antworten aufnehmen und den Befragten, soweit erforderlich, beim Umgang mit den Erhebungsunterlagen Hilfestellung leisten. Dadurch können Missverständnisse ausgeräumt und ungenaue Angaben vermieden werden. Die Interviewerinnen und Interviewer verwenden für ihre Befragungen zukünftig Laptops.

Schriftliche Beantwortung auf Wunsch der Haushalte

Neben der persönlichen Befragung besteht für die Haushalte auch die Möglichkeit, die Antworten selbst schriftlich zu erteilen. Zu diesem Zweck werden Fragebogen eingesetzt, die so gestaltet sind, dass sie von den Haushalten auch ohne Beteiligung des Interviewers ausgefüllt werden können. Diese Fragebogen werden in der Regel direkt an das Statistische Landesamt übersandt, können aber auch dem zuständigen Interviewer ausgehändigt werden. In Anbetracht der Komplexität des Mikrozensus weisen die von den Haushalten ausgefüllten Erhebungsbogen jedoch eine hohe Fehlerquote auf, so dass hier in zahlreichen Fällen die Haushalte noch einmal angeschrieben oder angerufen werden müssen.

Der telefonische Kontakt – eine vorteilhafte Ergänzung

Haushalte, die weder dem Interviewer gegenüber noch schriftlich die Auskunft erteilt hatten, da sie nicht angetroffen werden konnten oder die Auskunft verweigerten, werden vom Statistischen Landesamt angeschrieben und um Erteilung der erforderlichen Auskünfte gebeten. In vielen Fällen nehmen die Haushalte dann telefonisch Kontakt mit dem Statistischen Landesamt auf und äußern den Wunsch nach unmittelbarer telefonischer Übermittlung der Angaben. Der Zeitaufwand für ein derartiges von den besonders ausgebildeten und erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchgeführtes Interview ist ausgesprochen gering. Selbst bei größeren Haushalten sind hier in der Regel nicht mehr als 15 Minuten zu veranschlagen. Die telefonische Befragung als ergänzendes Erhebungsinstrument soll daher aufrechterhalten und nach Möglichkeit noch weiter ausgebaut werden.

Mikrozensus gestellten Anforderungen bei freiwilliger Auskunftserteilung nicht erfüllt werden können.

Bei einzelnen Fragen Verzicht auf Auskunftspflicht

Der Gesetzgeber entschied sich mit dem Mikrozensusgesetz von 1985 für eine weitgehende Beibehaltung der Auskunftspflicht, stellte seinerzeit einige Fragen aber auch davon frei. Dieses Grundprinzip wurde in den folgenden Mikrozensusgesetzen von 1990 und 1996 beibehalten und fand seinen Niederschlag auch in der aktuellen Rechtsgrundlage, die die Erhebungen für die Jahre 2005 bis 2012 regelt.

Befragung weiterhin durch Interviewerinnen und Interviewer

Unterjährige Erhebung beeinflusst Organisation des Interviewereinsatzes

Die Erhebung der Daten für den Mikrozensus erfolgt grundsätzlich über persönliche Befragungen durch Interviewerinnen und Interviewer (siehe hierzu auch Exkurs). Dieses Verfahren bietet sich in Anbetracht der erheblichen Komplexität des Fragenprogramms an und hat sich bewährt. Durch die Einführung des unterjährigen Erhebungskonzepts ändert sich die Arbeit dieser Erhebungsbeauftragten grundlegend.

Bisher 400 Interviewerinnen und Interviewer, zukünftig nur noch 80

In Rheinland-Pfalz wurden bisher jedes Jahr etwa 400 Interviewerinnen und Interviewer zur Befragung eingesetzt. Da die Angaben der Haushalte für eine bestimmte Berichtswoche – normalerweise Ende April – zu erheben waren, lag der Schwerpunkt der Befragungen für die rund 18 000 Haushalte in den Monaten Mai und Juni. Zukünftig verteilen sich die Befragungen auf das gesamte Kalenderjahr, was eine erhebliche Verkleinerung des Interviewerstabs ermöglicht. Ab

dem Jahr 2005 werden voraussichtlich nur noch 80 Erhebungsbeauftragte im Einsatz sein. Ein Interviewer kann dann – über das ganze Jahr verteilt – mehr Haushalte betreuen. Allerdings wird dies in einem eher ländlich strukturierten Land wie Rheinland-Pfalz mit entsprechend weiteren Fahrtstrecken und damit höheren Reisekosten verbunden sein.

Datenbereitstellung schnell und zuverlässig durch Einsatz von Laptops

Mit Einführung des unterjährigen Mikrozensus ist der flächendeckende Einsatz von Laptops als zentrales Erhebungsinstrument vorgesehen.

Die Entwicklung immer leistungsfähigerer Geräte ermöglicht die Anwendung auch komplexerer Software, die für eine Erhebung wie den Mikrozensus erforderlich ist. Die verwendeten Computerprogramme schließen durch eine entsprechende Filterführung für bestimmte Personen nicht zutreffende Fragen von vornherein aus und ermöglichen unmittelbare Plausibilitätskontrollen. Bei unstimmgigen Antworten können die Interviewerinnen und Interviewer direkt nachfragen und eventuelle Missverständnisse aus dem Weg räumen. Als nachteilig ist der größere Zeitaufwand für die Durchführung des Interviews zu sehen, was zu Akzeptanzproblemen bei den Befragten führen kann, aber auch bei der Festlegung der Interviewervergütung zu berücksichtigen ist.

Filterführung und Plausibilitätskontrollen durch Laptops

Der Einsatz computergestützter Erhebungsverfahren hat sich in den Niederlanden bei einer mit dem Mikrozensus vergleichbaren

Erhebung bereits seit einigen Jahren bewährt. Auch die sukzessive Einführung von Laptop-Befragungen in anderen Bundesländern ist weitgehend positiv zu beurteilen. In Rheinland-Pfalz wurden erstmals im Jahr 2002 und auch bei den Erhebungen der Jahre 2003 und 2004 fünf Geräte eingesetzt. Für den geplanten – voraussichtlich ganzjährigen – Einsatz von 80 Interviewerinnen und Interviewern ist für die Erhebung ab 2005 die Beschaffung von Geräten in gleicher Anzahl erforderlich.

Hohe Investitionskosten zur Laptopbeschaffung

Der umfassende Einsatz von Laptops ist trotz sinkender Anschaffungspreise mit erheblichen Investitionen für die Erstbeschaffung, aber auch für den Ersatzbedarf in den Folgejahren verbunden.

Monatliche Schnellauswertungen

Die regelmäßige Übermittlung der durch die Interviewerinnen und Interviewer erhobenen Daten über das Telefonnetz an das Statistische Landesamt erlaubt eine schnelle Ergebnisbereitstellung. Nach dem neuen Kon-

Laufend hochaktuelle Zahlen zur Erwerbslosigkeit

zept ist nicht nur die Veröffentlichung aktueller Quartalsergebnisse drei Monate nach Quartalsende möglich. Zusätzlich sind auch monatliche Schnellauswertungen von Arbeitsmarktdaten des Mikrozensus vorgesehen, die den Bedarf an international vergleichbaren Ergebnissen nach den Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) decken sollen. Die Schnellauswertungen ermöglichen die Bereitstellung von hochaktuellen Ergebnissen spätestens 14 Tage nach Ablauf eines Monats, wodurch die laufende Beurteilung der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere die Erwerbslosen betreffend, ermöglicht wird. Durch das neue Konzept lassen sich die Ergebnisse zudem mit einem höheren Aussagegehalt für solche Merkmale ermitteln, die saisonalen oder konjunkturellen Schwankungen unterliegen.

 Günter Ickler, Diplom-Ökonom, leitet das Referat Bevölkerung, Beschäftigte, Soziale Leistungen.

Sozialhilfe 2003



Von Gerhard Hehl

Die Sozialhilfe umfasst verschiedene Hilfearten. Als Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger wird zumeist der Personenkreis herausgestellt, der Sozialhilfe im engeren Sinn bezieht; das sind diejenigen, die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen erhalten und in der Regel nicht aufgrund von Pflegebedürftigkeit, Krankheit oder Behinderung auf Unterstützung angewiesen sind. Hinsichtlich der Inanspruchnahme von Sozialhilfe gibt es sowohl innerhalb von Rheinland-Pfalz als auch bundesweit größere regionale Unterschiede. Die Hilfe in besonderen Lebenslagen erhalten dagegen deutlich weniger Personen, die Bruttoausgaben hierfür waren jedoch im Vergleich zu den Zahlungen für die Hilfe zum Lebensunterhalt mehr als doppelt so hoch.

Rheinland-Pfalz hat bundesweit die viertniedrigste Sozialhilfequote

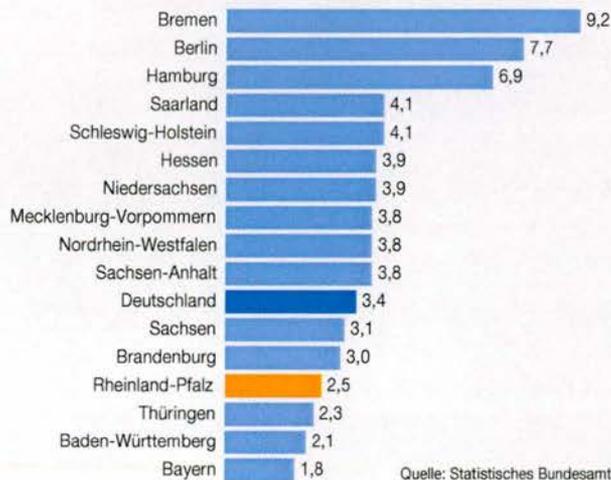
Rund 103 000 Sozialhilfeempfänger: 0,4% mehr als ein Jahr zuvor

Knapp 103 000 Frauen, Männer und Kinder bezogen Ende vergangenen Jahres in Rheinland-Pfalz außerhalb von Einrichtun-

gen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, 0,4% mehr als im Jahr zuvor. Das entsprach einer Sozialhilfequote (Empfänger je 100 Einwohner) von 2,5%. Mit dieser Quote nahm Rheinland-Pfalz nach Baden-Württemberg, Bayern und Thüringen Platz vier unter den Bundesländern ein. Die Sozialhilfequote für ganz Deutschland lag bei 3,4%. Bundesweit waren 2,81 Mill. Personen in 1,42 Mill. Haushalten außerhalb von Einrichtungen auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen.

S1 Sozialhilfequote 2003 nach Bundesländern

Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen je 100 Einwohner



Rund 60% der Empfängerinnen und Empfänger sind im erwerbsfähigen Alter

Die insgesamt 103 000 Bezieher von Sozialhilfe lebten in 50 520 Haushalten (so genannten Bedarfsgemeinschaften). Etwa ein Drittel der Betroffenen – fast 35 000 – waren Kinder und Jugendliche im Alter unter 15 Jahren. Rund 8 300 waren jünger als drei

Mehr Kinder und Jugendliche unter den Beziehern

Jahre, fast 9 700 Kinder zwischen drei und sechs Jahre und knapp 8 500 Kinder sieben bis elf Jahre alt. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die in Haushalten lebten, welche Hilfe zum Lebensunterhalt bekamen, lag im Jahr 2003 um 4,6% höher als 2002.

Fast 62 000 Bezieherinnen und Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt waren zwischen 15 und 65 Jahre alt, also im erwerbsfähigen Alter. Knapp 10% von ihnen waren erwerbstätig; sie bezogen die staatliche Unterstützung, weil das Arbeitseinkommen für den Lebensunterhalt nicht ausreichte. Von den fast 56 000 nicht erwerbstätigen Empfängerinnen und Empfängern waren über 25 300 arbeitslos gemeldet, gut 4 800 waren in Ausbildung und knapp 11 000 konnten wegen häuslicher Bindung (z. B. Kindererziehung) keiner Erwerbstätigkeit

T 1

Bruttoausgaben der Sozialhilfe sowie Empfängerinnen und Empfänger 2003 nach Hilfearten

Hilfeart	Empfänger/-innen am 31. 12.	Sozialhilfequote ¹⁾	Bruttoausgaben	Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung
	Anzahl	%	1 000 EUR	EUR

Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe im engeren Sinn)

Außerhalb von Einrichtungen	102 830	2,5	316 523	78
In Einrichtungen	429	0,0	10 343	3
Zusammen	103 259	2,5	326 866	81

Hilfe in besonderen Lebenslagen

Außerhalb von Einrichtungen	15 556	0,4	62 355	15
In Einrichtungen	26 497	0,7	699 394	172
Zusammen ²⁾	41 704	1,0	761 750	188
Sozialhilfe insgesamt ³⁾	144 963	3,6	1 088 615	268

1) Empfängerinnen und Empfänger am 31. 12. 2003 je 100 der Bevölkerung. –
 2) Ohne Doppelzählungen von Empfängerinnen und Empfänger, die im Laufe des Berichtsjahres sowohl Hilfe außerhalb als auch innerhalb von Einrichtungen erhielten. – 3) Mehrfachzählungen sind möglich, da Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen auch gleichzeitig gewährt werden kann.

Info

Sozialhilfe

Die Sozialhilfe hat die Aufgabe, in Not geratenen Bürgern eine der Menschenwürde entsprechende Lebensführung zu ermöglichen. Sie wird bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen den betroffenen Personen immer dann gewährt, wenn diese nicht in der Lage sind, sich aus eigener Kraft zu helfen, oder wenn die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erbracht wird.

In der Sozialhilfe unterscheidet man je nach Art der vorliegenden Notlage zwei Haupthilfearten:

- Personen, die ihren Bedarf vor allem an Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Hausrat usw. (so genanntes soziokulturelles Existenzminimum) nicht ausreichend decken können, haben Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Empfängerinnen und Empfänger der Hilfe zum Lebensunterhalt bilden zugleich den Personenkreis, der im Blickpunkt der Armutsdiskussion steht.
- Hilfe in besonderen Lebenslagen wird Personen gewährt, die in einer besonderen Lebenssituation, wie Pflegebedürftigkeit, Krankheit oder Behinderung, Unterstützung benötigen.

Bei beiden Hilfearten werden die Empfängerinnen und Empfänger innerhalb und außerhalb von Einrichtungen erfasst. Die Darstellung der Sozialhilfequoten beschränkt sich üblicherweise auf die Bezieherinnen und Bezieher der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen.

Bei Vergleichen mit früheren Jahren sind Rechtsänderungen, wie die Einführung der Grundsicherung im Alter, (siehe hierzu „kurz + aktuell“ Seite 489) zu beachten. Auch sind seit dem Berichtsjahr 1994 Ausgaben für Asylbewerberinnen und -bewerber nicht mehr in den Bruttoausgaben der Sozialhilfe enthalten.

Sozialhilfequote in Rheinland-Pfalz 2003 nach Verwaltungsbezirken

Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen je 100 Einwohner



1) Einschließlich Fälle einmaliger Hilfgewährung.

Kreisfreie Städte



nachgehen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter erhöhte sich gegenüber dem Jahr 2002 um 3,6%.

Nach In-Kraft-Treten des Gesetzes über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (siehe hierzu auch „kurz + aktuell“ Seite 489) hat sich die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger über 65 Jahre um rund 35% gegenüber dem Vorjahr reduziert. Noch gut 6 100 Personen über 65 Jahre bezogen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt.

Gesetzliche Änderung reduzierte Anteil der älteren Bezieher

Mehr Betroffene in den Städten

Der Anteil der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger ist in den kreisfreien Städten in der Regel höher als in den Landkreisen. Mit 6,3 Empfängern je 100 Einwohner wies Ludwigshafen unter den kreisfreien Städten die höchste Sozialhilfequote auf, Landau erreichte mit zwei Empfängern je 100 Einwohner den niedrigsten Wert. Unter den Landkreisen hatte Kusel mit 4,1 die höchste und die Südwestpfalz mit 0,7 die niedrigste Quote.

327 Mill. Euro Bruttoausgaben für Hilfe zum Lebensunterhalt

Insgesamt wurden im Jahr 2003 für die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen rund 316,5 Mill. Euro aufgewendet. Drei Viertel dieses Betrages waren laufende Leistungen (ohne Hilfe zur Arbeit). Auf laufende Leistungen in Form von Hilfe zur Arbeit entfielen 12% der Ausgaben. Der Rest wurde als einmalige Leistungen gewährt.

Zusätzlich gut 10,3 Mill. Euro wurden an Hilfe zum Lebensunterhalt für rund 450 Empfängerinnen und Empfänger in Einrichtungen aufgebracht.

Sozialhilfe im weiteren Sinn umfasst auch Hilfe in besonderen Lebenslagen

Neben der Hilfe zum Lebensunterhalt zählt zur Sozialhilfe auch die Hilfe in besonderen Lebenslagen. Sie wird als Hilfe zur Pflege, Hilfe bei Krankheit und Eingliederungshilfe für behinderte Menschen außerhalb bzw. innerhalb von Einrichtungen gewährt und von wesentlich weniger Hilfeempfängern in Anspruch genommen (rund 41 700) als die Hilfe zum Lebensunterhalt. Auch lebt die Mehrzahl dieser Menschen (64%) in Einrichtungen. Die Bruttoausgaben für die Hilfe in

besonderen Lebenslagen beliefen sich 2003 auf rund 760 Mill. Euro und machten damit 70% der insgesamt gezahlten Sozialhilfeleistungen aus.

Die Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung für die Sozialhilfe (Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen) beliefen sich 2003 auf 268 Euro. Davon entfielen 78 Euro auf die Sozialhilfe im engeren Sinn (Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen) und 188 Euro auf die Hilfe in besonderen Lebenslagen.

70% aller Sozialhilfeleistungen entfallen auf Hilfe in besonderen Lebenslagen

Gerhard Hehl, Verwaltungsfachwirt, leitet das Sachgebiet Soziale Leistungen.

Mehr über . . .

- . . . die Ergebnisse der Sozialhilfestatistiken enthalten die jährlich erscheinenden Statistischen Berichte
- Sozialhilfe – Ausgaben und Einnahmen (Bestellnummer: K1013)
- Sozialhilfe – Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, Empfänger/-innen (Bestellnummer: K1023)
- Sozialhilfe – Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe in besonderen Lebenslagen (Bestellnummer: K1033)

Daten über die Sozialhilfe im Vergleich 76 deutscher Großstädte bieten die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in einer gemeinsamen Online-Veröffentlichung an, die kostenlos als PDF-Datei über das gemeinsame Statistikportal (www.statistik-portal.de) heruntergeladen werden kann.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

von Dr. Ludwig Böckmann

ifo Geschäftsklima im November deutlich verschlechtert

Hoher Ölpreis und Euroaufwertung belasten Konjunkturaussichten

Im November ist der ifo Geschäftsklimaindex für Deutschland im Vergleich zum Vormonat unerwartet kräftig gesunken. Wegen der gedämpften Binnenkonjunktur, des anhaltend hohen Ölpreises und der starken Aufwertung des Euro war zwar mit einem Rückgang gerechnet worden; das Ausmaß hat dann aber viele Experten doch überrascht. Der Index, der als qualitativer Frühindikator der Konjunktur gilt, fiel von 95,3 auf 94,1 Punkte. Damit haben die Hoffnungen auf einen nachhaltigen Konjunkturaufschwung einen erheblichen Dämpfer bekommen.

Sowohl Lageeinschätzung als auch Geschäftserwartungen haben sich verschlechtert

Die 7 000 Unternehmen, die das ifo Institut befragt hat, schätzten im November sowohl ihre aktuelle Geschäftslage als auch ihre Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate deutlich schlechter ein. Der Teilindex für die Beurteilung der Lage verringerte sich von 94,7 auf 93,8 Punkte. Dies war die erste Verschlechterung der Lageeinschätzung seit Juni 2004. Der Teilindex, der die Geschäftserwartungen der Unternehmen misst, bewegte sich von 95,9 auf 94,3 Punkte; das ist der niedrigste Wert in den vergangenen zwölf Monaten.

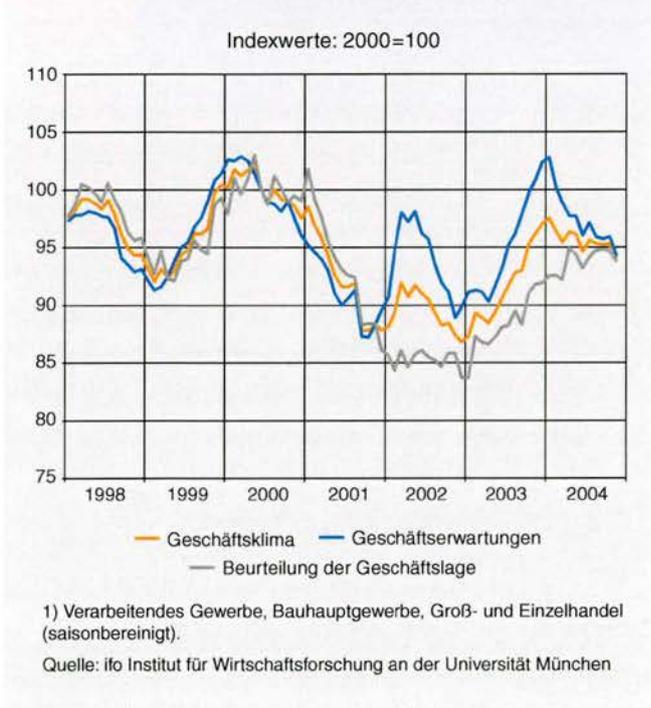
Vor allem im Handel hat sich das Klima spürbar verschlechtert. Im Großhandel gingen sowohl der Index der Lageeinschätzung als auch der Erwartungsindex deutlich nach unten. Im Einzelhandel verschlechterte sich

das Geschäftsklima vor allem aufgrund einer deutlichen Eintrübung der Erwartungen.

Das verarbeitende Gewerbe musste nun schon den fünften Monat in Folge einen sinkenden Klimaindex hinnehmen. Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage verbesserte sich zwar leicht, die Erwartungen für die kommenden sechs Monate sind aber weiterhin getrübt. Allein im Bauhauptgewerbe, das bereits seit langem in der Krise steckt, blieb das Geschäftsklima im Vergleich zum Oktober unverändert.

Getrübt Stimmung im verarbeitenden Gewerbe und im Handel, unveränderte Stimmung im Bauhauptgewerbe

Stand: November 2004 | **ifo Geschäftsklima Deutschland**
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe nehmen zu – Bauaufträge sinken

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung.

Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes aufgrund von Großaufträgen von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe ist der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge im August 2004 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Der preisbereinigte Zuwachs belief sich im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat auf 8,1%. Die Zuwachsrate hat sich gegenüber dem Vormonat allerdings verringert (Juli 2004: +9,6%).

Wie in den Vormonaten ist die günstige Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe hauptsächlich auf die kräftige Zunahme der Bestellungen aus dem Ausland zurückzuführen. Die Auftragseingänge aus dem Ausland lagen im August dieses Jahres real um mehr als 15% über dem Vorjahresmonat. Das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz profitiert also – trotz kräftiger Euroaufwertung – weiterhin von einem günstigen weltwirtschaftlichen Umfeld.

Die Auftragseingänge aus dem Inland erhöhten sich im Vergleich zum August 2003 lediglich um 1,6%. Die Zuwachsrate ist deutlich geringer geworden; sie lag um 2,2 Prozentpunkte unter der Rate vom Juli 2004.

Der Fahrzeugbau, der etwa 14% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, verbuchte im August 2004 real gut 5% mehr Bestellungen als im entsprechenden Vorjahresmonat. Die Zuwachsrate hat sich im Vergleich zum Vormonat erheblich verringert (–4,3 Prozentpunkte). Dies ist vor allem auf die rückläufigen Inlandsbestellungen zurückzuführen, die im Vergleich zum August 2003 um 3,4% abnahmen. Die Aufträge aus dem Ausland waren dagegen im Vergleich zum Vorjahresmonat um fast 13% höher.

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) ist die Nachfrage gestiegen. Das Volumen der Auftragseingänge nahm gegenüber dem August des Vorjahres um 8% zu. Die Zuwachsrate hat sich im Vergleich zum Vormonat allerdings um fast 6 Prozentpunkte verringert. Auch in dieser Branche war der deutliche Rückgang der Inlandsbestellungen für diese Entwicklung verantwortlich; sie nahmen um über 5% ab. Zudem schwächte sich der Zuwachs bei den Auslandsbestellungen ab. Gegenüber August 2003 nahmen die Aufträge aus dem Ausland zwar um fast 20% zu, die Zuwachsrate fiel im Vergleich zum Vormonat aber um 9 Prozentpunkte geringer aus.

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 10%) lagen die Auftragseingänge im August 2004 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um fast 8% höher. Hier nahmen die Inlandsbestellungen im Vergleich zum August 2003 um 5,6% und die Auftragseingänge aus dem Ausland um 11,3% zu. Damit hat sich der Zuwachs beim Inlandsgeschäft etwas abgeschwächt (Juli

Inlandsaufträge
für den
Fahrzeugbau
rückläufig

Im Maschinenbau
rückläufige
Inlands-
bestellungen

Auslands-
bestellungen
im August
gestiegen

Nur geringe
Zuwachsrate
bei den Inlands-
bestellungen

Mehr Auftrags-
eingänge in
der Metall-
erzeugung und
-verarbeitung

2004: +7,8%), dafür hat sich das Auslandsgeschäft weiter belebt (Juli 2004: +7,7%).

Geschäftslage in der chemischen Industrie verbessert sich von Monat zu Monat

In der chemischen Industrie, die in Rheinland-Pfalz mit einem Umsatzanteil von 32% die größte Branche des verarbeitenden Gewerbes ist, hält der Aufschwung an und gewinnt weiter an Dynamik. Seit Februar verbucht die chemische Industrie Zuwächse bei den Auftragseingängen, und die Steigerungsraten sind von Monat zu Monat größer geworden. Im August 2004 stieg der Volumenindex der Auftragseingänge im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat um 12,9%. Damit lag die Wachstumsrate um 2 Prozentpunkte über derjenigen des Vormonats. Diese Dynamik kommt – trotz kräftiger Euroaufwertung – fast ausschließlich aus dem Auslandsgeschäft. Die Auslandsaufträge stiegen im Vergleich zum August 2003 um über 18%; damit legte die Wachstumsrate gegenüber dem Vormonat noch einmal um 1,2 Prozentpunkte zu. Die Inlandsaufträge erhöhten sich im Vergleich zum August 2003 zwar nur um 4,2%; aber auch im Inlandsgeschäft verbuchte die chemische Industrie eine steigende Zuwachsrate (+3 Prozentpunkte).

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe weiter rückläufig

Im Bauhauptgewerbe hat sich die Auftragslage nach einer kurzen Erholung im zweiten Quartal in den vergangenen Monaten wieder deutlich verschlechtert. Der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs ist im August 2004 gegenüber dem Wert vom August 2003 um 11,5% gesunken.

Die Zahl der Baugenehmigungen ist im August 2004 im Vergleich zum Vormonat leicht gestiegen; gegenüber August 2003 ging sie um gut 8% zurück.

Schwache Umsatzentwicklung im Handel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen und sich verändern. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

Die Einzelhandelsumsätze haben sich im August 2004 preisbereinigt gegenüber August 2003 nur um 0,3% erhöht. Die verhaltene Umsatzentwicklung in den zurückliegenden Monaten zeigt, dass sich die Verbraucher – angesichts vieler Unsicherheiten – mit ihren Käufen zurückhalten.

Nur geringer Umsatzzuwachs im Handel

Die Umsatzentwicklung im Großhandel ist ebenfalls sehr verhalten. Im August 2004 gingen die realen Großhandelsumsätze im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat sogar zurück, und zwar um 1,2%.

Für das Gastgewerbe ist der Abwärtstrend, der seit dem Sommer 2003 besteht, ungebrochen – in den vergangenen Monaten hat er sich sogar verstärkt. Die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. verringerten sich im August 2004 gegenüber dem August des Vorjahres real um fast 7%. Wie im Handel macht sich auch in dieser Branche die anhaltende Konsumzurückhaltung bemerkbar.

Ungebrochener Abwärtstrend im Gastgewerbe

Verbraucherpreisindex im November leicht gesunken

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Preissteigerungsrate gesunken

Der Verbraucherpreisindex belief sich im November 2004 auf einen Wert von 105,9. Er lag damit um 0,4% unter dem Wert des Vormonats und um 1,7% über dem Wert vom November des Vorjahres. Damit ist die Preissteigerungsrate leicht gesunken, im Vormonat hatte sie noch 2% betragen.

Am stärksten verteuerten sich die Güter und Dienstleistungen der Gesundheitspflege (+20,8% im Vergleich zum November 2003), die alkoholischen Getränke und Tabakwaren (+7,7%) sowie die Güter und Dienstleistungen im Bereich Verkehr (+3,2%) und im Bereich Bildungswesen (+3%). Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (-1,2%) und für die Nachrichtenübermittlung (-2,1%) waren im Vergleich zum November des Vorjahres sogar rückläufig.

Keine Entspannung am Arbeitsmarkt

Die Zahlen der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter und der offenen Stellen sind nachlaufende Indikatoren, die weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagen, dafür aber wichtige Gesamtindikatoren für die Wirtschaftspolitik sind.

Arbeitslosenquote leicht gesunken

Die Arbeitslosigkeit bleibt in Rheinland-Pfalz auf einem hohen Stand. Im Oktober 2004 waren 149 000 Personen arbeitslos gemeldet – 1 289 Personen weniger als im September. Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, belief sich im Oktober 2004 auf 7,4%. Sie ist gegenüber dem Vormonat geringfügig gesunken. Dieser leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit dürfte aber überwiegend saisonal bedingt sein. Das Gesamtbild des rheinland-pfälzischen Arbeitsmarktes ist seit Monaten unverändert:

Die Nachfrage nach Arbeitskräften bleibt verhalten, und es besteht immer noch eine Tendenz zum Abbau von Arbeitsplätzen.

Verglichen mit dem westdeutschen Durchschnitt ist die Arbeitsmarktlage in Rheinland-Pfalz jedoch etwas günstiger. Wie bereits in den Vormonaten lag die rheinland-pfälzische Arbeitslosenquote auch im Oktober 2004 unter der westdeutschen Quote, und zwar um 0,8 Prozentpunkte.

Die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Arbeitnehmer ist in Rheinland-Pfalz im Oktober 2004 weiter gestiegen. Dies dürfte saisonale Gründe haben; die Kurzarbeiterzahlen im Oktober waren in den vergangenen Jahren gegenüber den Zahlen im August und September oft etwas höher. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat gab es im Oktober 2004 rund 2 200 weniger Kurzarbeiter.

Mehr Kurzarbeiter

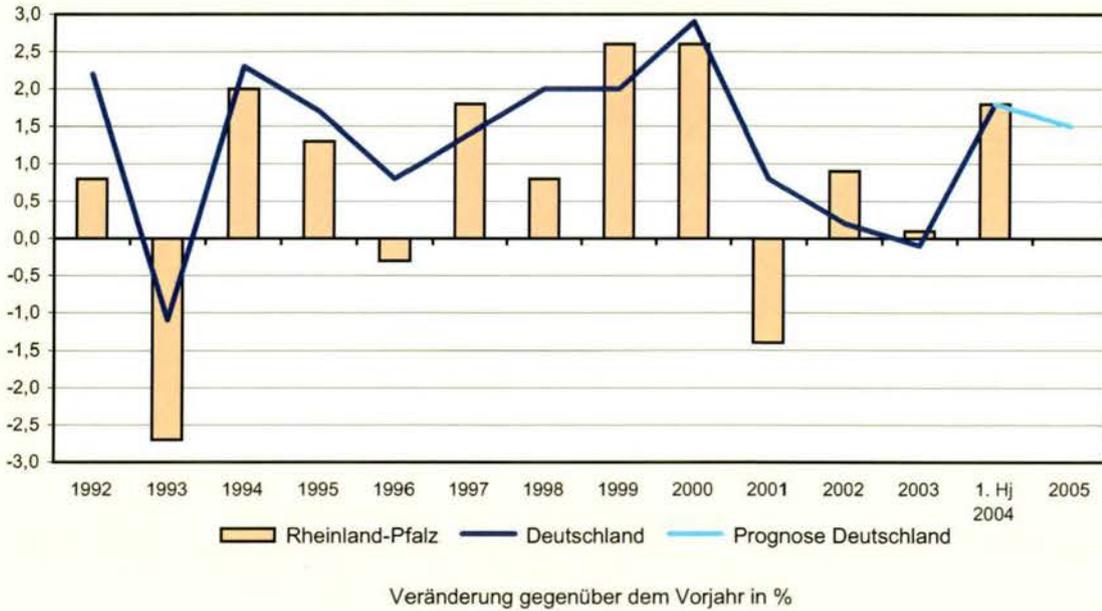
Die Zahl der offenen Stellen ist im Oktober im Vergleich zum Vormonat um rund 26% gesunken. Auch dies dürfte saisonal bedingt sein. Es gibt derzeit allerdings auch gegenüber dem Vorjahresmonat beträchtlich weniger offene Stellen in Rheinland-Pfalz.

Deutlich weniger offene Stellen

Obgleich auch die Arbeitslosenzahl gesunken ist, hat sich durch den kräftigen Rückgang der offenen Stellen das Verhältnis von Arbeitslosen zu offenen Stellen deutlich erhöht. Es belief sich im Oktober auf 9,9 Arbeitslose je offener Stelle. Im Vormonat lag dieses Verhältnis noch bei 7,5.

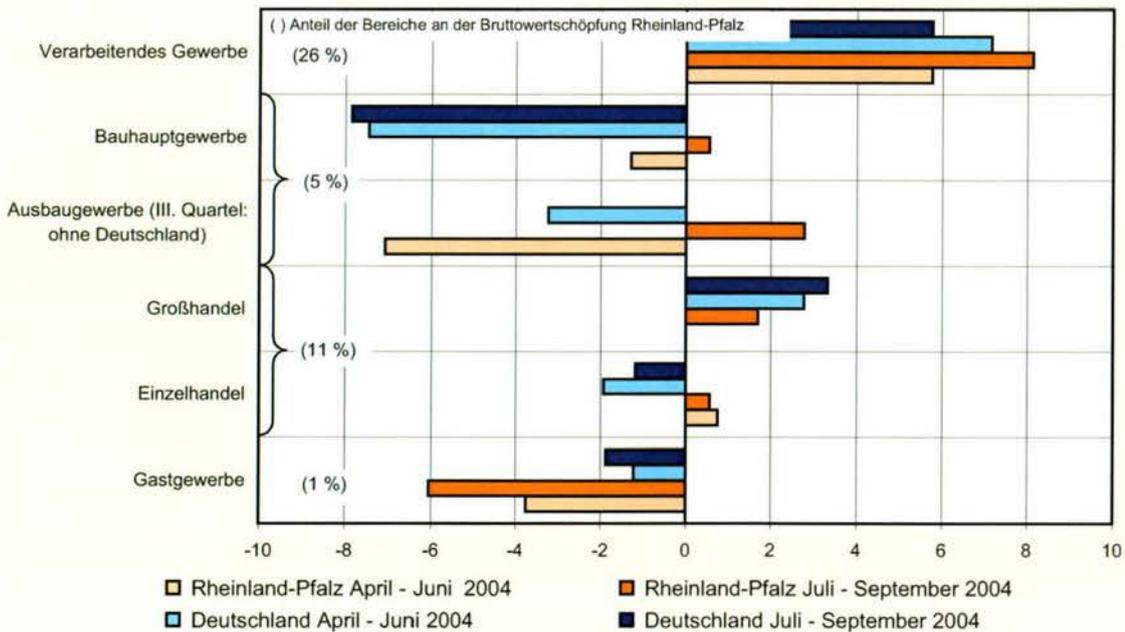
■ Dr. Ludwig Böckmann ist Leiter des Referats Analysen, Prognosen, Forschungsdatenzentrum.

**Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾**
(Berechnungsstand: August 2004)



1) Nächster Fortschreibungstermin für das Jahr 2004 im Februar 2005. - Quelle Prognosewert 2005: Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.; Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2004.

**Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen
in Rheinland-Pfalz und Deutschland**



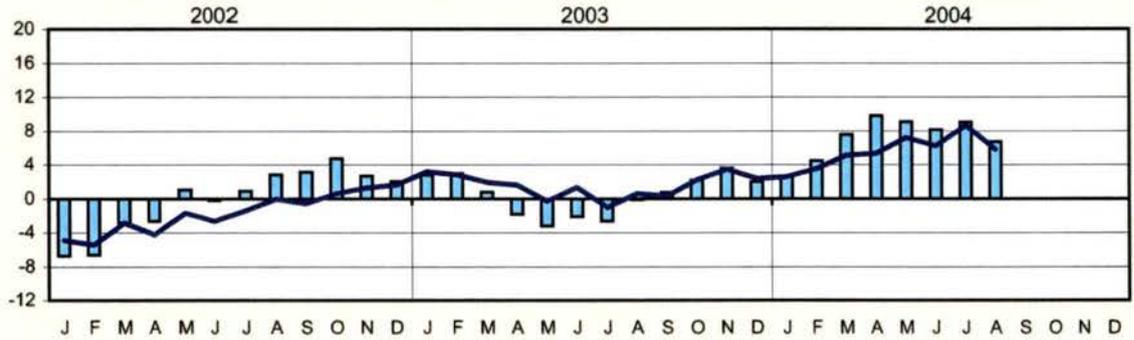
3-Monats-Durchschnitte¹⁾; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Ausbaugewerbe: Quartalsergebnisse.

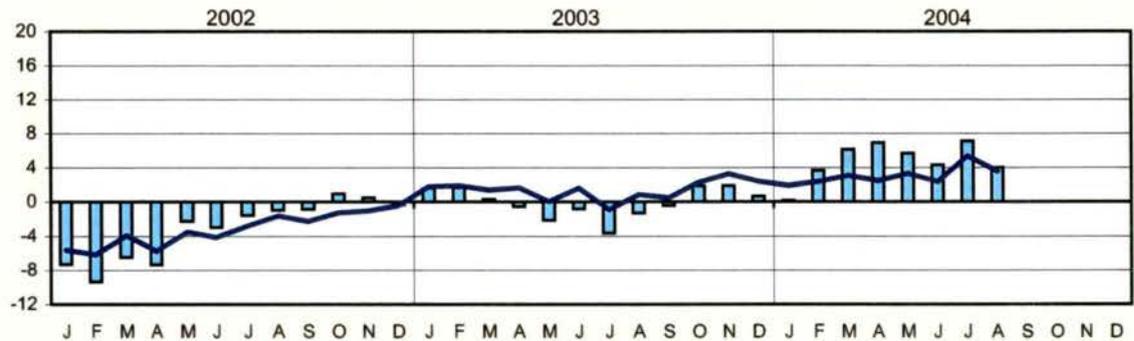
**Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe**

Deutschland

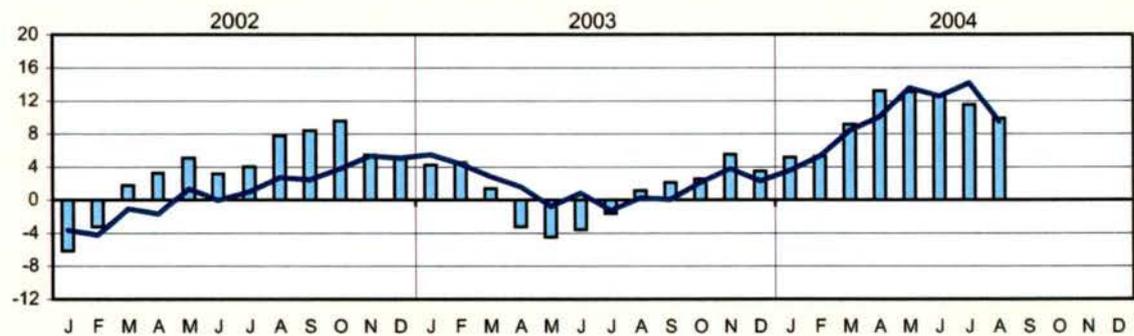
Insgesamt



Inland



Ausland



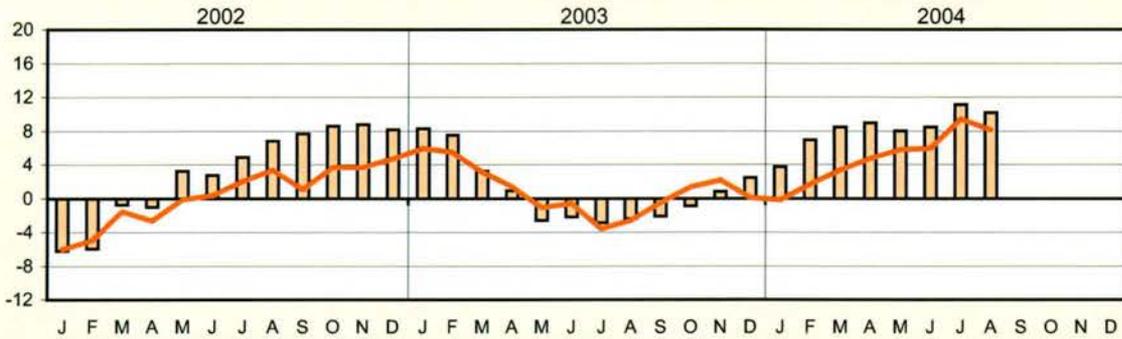
■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

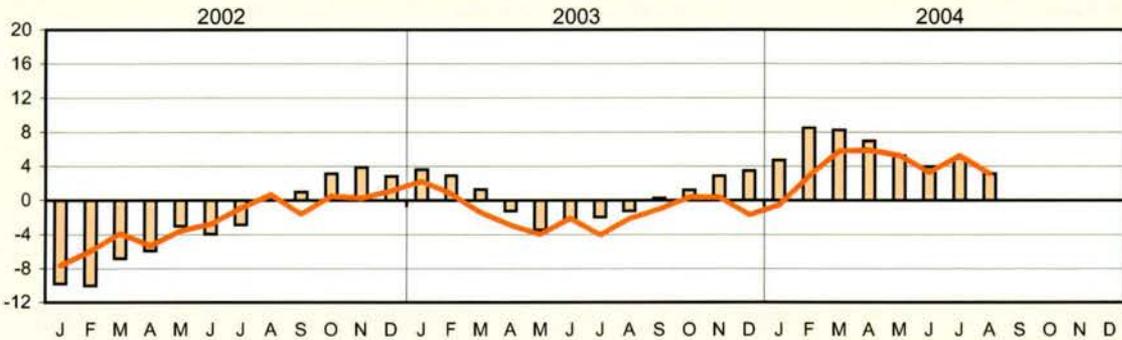
**Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe**

Rheinland-Pfalz

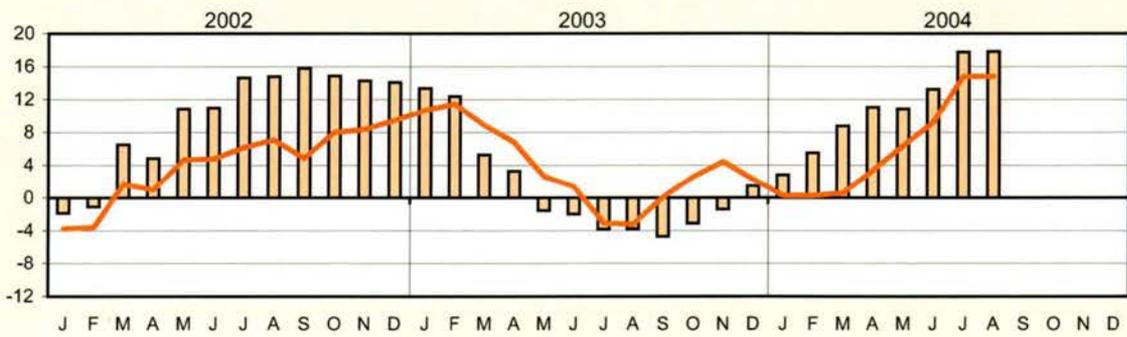
Insgesamt



Inland



Ausland

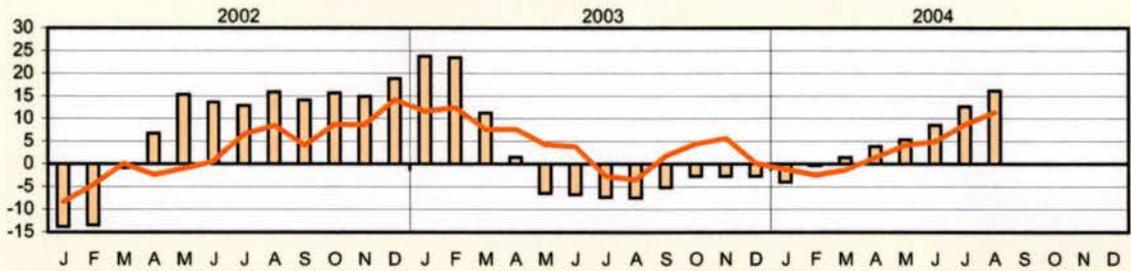


Auftragseingang
 Gesamtumsatz

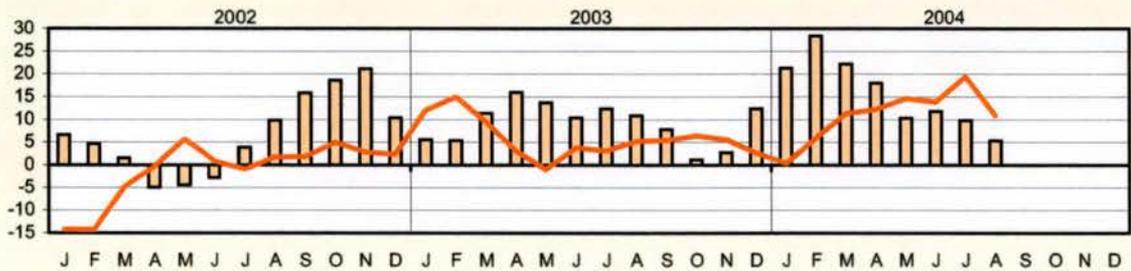
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)
im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen**

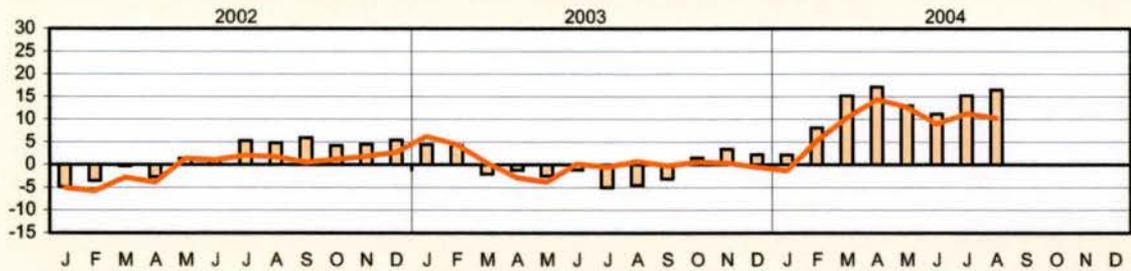
Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 32%)



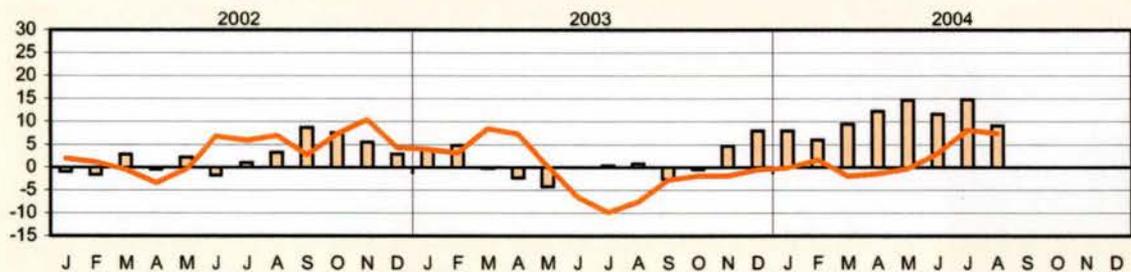
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 14%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 10%)



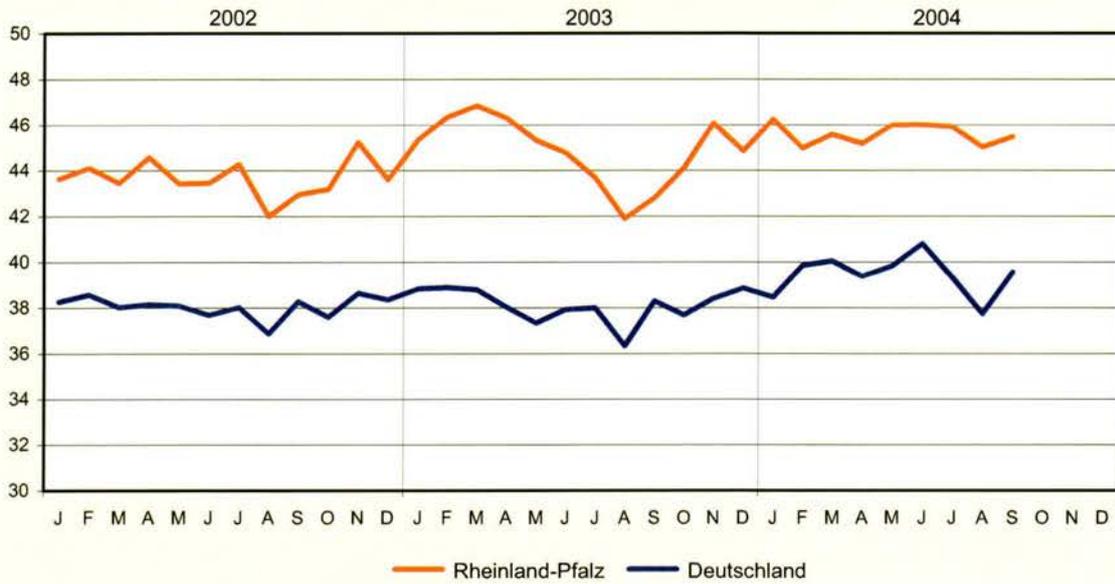
Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2003: 9%)



■ Auftragseingang — Gesamtumsatz

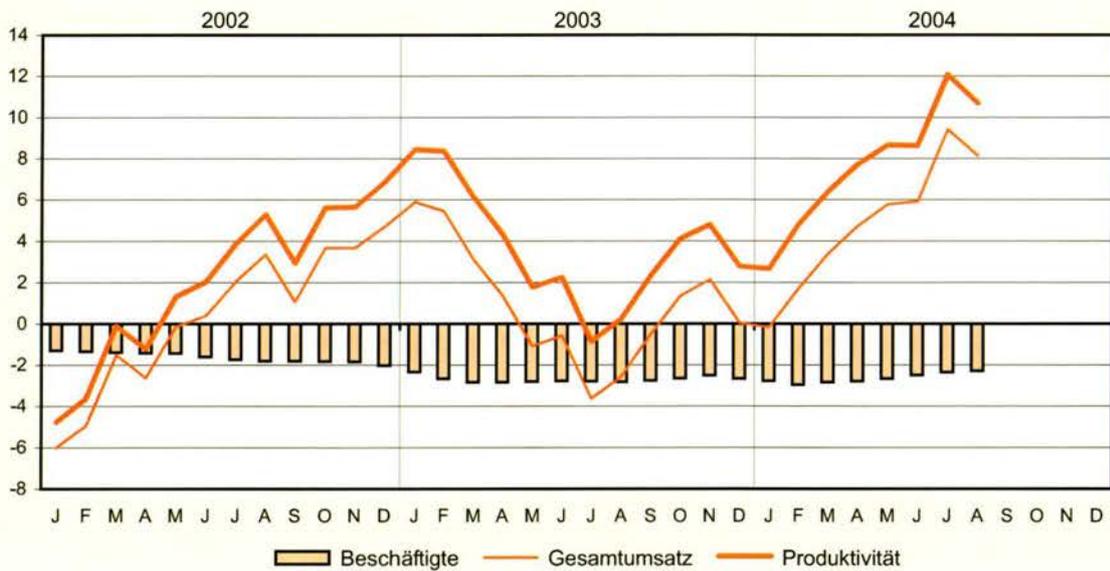
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Exportquote
im verarbeitenden Gewerbe
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

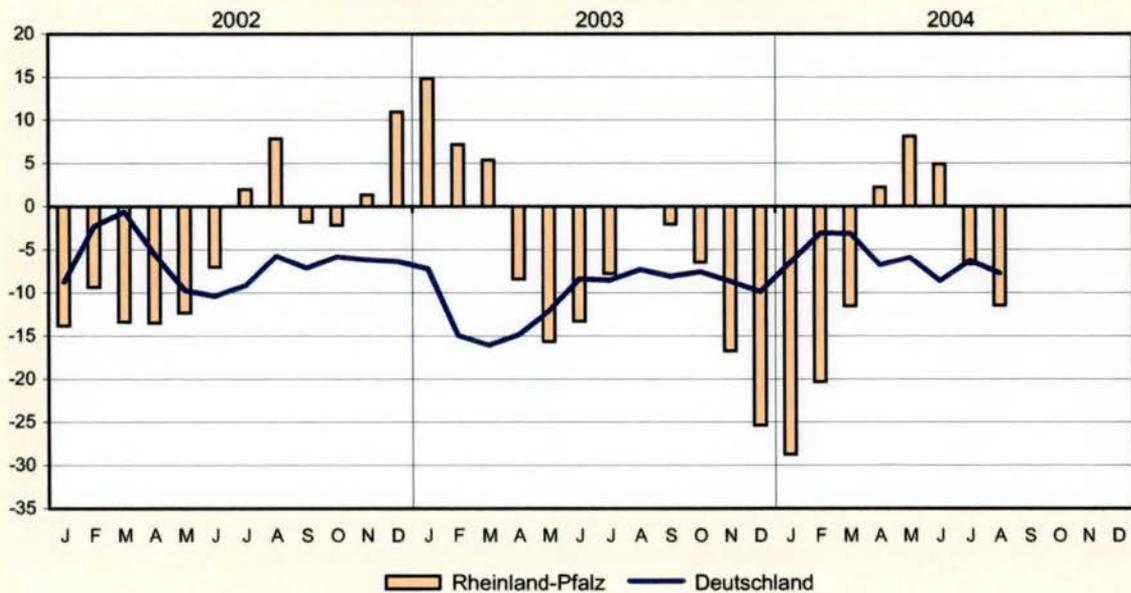
**Beschäftigte, Umsatz und Produktivität
im verarbeitenden Gewerbe
in Rheinland-Pfalz**



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

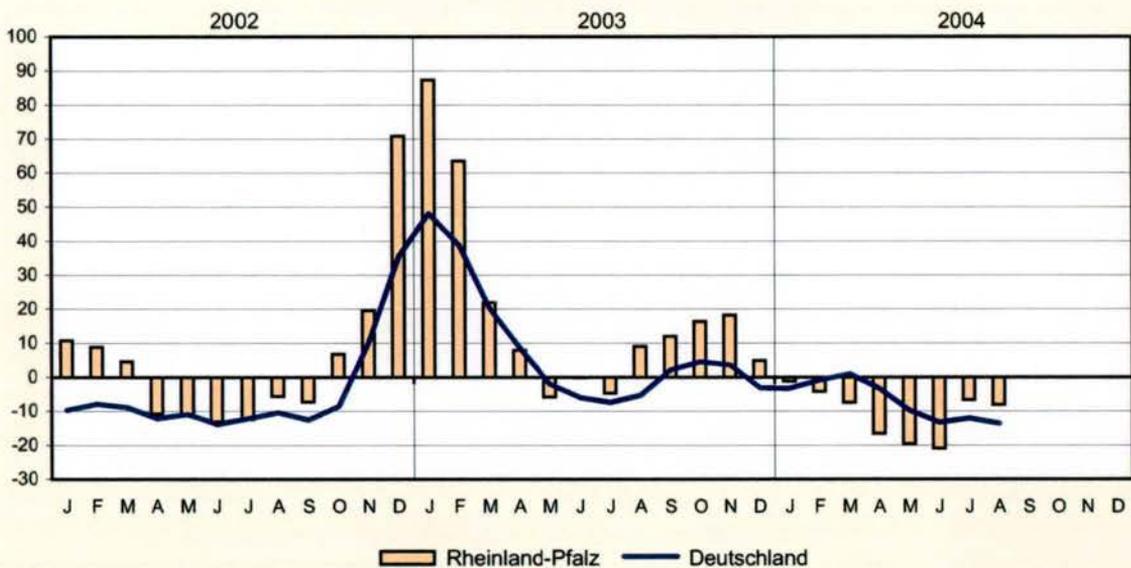
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



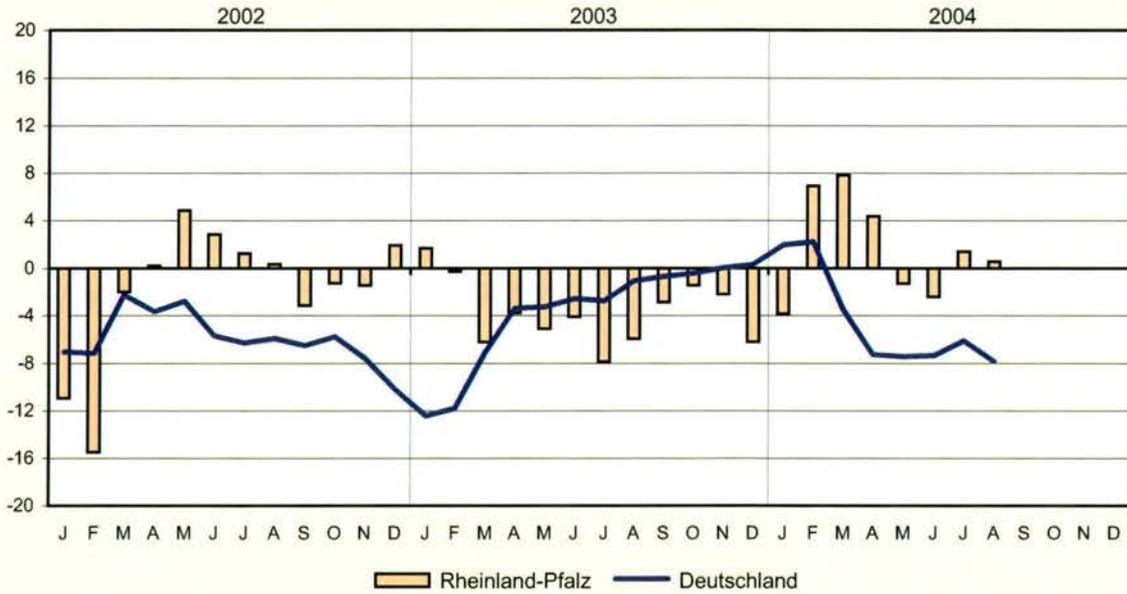
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugenehmigungen Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

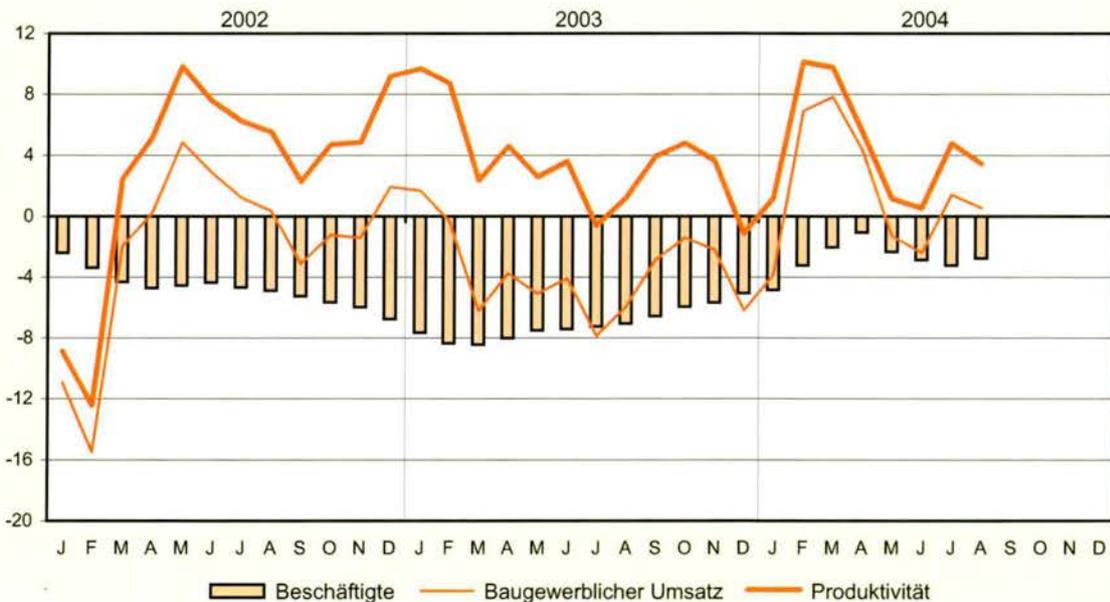
**Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

**Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität
im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz**



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

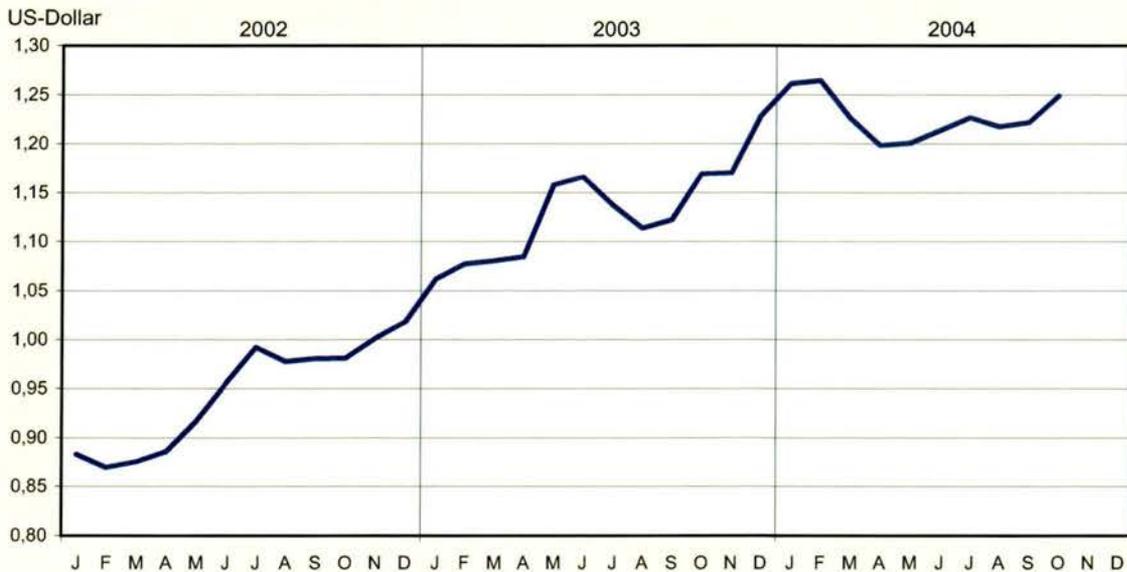
Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz
(Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



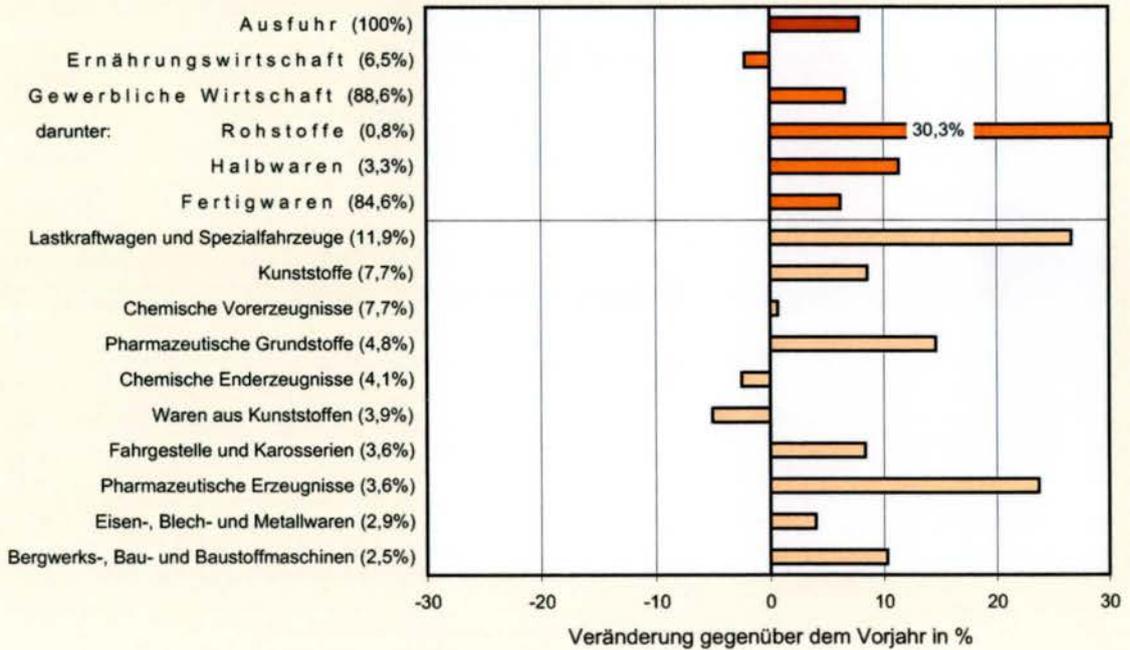
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank
1 EUR = ... US-Dollar
(Monatsdurchschnitt)

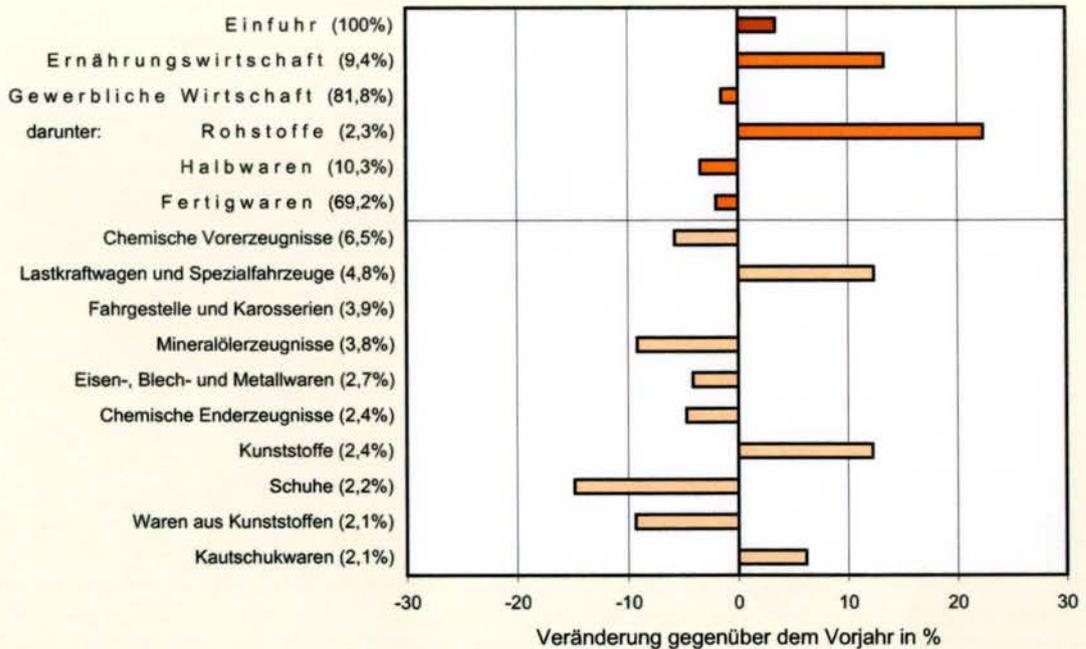


Quelle: Europäische Zentralbank.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(September 2003 - August 2004)

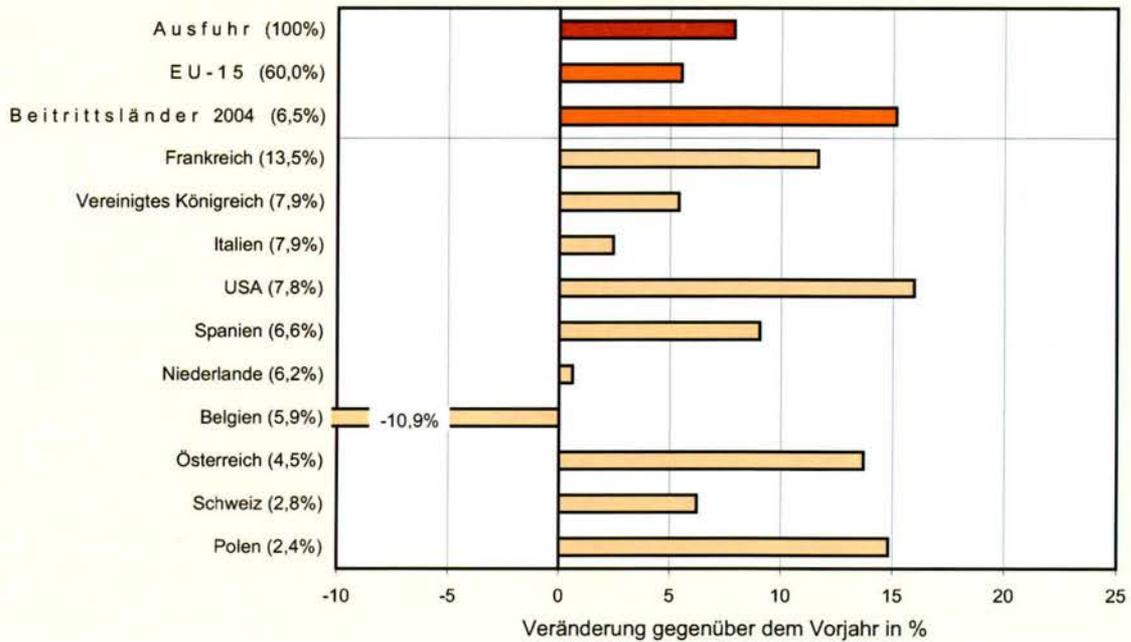


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen¹⁾
(September 2003 - August 2004)

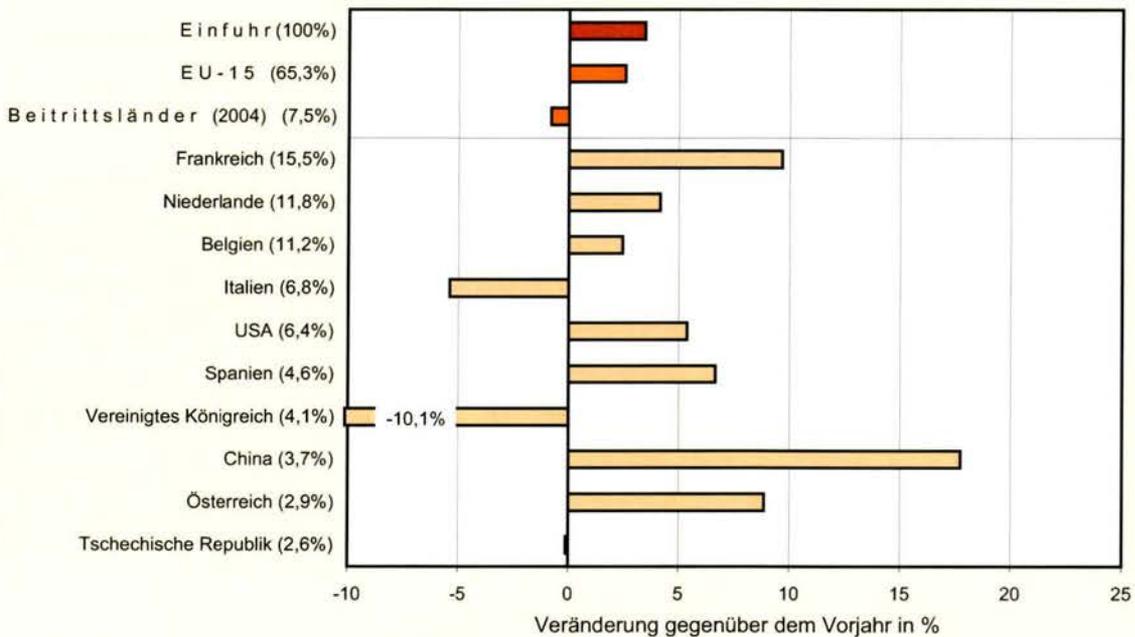


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2003.

Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer¹⁾
(September 2003 - August 2004)

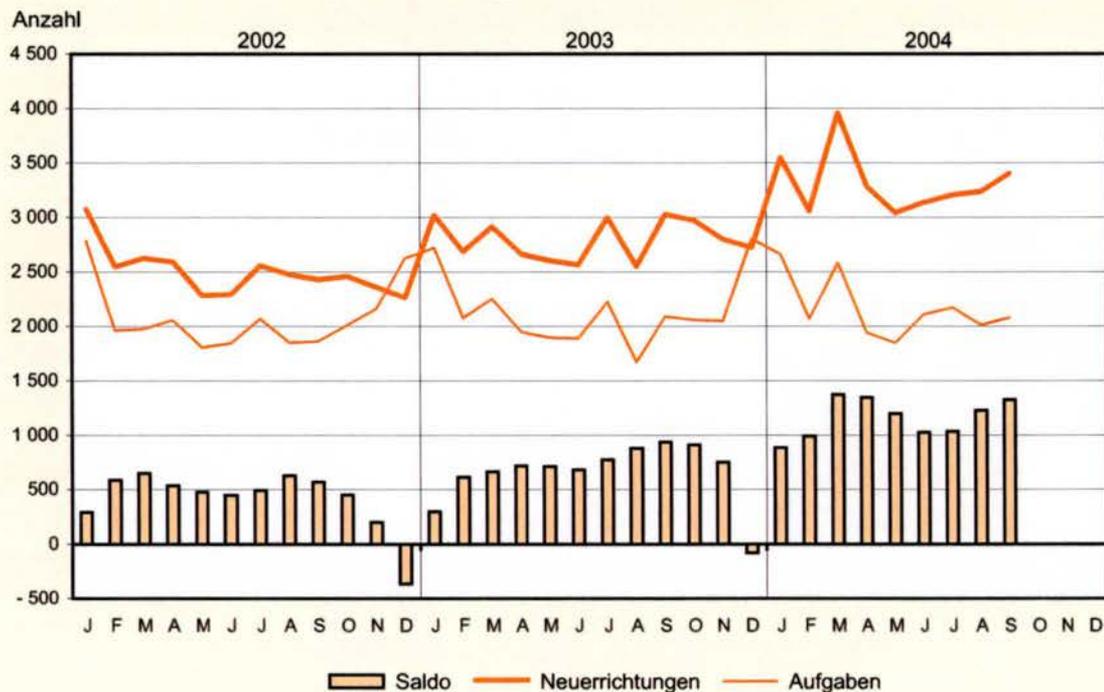


Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer¹⁾
(September 2003 - August 2004)

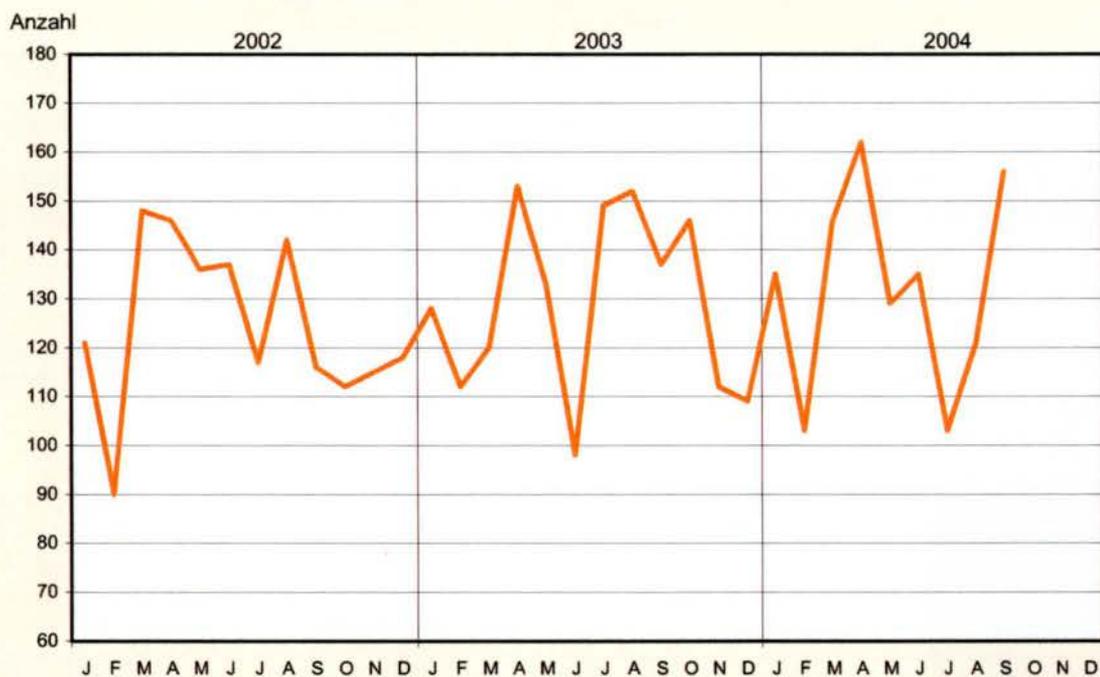


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2003.

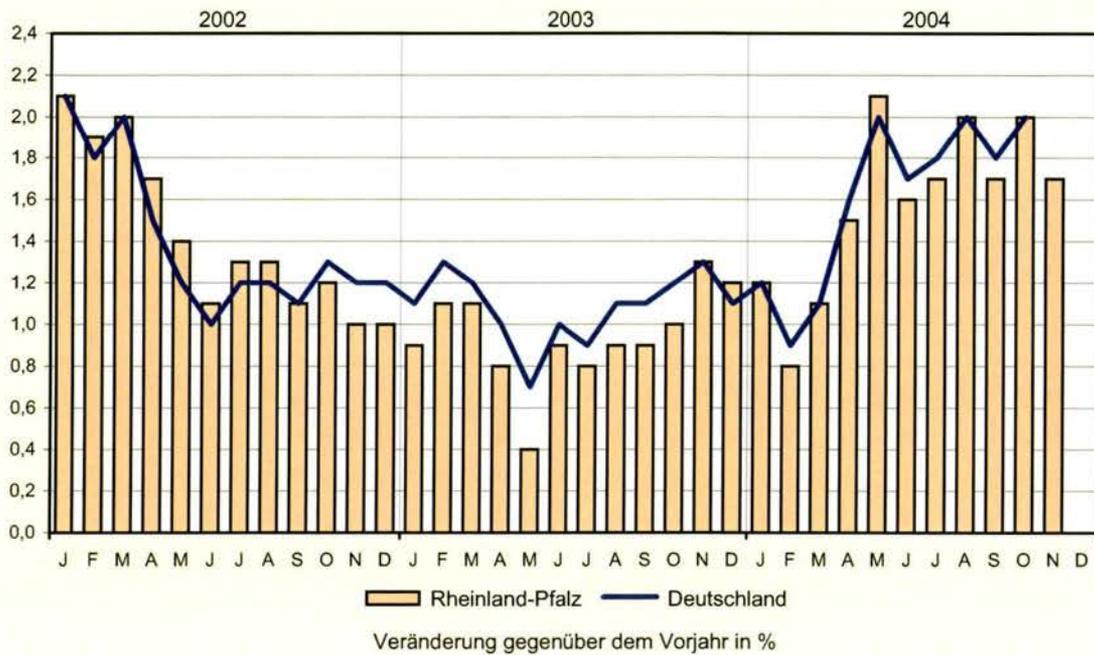
Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz



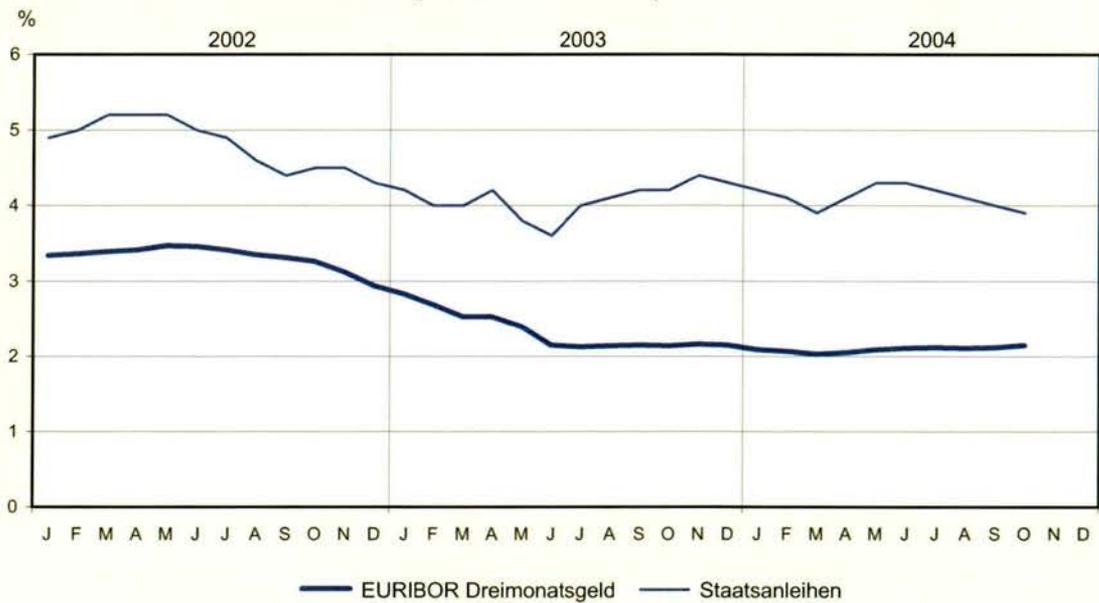
Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

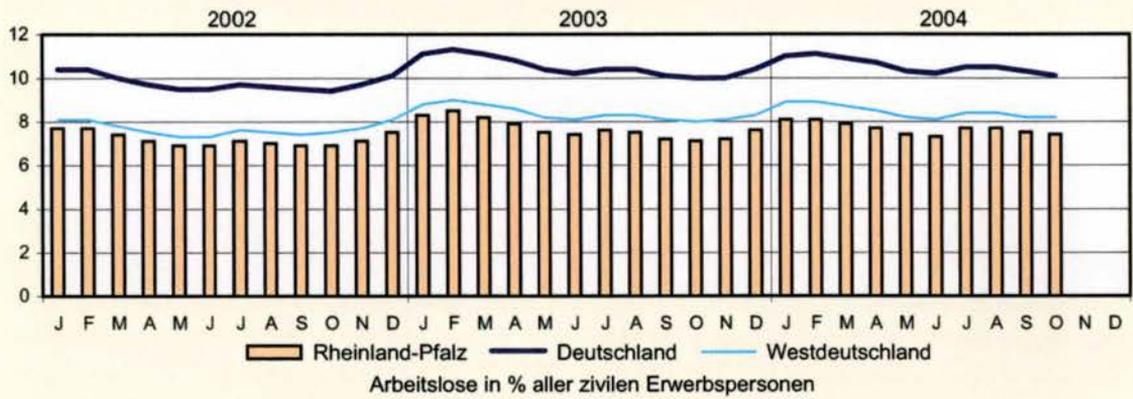


**Geldmarktsätze EURIBOR
Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
(Monatsdurchschnitt)**

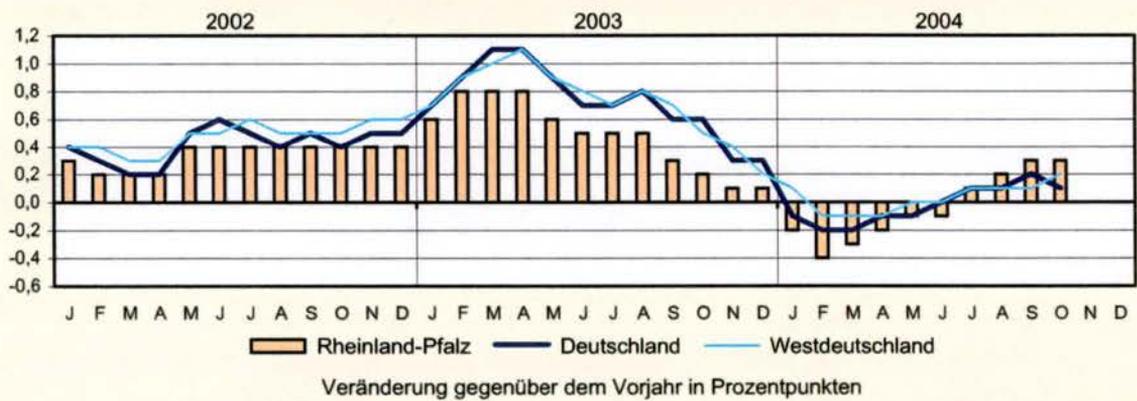


Quelle: Deutsche Bundesbank.

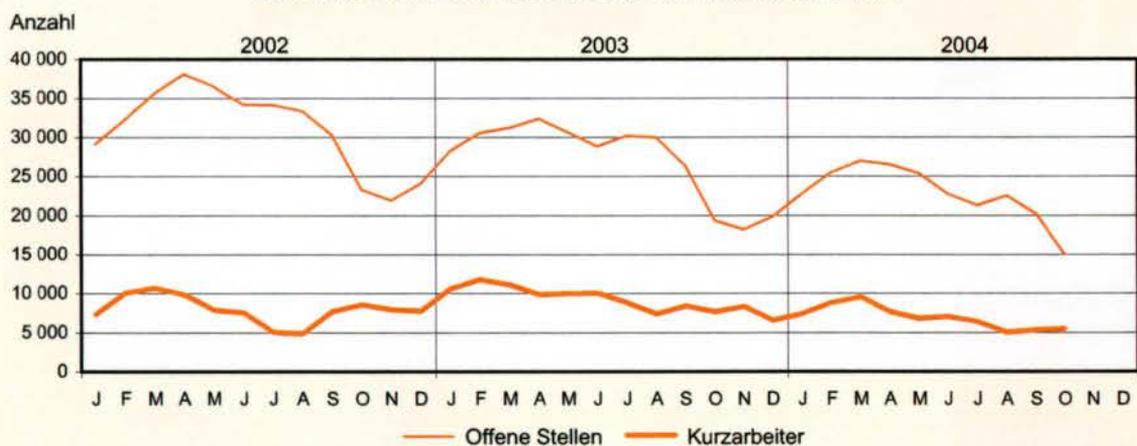
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland



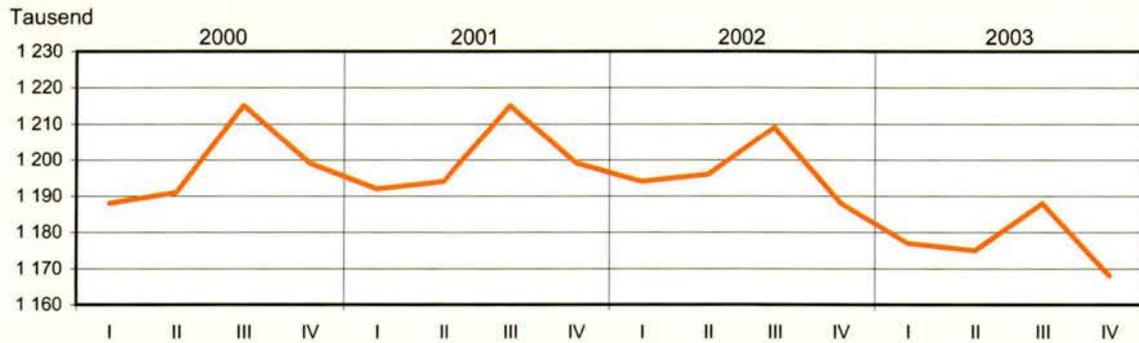
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland



Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz



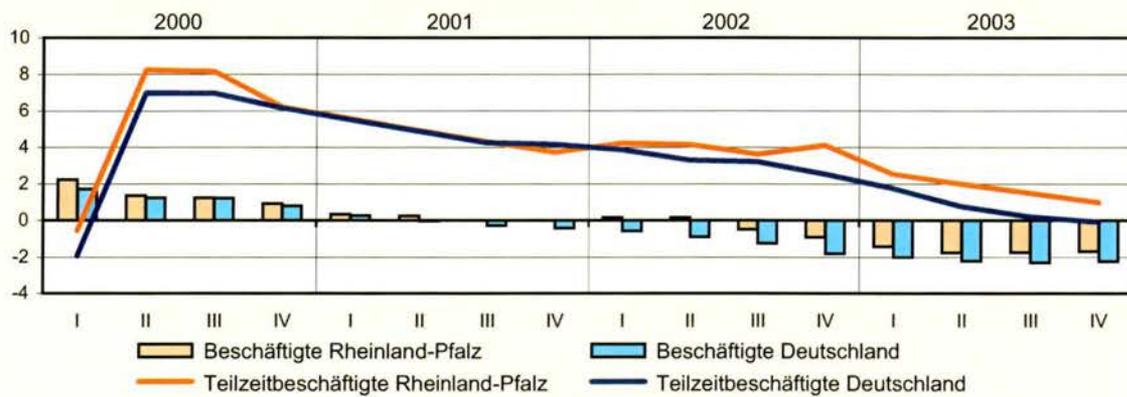
**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte
am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz**



**Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte
am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz**



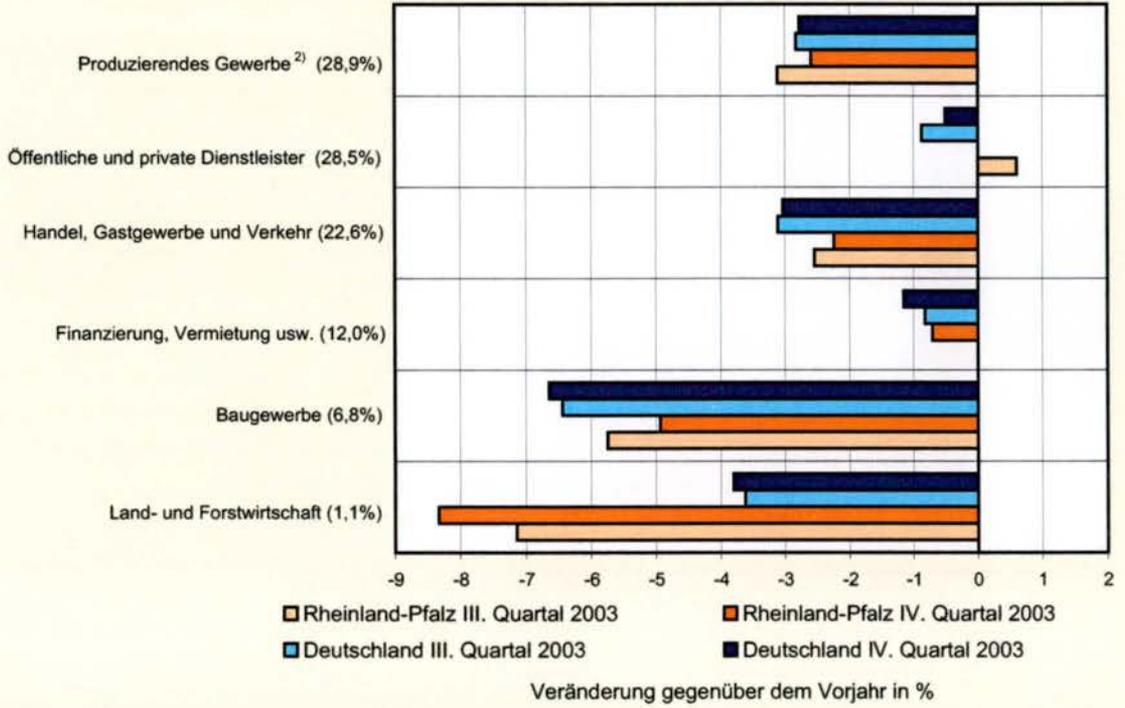
**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am
Arbeitsort (Veränderungsraten)**



1) Rechtsänderung zum 1. April 1999.

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
nach Wirtschaftsbereichen¹⁾**



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2003. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 25. November 2004.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerie, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmerleistung und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteiltbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie un-

bezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-

satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „StimmungsindeX“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steuerfreien

Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

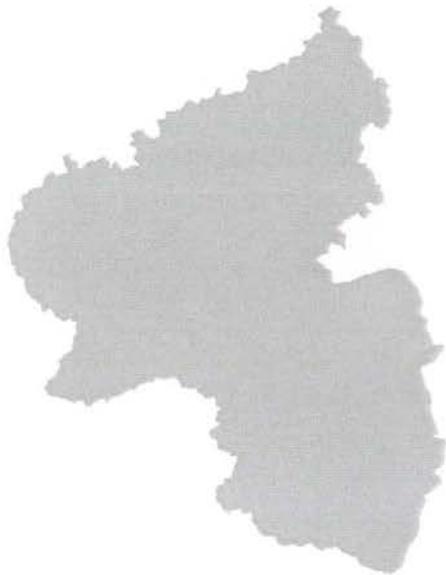
Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.



Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 058 ¹⁾	4 059 ¹⁾	4 056	4 056	4 057	4 057	4 057	4 058	4 059
darunter Ausländer ²⁾	1 000	312 ¹⁾	313 ¹⁾	315	316	317	314	315	316	316
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 733	1 677	2 279	2 080	2 083	1 796	2 227	2 216	2 471
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 895	2 840	2 849	2 888	3 085	2 475	2 418	3 006	3 044
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,6	8,4	8,3	8,7	9,0	7,4	7,0	9,0	8,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 556	3 661	3 545	3 359	3 547	3 408	3 019	3 533	3 242
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,8	10,3	10,1	10,3	10,2	8,8	10,6	9,4
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	13	14	15	7	10	9	11	18	11
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	4,6	4,9	5,6	3,5	2,9	3,6	4,5	6,0	3,6
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 661	- 821	- 696	- 471	- 462	- 933	- 601	- 527	- 198
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,0	- 2,4	- 2,0	- 1,4	- 1,3	- 2,8	- 1,7	- 1,6	- 0,6
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 258	8 406	7 676	7 620	9 584	7 494	7 075	8 396	9 040
* darunter aus dem Ausland ⁸⁾	Anzahl	2 694	2 346	2 267	2 260	2 714	2 032	2 248	2 418	2 550
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 875	7 505	6 455	6 679	8 246	6 654	6 167	7 128	7 886
* darunter in das Ausland ⁸⁾	Anzahl	1 724	1 849	1 576	1 780	2 341	1 898	1 849	1 814	2 453
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	1 382	900	1 221	941	1 338	840	908	1 268	1 154
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁹⁾	Anzahl	12 953	12 821	11 938	11 974	14 404	12 265	11 060	12 978	13 515
ERWERBSTÄTIGKEIT										
		2000	2001	2002			2003			
Beschäftigte			30.6.		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 191	1 194	1 196	1 209	1 188	1 177	1 175	1 188	1 168
* Frauen	1 000	518	525	532	538	535	531	527	531	527
* Ausländer/-innen	1 000	77	78	76	77	72	72	72	73	69
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	184	193	201	201	203	203	205	204	205
* darunter Frauen	1 000	162	169	176	175	177	178	179	178	179
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	14	13	14	14	12	12	13	13	11
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	361	358	351	353	347	343	340	342	338
* Baugewerbe	1 000	92	88	85	87	81	78	80	82	77
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	268	268	271	275	268	265	265	268	262
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	134	138	141	144	142	141	141	144	141
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	322	327	334	336	338	337	335	338	338

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsforschung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2004 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne An-ga-be" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Arbeitslose ²⁾	Anzahl	143 665	154 664	152 215	145 933	144 362	154 915	155 723	150 289	149 000
* Frauen	Anzahl	63 014	66 055	67 190	64 281	63 476	67 771	69 139	66 394	65 784
* Männer	Anzahl	80 651	88 609	85 025	81 652	80 886	87 144	86 584	83 895	83 216
darunter										
Bauberufe	Anzahl	7 723	8 181	6 766	6 507	6 543	7 264	7 101	6 965	7 026
industrielle u. handwinkl. Berufe	Anzahl	41 323	44 796	42 883	40 987	40 518	43 565	43 505	42 093	41 868
* Arbeitslosenquote ²⁾³⁾	%	8,0	8,5	8,4	8,1	8,0	8,6	8,6	8,3	8,2
* Frauen	%	7,5	7,8	7,9	7,6	7,5	8,0	8,1	7,8	7,7
* Männer	%	8,3	9,2	8,8	8,5	8,4	9,1	9,0	8,8	8,7
* Ausländer/-innen	%	17,1	17,7	16,5	16,3	16,5	17,2	17,0	17,0	17,1
* Jüngere unter 25 Jahren	%	7,9	8,1	9,0	7,7	7,1	9,4	9,7	8,7	8,1
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	7 897	9 170	7 335	8 350	7 614	6 349	4 970	5 303	5 439
* Gemeldete Stellen	Anzahl	31 083	27 293	29 961	26 307	19 327	21 240	22 495	20 168	14 975
darunter										
Bauberufe	Anzahl	579	473	577	537	423	268	318	307	305
industrielle u. handwinkl. Berufe	Anzahl	6 172	5 473	6 555	6 543	5 580	4 566	4 644	4 753	4 211
BAUTÄTIGKEIT (Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
		2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Wohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	802	988	855	603	930	649	665	647	682
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	768	949	817	575	882	606	621	603	644
* 3 und mehr Wohnungen ⁴⁾	Anzahl	35	39	38	28	48	43	44	44	38
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	3	1	1	-	-	6	1	-	1
Unternehmen	Anzahl	96	125	133	71	108	62	100	94	106
private Haushalte	Anzahl	703	862	721	532	822	581	564	553	575
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 084	1 322	1 265	844	1 278	885	946	927	1 240
* Umbauter Raum	1 000 m ³	783	952	880	604	901	618	637	629	753
* Wohnfläche	1 000 m ²	141	172	158	110	164	114	118	115	137
Wohnräume	Anzahl	6 159	7 525	6 855	4 696	7 278	5 016	5 195	5 066	5 926
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	176	217	202	138	206	142	144	143	166
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau) insgesamt	Anzahl	139	128	161	119	159	144	183	139	134
davon										
öffentl. Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	15	15	14	14	19	19	22	22	9
Unternehmen	Anzahl	116	106	139	98	131	110	141	104	121
private Haushalte	Anzahl	8	6	8	7	9	15	20	13	4
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	33	16	19	11	9	6	25	10	21
* Umbauter Raum	1 000 m ³	778	661	740	532	825	731	829	1 087	484
* Nutzfläche	1 000 m ²	119	98	110	86	127	107	130	148	72
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	82	67	77	55	88	55	84	90	34
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 239	1 491	1 450	969	1 476	1 134	1 150	1 071	1 409
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	7 147	8 660	7 963	5 515	8 412	6 196	6 252	5 953	6 921

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland. – 2) Ergebnisse ab Januar 2004 nach geändertem Verfahren (Data Warehouse-Lösung) und ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. – 3) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 4) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	10 434	10 393	9 867	9 399	10 962	10 526	10 000	10 114	10 578
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 801	2 693	2 324	2 212	2 757	2 302	2 178	2 242	2 570
* Kälber	t	22	18	12	13	19	14	13	14	15
* Schweine	t	7 511	7 595	7 460	7 104	8 110	8 126	7 731	7 770	7 914
* Eierzeugung ²⁾	1 000	10 321	9 621	9 382	9 096	9 082	9 492	9 082	9 213	9 404
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	62 988	64 148	67 079	62 904	61 216	65 277	65 787	63 441	61 229
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 384	2 260	2 261	2 260	2 258	2 193	2 196	2 188	2 179
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	296 590	288 559	287 820	289 119	289 169	280 945	281 370	282 411	282 329
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	186 727	180 771	181 089	181 739	181 327	175 378	176 165	176 524	176 132
* Geleistete Arbeitsstunden ⁶⁾	1 000 h		36 381	37 392	33 443	37 448	36 221	36 066	33 658	36 427
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	892	889	848	828	845	915	847	826	828
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	464	455	441	431	444	475	435	430	429
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	429	434	407	397	401	439	413	396	398
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	5 183	5 230	5 299	4 574	5 381	5 776	5 507	5 198	5 789
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁷⁾	Mill. EUR	2 748	2 779	2 845	2 372	2 795	3 096	2 954	2 766	3 130
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 362	1 366	1 368	1 160	1 461	1 598	1 496	1 384	1 518
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	116	116	94	104	126	113	102	104	126
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	956	968	992	937	1 000	969	955	944	1 015
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 590	1 666	1 629	1 357	1 557	1 784	1 676	1 580	1 799
Fahrzeugbau	Mill. EUR	710	751	741	631	835	905	826	767	854
darunter										
* Auslandsumsatz Exportquote ⁸⁾	Mill. EUR %	2 263 43,7	2 348 44,9	2 315 43,7	1 916 41,9	2 302 42,8	2 657 46,0	2 528 45,9	2 340 45,0	2 632 45,5
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	99,5	99,6	102,6	89,3	100,1	109,8	110,5	99,1	106,1
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	98,5	99,1	104,0	86,5	98,6	110,4	109,9	96,4	108,8
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	99,6	100,5	101,9	94,6	100,2	110,4	114,2	104,1	100,5
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	89,2	89,1	84,9	74,1	88,0	107,0	92,5	91,9	95,0
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	109,4	103,1	102,8	91,9	113,4	104,1	106,5	99,3	115,4
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	102,6	102,3	106,9	88,2	100,0	116,3	118,7	99,4	115,1
Fahrzeugbau	2000=100	97,8	105,2	107,5	109,1	105,5	111,4	122,5	114,4	101,7
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ³⁾	Anzahl	86	87	87	87	87	86	86	85	85
* Beschäftigte ³⁾⁴⁾	Anzahl	10 936	10 660	10 516	10 559	10 643	10 416	10 281	10 309	10 381
* Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	1 000 h	1 394	1 363	1 420	1 223	1 416	1 344	1 328	1 196	1 366
* Bruttolohn- und -gehaltsumme ³⁾	Mill. EUR	34	34	32	31	31	32	31	29	29
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	542	640	558	419	622	526	555	573	648
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	530	624	546	403	603	514	541	553	627

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. – 6) Bis 2002 geleistete Arbeitsstunden, ab 2003 geleistete Arbeitsstunden aller Lohn- und Gehaltsempfänger. – 7) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 8) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe	Einheit	2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	42 573	39 526	39 695	40 028	40 018	38 361	38 634	38 895	38 872
* Geleistete Arbeitsstunden davon	1 000 h	4 142	3 967	4 845	3 821	4 711	4 305	4 263	3 707	4 542
* Wohnungsbau	1 000 h	1 579	1 568	2 020	1 453	1 855	1 789	1 758	1 479	1 867
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	1 083	995	1 088	954	1 142	993	1 028	918	1 045
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 480	1 404	1 737	1 414	1 714	1 524	1 477	1 310	1 630
darunter Straßenbau	1 000 h	676	639	807	643	801	743	719	607	757
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	95	90	95	92	92	89	88	89	87
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	71	67	72	70	71	65	66	68	66
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	24	23	23	22	22	24	22	21	21
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	344	332	392	328	369	355	370	356	369
Wohnungsbau	Mill. EUR	107	106	131	97	119	114	122	123	118
gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	101	92	100	87	105	92	94	87	88
öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	136	133	161	143	146	150	154	146	163
darunter Straßenbau	Mill. EUR	62	56	68	61	62	64	64	57	73
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe ^{4) 5)}										
		2002		2003			2004			
		Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Betriebe ⁶⁾	Anzahl	386	368	369	370	368	365	331	331	334
* Beschäftigte ^{2) 4)}	Anzahl	13 214	12 338	12 143	12 333	12 495	12 381	11 569	11 497	11 999
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 923	3 677	3 536	3 643	3 813	3 715	3 446	3 467	3 681
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	87	80	75	81	80	86	73	75	78
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	61	57	53	57	58	62	52	54	56
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	26	23	22	23	22	24	21	22	22
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	281	270	198	262	273	348	195	244	281
HANDEL										
		2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
Großhandel ⁷⁾										
* Beschäftigte	2000=100	91,0	86,5	87,0	87,6	87,4	84,2	84,4	84,9	84,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	95,8	91,5	93,6	96,4	95,8	95,7	97,4	99,1	97,9
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	93,6	94,6	98,6	87,0	102,0	97,2	95,6	93,5	103,4
* Umsatz real ⁹⁾	2000=100	92,6	92,2	96,8	84,9	99,3	92,6	91,1	88,2	98,3
Einzelhandel ⁸⁾										
* Beschäftigte	2000=100	101,4	100,6	99,9	99,9	100,2	99,9	100,3	100,4	100,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	103,8	105,0	104,9	104,4	104,9	106,0	107,2	106,8	106,1
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	100,3	101,3	102,0	96,0	99,6	100,6	103,3	96,7	99,3
* Umsatz real ⁹⁾	2000=100	98,8	99,7	100,6	94,9	98,3	98,8	101,6	95,2	98,0
Kfz-Handel u. Tankstellen ^{8) 10)}										
* Beschäftigte	2000=100	100,6	101,0	101,1	101,3	102,0	102,1	103,0	104,0	104,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	101,8	103,0	103,8	105,1	104,9	112,8	114,2	113,4	114,5
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	101,6	103,9	112,9	95,0	104,2	110,2	105,2	97,7	103,6
* Umsatz real ⁹⁾	2000=100	100,1	101,5	110,2	92,6	101,4	106,3	101,4	94,3	100,2
GASTGEWERBE ⁸⁾										
* Beschäftigte	2000=100	99,8	99,8	103,1	104,3	104,1	103,2	103,8	104,9	104,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,6	103,5	107,9	109,6	109,6	111,5	111,7	113,3	111,2
* Umsatz nominal ⁸⁾	2000=100	100,0	99,4	107,0	112,3	112,5	99,5	101,7	102,9	107,1
* Umsatz real ⁹⁾	2000=100	94,6	93,2	99,9	104,7	105,3	92,8	94,1	95,1	99,4

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtsjahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Gästeankünfte	1 000	554	561	768	738	777	734	781	746	798
* darunter von Auslandsgästen	1 000	120	123	227	198	148	156	227	206	154
* Gästeübernachtungen	1 000	1 654	1 657	2 450	2 508	2 238	2 004	2 364	2 505	2 219
* darunter von Auslandsgästen	1 000	367	375	838	718	423	432	754	754	420
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
		2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	10 279	10 305	10 180	10 563	9 984	10 503	10 286	10 366	9 884
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 548	1 540	1 856	1 892	1 768	1 713	1 732	1 743	1 631
* Getötete Personen	Anzahl	30	30	31	32	41	24	27	31	37
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	18	17	14	23	21	13	15	15	19
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	6	7	4	14	8	7	10	12
Radfahrer	Anzahl	2	2	4	3	2	2	3	3	1
Fußgänger	Anzahl	4	3	2	2	2	-	-	2	3
* Verletzte Personen	Anzahl	2 043	2 042	2 464	2 510	2 317	2 214	2 287	2 248	2 149
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	406	409	502	531	545	473	468	476	480
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	202	203	213	226	230	219	207	213	239
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	90	95	158	162	175	133	121	136	124
Radfahrer	Anzahl	49	51	79	92	91	73	73	77	77
Fußgänger	Anzahl	44	40	34	29	30	34	45	34	22
Kraftfahrzeuge										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	15 836	13 931	15 145	15 775	11 973	14 452	16 479	14 277	11 164
darunter										
Krafträder	Anzahl	889	898	1 325	1 111	928	1 338	1 613	986	765
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	13 776	11 897	12 702	13 437	10 025	11 940	13 536	12 181	9 542
* Lastkraftwagen	Anzahl	803	741	731	804	766	732	852	675	607
* Zugmaschinen	Anzahl	197	196	223	226	167	255	304	265	172
Personenbeförderung										
		2002		2003				2004		
		Durchschnitt		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000							71 535	70 036	...
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.							623	654	...
Binnenschifffahrt										
		2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
* Gütereingang	1 000 t	1 239	1 125	1 253	1 217	1 013	1 146	1 241	1 237	1 148
* Güterversand	1 000 t	785	756	728	825	648	811	847	827	757
AUSSENHANDEL ⁵⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 213	2 362	2 354	2 388	2 303	2 753	2 711	2 680	2 588
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	152	154	156	162	156	196	175	154	149
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	2 061	2 094	2 083	2 109	2 044	2 413	2 396	2 386	2 308
* Rohstoffe	Mill. EUR	18	18	20	21	21	103	16	27	16
* Halbwaren	Mill. EUR	78	78	75	87	64	91	90	92	93
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 965	1 997	1 988	2 001	1 959	2 219	2 291	2 267	2 199
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	609	661	624	670	675	680	729	676	651
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 356	1 337	1 365	1 331	1 284	1 539	1 562	1 591	1 548

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 5) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2002		2003			2004			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 645	1 759	1 804	1 830	1 606	2 005	1 972	1 972	1 817
* darunter in EU-Länder ²⁾	Mill. EUR	1 331	1 417	1 426	1 451	1 276	1 783	1 734	1 751	1 624
Belgien	Mill. EUR	146	140	133	132	127	138	119	109	123
Luxemburg	Mill. EUR	29	28	28	29	27	26	38	34	30
Dänemark	Mill. EUR	32	32	32	31	35	27	34	27	33
Finnland	Mill. EUR	17	19	18	15	17	17	22	20	21
Frankreich	Mill. EUR	296	319	331	350	258	345	372	373	345
Griechenland	Mill. EUR	23	22	22	19	25	29	39	20	20
Großbritannien	Mill. EUR	177	188	182	183	192	203	230	226	228
Irland	Mill. EUR	9	11	10	9	9	13	12	14	10
Italien	Mill. EUR	182	187	201	194	129	192	216	209	155
Niederlande	Mill. EUR	134	147	144	162	145	234	137	140	149
Österreich	Mill. EUR	98	107	108	113	116	125	118	131	135
Schweden	Mill. EUR	37	43	38	42	45	50	42	53	46
Spanien	Mill. EUR	130	155	156	154	134	159	175	181	140
Portugal	Mill. EUR	19	19	22	17	15	15	17	21	15
* Afrika	Mill. EUR	47	50	55	50	45	56	69	73	72
* Amerika	Mill. EUR	241	260	245	233	337	339	306	295	293
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	180	201	174	163	275	261	219	212	219
* Asien	Mill. EUR	260	271	228	251	291	329	341	317	378
darunter nach Japan	Mill. EUR	44	50	36	52	69	44	52	48	51
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	18	21	21	24	23	24	22	22	27
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 473	1 561	1 513	1 534	1 393	1 566	1 756	1 688	1 578
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	147	147	147	130	139	185	180	155	158
* Güter der gewerbli. Wirtschaft	Mill. EUR	1 326	1 278	1 230	1 268	1 131	1 229	1 403	1 367	1 270
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	41	36	42	41	43	50	50	28	50
* Halbwaren	Mill. EUR	176	161	146	191	138	140	201	206	205
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 109	1 080	1 042	1 036	950	1 039	1 152	1 133	1 015
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	275	266	265	264	247	264	295	352	295
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	834	814	777	771	703	775	857	781	720
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 164	1 248	1 242	1 261	1 125	1 253	1 398	1 373	1 267
* darunter aus EU-Ländern ²⁾	Mill. EUR	941	1 020	1 026	1 021	916	1 126	1 266	1 257	1 139
Belgien	Mill. EUR	147	175	185	183	180	181	193	192	228
Luxemburg	Mill. EUR	27	24	24	25	21	22	29	26	37
Dänemark	Mill. EUR	33	32	24	40	28	36	34	28	26
Finnland	Mill. EUR	7	7	5	5	4	6	5	8	8
Frankreich	Mill. EUR	217	243	243	243	197	283	283	277	186
Griechenland	Mill. EUR	3	3	2	3	3	5	2	2	4
Großbritannien	Mill. EUR	68	65	53	70	58	58	68	71	59
Irland	Mill. EUR	12	21	25	21	13	11	14	25	9
Italien	Mill. EUR	104	107	105	116	102	94	102	117	116
Niederlande	Mill. EUR	168	184	195	160	191	170	243	222	214
Österreich	Mill. EUR	46	45	46	44	38	46	52	51	48
Schweden	Mill. EUR	31	32	35	30	10	48	41	29	26
Spanien	Mill. EUR	59	71	76	68	60	69	85	67	75
Portugal	Mill. EUR	18	13	11	12	10	10	8	19	6
* Afrika	Mill. EUR	29	24	15	21	14	21	42	29	35
* Amerika	Mill. EUR	126	138	115	114	104	124	144	108	104
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	106	111	98	75	86	99	119	79	77
* Asien	Mill. EUR	148	147	133	135	143	164	162	172	167
darunter aus Japan	Mill. EUR	31	31	36	26	31	25	30	33	29
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	6	4	8	4	7	4	9	7	6
GEWERBEANZEIGEN ³⁾										
		2002	2003			2004				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 065	3 278	3 467	2 909	3 491	3 604	3 722	3 726	3 898
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 630	2 658	2 779	2 078	2 569	2 570	2 700	2 481	2 619

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN	Einheit	2002	2003			2004					
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.		
* Insgesamt	Anzahl	344	399	454	385	408	438	419	380	557	
davon											
* Unternehmen	Anzahl	125	129	149	152	137	135	103	121	156	
* Verbraucher	Anzahl	106	155	176	132	162	173	193	172	242	
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	74	100	115	91	91	115	109	79	138	
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾ Nachlässe	Anzahl	39	16	14	10	18	15	14	8	21	
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	133	121	92	99	261	112	116	160	123	
HANDWERK²⁾		2002	2003			2004					
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal		
* Beschäftigte ³⁾	2003=100 ⁵⁾	87,3	98,2	98,1	98,0	100,0	96,6	93,1	92,7	...	
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 ⁵⁾	93,6	100,0	86,0	101,3	103,4	109,2	85,4	98,2	...	
PREISE		2002	2003			2004					
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		
* Verbraucherpreisindex	2000=100	103,4	104,3	104,3	104,2	104,1	106,5	106,1	106,3	105,9	
VERDIENSTE⁶⁾		2002	2003			2004					
		Durchschnitt	Jan.	April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli		
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 465	2 531	2 447	2 535	2 559	2 540	2 504	2 599	2 578	
* Männer	EUR	2 537	2 602	2 514	2 608	2 632	2 611	2 574	2 675	2 651	
* Frauen	EUR	1 853	1 909	1 880	1 893	1 916	1 925	1 910	1 930	1 933	
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	15,00	15,38	15,29	15,34	15,48	15,37	15,48	15,67	15,53	
* Männer	EUR	15,41	15,79	15,73	15,74	15,89	15,76	15,91	16,09	15,92	
darunter											
Facharbeiter	EUR	16,51	16,96	16,93	16,94	17,10	16,87	16,99	17,20	16,99	
angelernte Arbeiter	EUR	14,73	15,12	14,96	15,02	15,19	15,19	15,36	15,60	15,45	
Hilfsarbeiter	EUR	12,48	12,60	12,50	12,58	12,62	12,64	12,68	12,66	12,69	
* Frauen	EUR	11,48	11,78	11,64	11,67	11,85	11,84	11,82	11,90	11,96	
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,66	10,97	10,83	10,86	11,03	11,05	11,02	11,04	11,11	
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	37,8	37,9	36,8	38,0	38,0	37,2	37,2	38,2	38,2	
Arbeiter	h	37,9	37,9	36,8	38,1	38,1	38,1	37,2	38,3	38,3	
Arbeiterinnen	h	37,2	37,3	37,2	37,3	37,2	37,4	37,2	37,3	37,2	
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 572	3 686	3 625	3 640	3 689	3 736	3 766	3 785	3 779	
* Männer	EUR	3 849	3 957	3 895	3 912	3 960	4 009	4 053	4 069	4 059	
* Frauen	EUR	2 776	2 888	2 837	2 843	2 899	2 930	2 927	2 946	2 963	
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 284	3 394	3 358	3 359	3 395	3 431	3 442	3 475	3 486	
Männer	EUR	3 779	3 882	3 858	3 854	3 874	3 915	3 945	3 981	3 991	
Frauen	EUR	2 712	2 821	2 774	2 780	2 832	2 858	2 848	2 872	2 885	
* technische Angestellte	EUR	3 798	3 909	3 831	3 856	3 917	3 970	4 020	4 028	4 012	
Männer	EUR	3 882	3 991	3 912	3 939	3 999	4 052	4 104	4 110	4 091	
Frauen	EUR	3 014	3 136	3 071	3 076	3 144	3 194	3 225	3 233	3 259	
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 687	2 780	2 718	2 734	2 760	2 850	2 871	2 857	2 871	
* Männer	EUR	2 982	3 068	2 996	3 021	3 047	3 142	3 164	3 139	3 162	
* Frauen	EUR	2 303	2 393	2 350	2 343	2 367	2 461	2 476	2 474	2 475	
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 700	2 791	2 727	2 741	2 766	2 867	2 893	2 883	2 895	
Männer	EUR	3 060	3 133	3 061	3 081	3 105	3 215	3 246	3 223	3 242	
Frauen	EUR	2 308	2 401	2 356	2 350	2 375	2 470	2 486	2 487	2 486	
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 140	3 246	3 185	3 208	3 247	3 294	3 323	3 324	3 327	

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13 Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsgeld, Auslösungen usw.

noch STEUERN	Einheit	2002	2003				2004			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Landessteuern	Mill. EUR	74	77	71	72	76	81	75	76	70
Vermögensteuer	Mill. EUR	1	1	1	1	0	1	0	1	- 3
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	9	10	7	11	9	8	10	9	13
Grundwerbsteuer	Mill. EUR	13	15	14	16	16	15	16	15	15
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	34	33	29	30	30	36	35	32	29
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	12	13	17	7	17	17	9	11	13
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	0	3	0	0	0	4	0
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	4	4	3	4	4	4	3
		2002	2003				2004			
		Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
Gemeindesteuern	Mill. EUR	366	350	303	382	376	341	355	447	367
Grundsteuer A	Mill. EUR	4	5	4	5	6	3	4	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	95	97	89	103	108	88	91	107	107
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. EUR	248	240	201	261	254	243	251	323	245
sonstige Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. EUR	18	10	8	12	8	6	8	13	9
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	574	546	414	551	558	663	468	609	546
Gewerbsteuer (netto) ²⁾	Mill. EUR	185	160	154	202	169	113	227	262	173
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	242	247	145	200	239	405	127	191	222
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	29	29	13	28	28	47	11	31	29
		2002	2003				2004			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	560	577	504	587	465	481	616	603	483
Landessteuern	Mill. EUR	74	77	71	72	76	81	75	76	70
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	252	263	232	310	139	131	294	327	155
Lohnsteuer	Mill. EUR	211	220	299	148	148	159	288	131	133
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	7	2	- 14	118	- 19	- 29	- 14	113	- 19
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	19	14	6	3	- 6	8	- 0	- 0	72
Zinsabschlag	Mill. EUR	11	10	19	4	5	4	28	3	5
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	4	17	- 79	37	11	- 12	- 8	79	- 36
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	219	220	194	206	202	218	244	201	219
Umsatzsteuer	Mill. EUR	157	155	126	146	144	160	191	132	168
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	62	65	69	59	57	59	52	68	51
Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. EUR	6	8	3	0	23	16	1	-	13
Gewerbsteuerumlage-Anhebung (FDE)	Mill. EUR	1	2	1	0	4	6	0	-	4
Gewerbsteuerumlage-Anhebung (LFA)	Mill. EUR	6	7	3	0	18	24	2	-	18
Gewerbsteuerumlage-Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	1	1	1	0	4	5	0	-	4
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 103	1 116	1 011	1 111	1 079	939	1 102	1 113	1 107
Bundessteuern	Mill. EUR	111	108	77	112	114	95	83	90	216
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	307	317	288	363	200	187	350	379	206
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	678	683	643	636	743	640	667	644	673
Anteil an der Gewerbsteuerumlage	Mill. EUR	6	8	3	0	23	16	1	-	13

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

November

STATISTISCHE BERICHTE

**Bevölkerung, Gesundheitswesen,
Gebiet, Erwerbstätigkeit**

Bevölkerung der Gemeinden am
31. Dezember 2003
Bestellnr.: A1033 200322

Sozialversicherungspflichtig
Beschäftigte in Rheinland-Pfalz am
31. Dezember 2003 (vorläufige
Ergebnisse)
Bestellnr.: A6013 200344

**Land- und Forstwirtschaft,
Fischerei**

Bodennutzung landwirtschaftlicher
Betriebe 2003 – Endgültiges
Ergebnis der Bodennutzungs-
haupterhebung
Bestellnr.: C1023 200300

Wachstumstand und Ernte von
Feldfrüchten und Grünland Anfang
Oktober 2004
Bestellnr.: C2013 200403

Wachstumstand der Reben Ende
September 2004 (Berichtszeitraum
25. August - 24. September)
Bestellnr.: C2063 200403

Größenstruktur landwirtschaftlicher
Betriebe und Forstbetriebe 2003
Bestellnr.: C4033 200301

Weinbestände am 31. Juli 2004
Bestellnr.: C4023 200400

**Produzierendes Gewerbe,
Handwerk**

Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden im August 2004
Bestellnr.: E1023 200408

Index des Auftragseingangs für das
verarbeitende Gewerbe im
September 2004
Bestellnr.: E1033 200409

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung
der Kraftwerke der allgemeinen
Versorgung im September 2004
Bestellnr.: E4023 200409

Stromerzeugungsanlagen der
Betriebe im verarbeitenden
Gewerbe 2002
Bestellnr.: E4073 200200

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Septem-
ber 2004
Bestellnr.: F2033 200409

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Aus- und Einfuhr im August 2004
Bestellnr.: G3023 200408

Gäste und Übernachtungen im
Fremdenverkehr im August 2004
Bestellnr.: G4023 200408

Umsatz und Beschäftigte im
Einzelhandel und im Gastgewerbe
im September 2004
Bestellnr.: G1023 200409

Verkehr

Zulassungen und Besitzum-
schreibungen von Kraftfahrzeugen
sowie Fahrerlaubnisprüfungen 2003
Bestellnr.: H1043 200300

Luftverkehr 2003
Bestellnr.: H3013 200300

Unternehmen der Binnenschiff-
fahrt 2002
Bestellnr.: H2033 200200

Straßenverkehrsunfälle im
September 2004
Bestellnr.: H1023 200409

Sozialleistungen

Sozialhilfe 2003 – Laufende Hilfe
zum Lebensunterhalt, Empfänger/
-innen am 31. Dezember 2003
Bestellnr.: K1023 200300

Sozialhilfe 2003 – Empfängerinnen
und Empfänger von Hilfe in
besonderen Lebenslagen
Bestellnr.: K1033 200300

Neuerscheinungen

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gewerbesteuer 1998
Bestellnr.: L4133 199801

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Band 389 – Der Umsatz und seine
Besteuerung 2002
Bestellnr.: L4202 200200

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-
Pfalz und Deutschland im Oktober
2004
Bestellnr.: M1013 200410

Löhne und Gehälter, Arbeitskosten

Verdienste und Arbeitszeiten im
produzierenden Gewerbe, Handel,
Kredit- und Versicherungsgewerbe
im Juli 2004
Bestellnr.: N1013 200443

Umwelt

Besonders überwachungsbedürftige
Abfälle 2002
Bestellnr.: Q2113 200200

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im August
2004
Bestellnr.: Z1013 200408

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450,
Telefax: 02603 71-194322,
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de sind die Neuerscheinungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Dr. Birgit Hübbers

Layout, Satz und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Statistisches Landesamt und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Bezugspreis: Einzelheft 2,10 EUR

Jahresabonnement 22,- EUR zuzüglich Versand

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2004

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und entgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.